

DOKUMENTE DES FORTSCHRITTS INTERNATIONALE REVUE

.....
HERAUSGEGEBEN VON PROFESSOR DR. R.
BRODA:PARIS IN VERBINDUNG MIT
DR.HERMANN BECK:BERLIN UND
ERICH LILIENTHAL:BERLIN+VER-
LEGT BEI GEORG REIMER:BERLIN:WSS
.....
JÄHRLICH 11 HEFTE FÜR 10 MARK
PREIS DES EINZELHEFTES 1 MARK
.....

AUSGEGEBEN ANF: OKTOB 1911
4-JAHR 9-HEFT



BERG
HAMB

INHALT:

.....

DIESES HEFT IST VORNEHMLICH ERZIEHUNGSFRAGEN GEWIDMET.

NACHDRUCK MIT AUSNAHME DER DURCH EINEN VERMERK
GEKENNZEICHNETEN ARTIKEL MIT QUELLENANGABE GESTATTET.

.....

ALLE MANUSKRIPTE SIND AN DIE DEUTSCHE REDAKTION, BERLIN-
WILMERSDORF, PRINZREGENTENSTR. 115/116 ZU RICHTEN.

UNVERLANGTEN SENDUNGEN IST DAS RÜCKPORTO BEIZUFÜGEN.

.....

J. TEWS, Berlin: Die Hauptströmungen in der gegenwärtigen deutschen Bildungspolitik	591
BRUNO KIESEWETTER, Lawrence Kansas, U. S. A.: Internationale Sozial- pädagogik.....	597
GEORG SCHMIEDL, Wien: Das gewerbliche Schulwesen in Österreich. (Fort- bildungs- und Gewerbeschulen).....	602
M. HELSKI, Warschau: Das Schulwesen im Königreich Polen	609
YOSHIO NODA, Professor an der Lehrerbildungsanstalt Nara: Weltlicher Moralunterricht in Japan	619
CATHARINA PRITCHARD, Melbourne: Konfessionsloser Schulunterricht in Australien	621
Dr. GEORG KARTZKE, Berlin: Das Böttinger-Studienhaus, ein deutsches Institut für Ausländer	624
Chronik	625

RICHTUNGSLINIEN DES FORTSCHRITTS:

Professor Dr. R. BRODA: Eine Monatsschrift und ihre Wechselbeziehungen zur öffentlichen Meinung.....	634
---	-----

ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG:

Professor D. ALF. AGACHE, Paris: Das Problem der Arbeiterwohnung und dessen ausländische Lösungsversuche.....	639
Bau von Arbeiterhäusern durch die finnischen Städte.....	645
Chronik	648

POLITISCHE ENTWICKLUNG:

Professor Dr. R. BRODA, Paris: Das finnische Problem	650
Chronik	654

MORALISCHE UND RECHTSENTWICKLUNG:

Chronik	656
---------------	-----

NEUE LITERARISCHE TENDENZEN:

ERICH LILIENTHAL, Berlin: Die „alten“ Künste und die neue Zeit. (Die Tänzerin Grete Wiesenthal und Hugo von Hofmannsthals Pantomimen)	657
--	-----

.....

UMSCHLAG UND AUSSTATTUNG ZEICHNETE
LUCIAN BERNHARD, BERLIN.

J. TEWS, BERLIN: DIE HAUPTSTRÖMUNGEN IN DER GEGENWÄRTIGEN DEUTSCHEN BILDUNGSPOLITIK.



ON deutscher Bildungspolitik kann man nur in sehr begrenztem Sinne sprechen. Wenn jemand sagen würde, eine deutsche Bildungspolitik im eigentlichen Sinne des Wortes gäbe es nicht, so würde er sich damit von der Wahrheit nicht allzuweit entfernen.

Zunächst gehört das Bildungswesen nicht zu den großen allgemeinen Angelegenheiten des deutschen Volkes, die in der Gesetzgebung und Verwaltung des Reiches zusammengefaßt sind, es gehört zu den Dingen zweiter, dritter und vierter Ordnung, die in gesetzgeberischer Beziehung den Einzelstaaten und zur Verwaltung und Ausführung zum größten Teil den Gemeinden oder diesen gleichstehenden und nachgeordneten Verbänden und auch der Kirche überlassen bleiben. Das mag im ersten Augenblicke angesichts der Verhältnisse im Deutschen Reiche als zweckmäßig erscheinen, insbesondere auch insofern, als es Fortschritte an einzelnen vorgeschobenen Stellen ermöglicht, die für das Ganze einstweilen nicht zu erreichen sind, bedeutet aber im ganzen die soeben ausgesprochene Einordnung der Bildungsangelegenheiten in die Kategorie der untergeordneten Dinge, die in der Gesetzgebung und Verwaltung ebenso behandelt werden. Schärfer kommt die Stellung des Bildungswesens indessen darin zum Ausdruck, daß die deutschen Staaten eine eigene, auch in der obersten Instanz selbständige Unterrichtsverwaltung überhaupt nicht haben, daß vielmehr entweder der Kultus-(Kirchen)-Minister oder der Minister des Innern im Nebenamt auch Unterrichtsminister ist und seine Berufung in den beiden größten Staaten des Deutschen Reiches ausgesprochenermaßen und in den anderen mehr oder weniger auch nach kirchlichen Rücksichten erfolgt und nicht nach den Ansprüchen des Unterrichtes und der Erziehung der Jugend und des Volkes. Von einer deutschen oder preußischen und bayerischen Bildungspolitik im nächstliegenden Sinne des Wortes zu sprechen, geht also nicht gut an. Man kann nur feststellen, in welchem Geiste und in welcher Richtung die Bildungsaufgaben von den leitenden Stellen aufgefaßt und erledigt werden. Dies ist indessen nicht so schwer, als es auf den ersten Blick erscheinen könnte, da mit einer bestimmten kirchlichen Richtung gewöhnlich auch eine verwandte Auffassung der Bildungs- und Erziehungsaufgaben des Staates eng verbunden ist, so daß die Berufung eines klerikalen oder orthodoxen Kultusministers für die Bildungspolitik des Staates nicht weniger entscheidend ist wie für seine Kirchenpolitik. Wesentlich anders liegen die Verhältnisse nur in denjenigen Staaten, in denen die gemeinsame Schule gesetzlich und tatsächlich durchgeführt ist, wie in Baden und Hessen, oder wo die Verbindung zwischen Kirche und Schule in anderer Weise gelöst und das Bildungswesen selbständig geworden ist (in den Hansastädten und einigen anderen Kleinstaaten — Meiningen). Auf die Verhältnisse des Ganzen bleiben diese „Ausnahmen“ natürlich ohne erheblichen Einfluß.

Schreiber dieses gehört nicht zu den Vertretern einer völlig unabhängigen Bildungspolitik, wie sie ausgesprochenen Humanisten vorgeschwebt hat. Das Bildungswesen eines Staates muß in engster Beziehung

zu den Aufgaben und Verhältnissen des Staates in seiner Gesamtheit und zu den Lebensaufgaben und Lebensbedingungen des einzelnen im Staate stehen. Die Bildungsarbeit ist nicht Selbstzweck, wenigstens nicht in ihrem wesentlichen Teile, sie hat nicht nur die Aufgabe, möglichst viele reich und voll entwickelte Individuen in das Leben hineinzustellen, sondern auch möglichst viele, wenn nicht alle im Staate so vollkommen als möglich zur Erfüllung bestimmter Lebensaufgaben zu befähigen. Der große und niemals ganz zu beseitigende Zwiespalt zwischen idealer und realer Pädagogik und Bildungspolitik besteht darin, daß die eine die Entwicklung der Fähigkeiten und Kräfte der Individuen ohne Rücksicht auf die Umwelt verlangt, die andere die praktische Ausrüstung eben dieser Individuen in der Richtung, daß sie möglichst vollkommene Rädchen in dem großen Mechanismus werden, den wir Leben, Staat, Kulturgemeinschaft und wie nur immer nennen mögen. Ein völliger Ausgleich zwischen diesen beiden bildungspolitischen Ansprüchen ist schwer möglich. Auch ein Unterrichtsminister, der den Standpunkt vertritt, daß es kulturökonomisch unverantwortlich sein würde, irgendwelche Kräfte unausgebildet zu lassen und irgendein Individuum in seiner Entwicklungshöhe und Entwicklungsrichtung zu hemmen, ein Minister, der des Glaubens lebt, daß wir an Volkskraft, an dem Vermögen zu denken, zu fühlen, zu wollen, und an körperlicher Energie, rein formal betrachtet, niemals Überfluß haben können, wird in seiner Verwaltung sich doch gezwungen sehen, den wirtschaftlichen Anforderungen Rechnung zu tragen und, von den Hemmungen der Schularbeit durch Kinderarbeit usw. ganz abgesehen, diejenigen Kräfte und Anlagen besonders entwickeln, die im Leben und Schaffen vor allem entscheidend sind. Auch rein bildungspolitisch betrachtet ist diese Rücksichtnahme auf das schaffende Leben notwendig, denn alle Bildungsarbeit, alle Schulen vom Kindergarten bis zur Universität, alle freien Bildungsinstitute von der Dorfbibliothek bis zu den Museen und Theatern in Berlin und München ruhen auf ökonomischem Grunde. Arbeitet die wirtschaftliche Maschine langsamer, so werden auch die Schulräume enger, steht sie still, so stürzt das Schulgebäude zusammen, die Museen werden ausgeräumt und die Theater geschlossen.

Der Ausgleich zwischen den wirtschaftlichen Anforderungen und den Grundsätzen einer rein humanen und idealen Pädagogik ist eines der schwierigsten Kulturprobleme, und ein großer Teil aller bildungspolitischen Kämpfe liegt auf diesem Gebiete. Der feudale Agrarier wünscht die Schule mit allen ihren Segnungen zum Teufel, weil sie ihm die Arbeiter, die er nach dem augenblicklichen Stande seiner Feldwirtschaft ebenso, wie sie bisher waren, nötig zu haben glaubt, „verdirbt“, „anspruchsvoll macht“ und „zur Abwanderung in die Städte veranlaßt“, und der „Schulmeister“ segnet nicht gar zu eifrig den Rüben- und Kartoffelbau seines Gutsheeren, der ihm die eben zu einigem geistigen Leben erwachte Dorfjugend wochenlang aus der Schule auf die Felder hinausführt, wo sie in Sonnenbrand und Regenschauern nicht nur ihr geringes Wissen einbüßt, sondern auch vieles andere, was sich eben leise bei ihr zu entwickeln begann und sie zu einem höheren menschlichen Dasein befähigen würde.

Aber auch da, wo die beiden Richtungen nicht so brutal aufeinanderstoßen, in der Schulstube selbst, in den Schulratskanzleien und Lehrerkonferenzen, in der pädagogischen und schulpolitischen Literatur kommt derselbe Gegensatz mehr oder weniger schroff zum Ausdruck. Die Debatten

über die Arbeitsschule, den Werkunterricht, die Knabenhandarbeit, der Streit um die Reformen, die Männer wie Dr. Kerscheneinsteiner, Dr. von Schenckendorff, Scherer, und viele andere vertreten, ist im Grunde genommen ein Kampf um die Anerkennung der Forderungen des praktischen Lebens in der öffentlichen Erziehung, und wenn sich ein Teil der Lehrerschaft in stark idealistischer Auffassung ihres Berufes gegen erhebliche Konzessionen nach dieser Seite hin sträubt, so kann man das verstehen, aber nicht billigen, denn auch hier kommt der Radikalismus auf der einen Seite dem Radikalismus auf der andern zu Hilfe. Je weniger die Anforderungen des wirtschaftlichen Lebens in der Pädagogik selbst anerkannt werden, um so stärker werden sie auf der andern Seite betont und, da eine selbständige Bildungsbehörde in Deutschland fehlt, gegen den Widerspruch der Fachleute in reaktionärer Ausprägung zur Durchführung gebracht. Es ist deswegen bildungspolitisch von größter Bedeutung, daß eine stark realistische Auffassung des ganzen Bildungsproblems gegenwärtig auch in der Lehrerschaft sich geltend macht. Größere Mittel für ihre Zwecke kann die Schule nur erlangen, wenn sie immer wieder den Beweis erbringt, daß sie wirtschaftliche Kräfte mobil macht, daß die Ergebnisse ihrer Arbeit neben allen rein humanen und idealen Tendenzen und Wirkungen auch den Gang der Maschinen beschleunigen und das Arbeitsergebnis vermehren und veredeln. Wäre die Schule eine selbständige Macht im Staate, wie etwa die Kirche und das Militär, so könnte sie sich vielleicht zeitweise hierüber hinwegsetzen, in ihrer jetzigen Stellung im Staate indessen nicht. Ob man eine Änderung dieser Stellung wünschen soll oder ob nicht eine festere Einordnung jener mehr dissentierenden Mächte wünschenswert wäre, soll hier unerörtert bleiben.

Die in diesem Verhältnis der Dinge liegende Bindung einer freien Entwicklung des Bildungswesens kann nicht behoben werden, solange nicht die Erde alle Bedürfnisse ihrer Bewohner ohne nennenswerte Arbeit in genügender Menge hervorbringt. Eine andere Bindung aber, die fortbestehende Fesselung des Bildungswesens durch kirchliche Mächte, ist einer der ungeheuerlichsten Anachronismen der Gegenwart. In den Zeiten der Kindheit der Schule war die kirchliche Leitung verständlich, da die Kirche für ihre Zwecke und darüber hinaus bereits jahrhundertlang Schulen unterhalten und damit eine gewisse Schultechnik ausgebildet hatte. Heute überragt die „Tochter“ Schule die „Mutter“ Kirche in ihrem Personal, ihren Einrichtungen und Hilfsmitteln und in ihrer Einwirkung auf das private und öffentliche Leben so bedeutend, daß es einen großen Bezirk, etwa eine Provinz, von einem kleinen, etwa einem Kreise, aus beherrschen heißt, wenn man die Schule der Kirche unterstellt und ihr eine selbständige staatliche Verwaltung selbst an oberster Stelle versagt und sie mit einer Institution zusammenschließt und dieser unterordnet, die bei aller Verwandtschaft auf gewissen Gebieten doch durchaus andere Aufgaben zu lösen hat und im Grunde genommen nach der diametral entgegengesetzten Richtung steuert. Das wird von der Kirche auch klar erkannt; darum die oft so heftige Gegnerschaft.

Wie die von der Kirche völlig beherrschte Schule beschaffen ist und auch in Deutschland beschaffen sein würde, zeigt ein Blick auf Spanien, Belgien, Tirol und auf Frankreich und Italien vor 1870. Im Deutschen Reiche sind die Kirche und die Par-

teien, die ihr einen unbegrenzten Einfluß zugestehen, nicht stark genug, um diesen Zustand wieder herzustellen. Die Geschichte hat die Entscheidung hierüber vorweggenommen. Daß der absolute Staat im 17. und 18. Jahrhundert sich der Schule bemächtigt hat, ist nicht rückgängig zu machen. Die deutschen Kultusminister bleiben trotz aller kirchlichen Handschellen doch immer Staatsminister, wofür wohl kein Minister ein so typisches Beispiel ist wie der preußische Kultusminister von Puttkamer, der, obgleich erzreaktionär, doch sehr genau wußte, vielleicht von Bismarck entsprechend belehrt, daß der Staat sich der Kirche bedienen, aber ihr Vasall niemals werden dürfe. So ist in Deutschland die Schule der Kultusminister doch keine Priesterschule, sondern immerhin eine Staatsschule, wenn auch mit starken Konzessionen an die Kirche, ein Kompromiß zwischen alter und neuer Zeit, zwischen den Interessen des Pfarrhofs und denen der übrigen Welt. Daß dieser Zustand nicht bestehen bleiben darf, leuchtet ein. Die Schule gehört der Gesamtheit der Staatseinwohner und darf nur den Gesamtinteressen, dem Gemeinwohl dienen, nicht aber einem kleinen Kreise, der Kirche, besonders verpflichtet werden. Aber was eine jahrhundertlange Entwicklung geschaffen hat, kann keine noch so richtige Theorie im Umsehen beseitigen, und angesichts der Verhältnisse anderer Staaten müssen wir vielleicht noch heilfroh sein, daß wir zu einem leidlichen Kompromiß gekommen sind, bei dem zwar manches Gute gehindert wird und manches Schlechte in Kauf genommen werden muß, ein gewisser Fortschritt aber immer noch möglich ist.

Ob wir gegenwärtig der reinen Staatsschule mehr zusteuern, oder ob die Schule wieder mehr verkirchlicht wird, ist schwer zu sagen. In Preußen hält der gegenwärtige Kultusminister die geistliche Ortsschulaufsicht auch nach der Durchführung der mit so viel Geräusch vorbereiteten Dezentralisation der gesamten Staatsverwaltung für „unentbehrlich“ und setzt einen katholischen Priester nach dem andern wieder als Ortsschulinspektor ein, wie es auch der sehr verdiente, aber kirchlich naive Kultusminister Dr. Bosse in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts getan hat. Der Minister ist wahrscheinlich der Meinung, daß die Staatsinteressen dadurch nicht verletzt werden, und auf die Empfindungen der Lehrer Rücksicht zu nehmen, liegt keine Veranlassung vor; sie gehören zu den lediglich „Regierten“, nicht zu den „Stützen“ des Staates.

In Bayern und Elsaß-Lothringen haben die Bischöfe in den letzten Jahren den bisher allerdings erfolglosen Versuch gemacht, die freie Organisation der Lehrer zu zertrümmern und sie auch in ihren privaten Bestrebungen unter kirchliche Bevormundung zurückzuführen. In Bayern hat der Kultusminister dazu sich bisher nicht weiter geäußert, als daß er die Maßregelung eines temperamentvollen Kämpfers auf der Seite der Lehrer zugelassen hat, in Elsaß-Lothringen dagegen ist der Statthalter den kirchlichen Übergriffen mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit entgegengetreten. In Sachsen kämpft ein Teil der Geistlichkeit, von der Regierung unterstützt, gegen die von der Lehrerschaft verlangte Reform des Religionsunterrichtes. In den übrigen deutschen Staaten liegen die Verhältnisse ähnlich, teils besser — in Baden, Hessen, Thüringen — teils schlechter — in Mecklenburg.

Als eine völlig neue Erscheinung in den bildungspolitischen Bewegungen tritt, seit mehr als einem Jahrzehnt stetig wachsend, das Eingreifen der Sozialdemokratie hervor. Unbedingt bildungsfreundlich im Sinne der Verbreitung neutralen Wissens und neutraler Kunst im Volke, in der Stellung zu den religiösen Erziehungs- und Bildungsstoffen vielfach fanatisch und von beschränkten Auffassungen geleitet und vor allem mit tiefem Mißtrauen gegen alle politisch nicht neutralen Unterrichtsstoffe und Erziehungsmaßnahmen der Schule erfüllt, sieht die Sozialdemokratie bei ihrer Erstarkung und Ausdehnung sich veranlaßt, die Jugend für ihre Ideen zu gewinnen und alles zu bekämpfen, was ihr vermeintlich oder wirklich im Wege steht. Sie verfällt dabei natürlich in den Fehler aller Fanatiker, die die Seelen der Jugend gewaltsam erobern wollen. Wie aber die sozialdemokratische Jugendbücherfabrikation, die vor 20 Jahren begann, bald als ein Fehlgriff erkannt wurde, so wird sich die Einbeziehung der eben der Schule entwachsenen Jugend in die politische Organisation wahrscheinlich ebenso schnell als verfehlt erweisen. Daß auf der andern Seite dasselbe früher geschehen ist und jetzt in größerem Umfange geschieht, seitdem der preußische Kultusminister eine Million Mark zur Förderung von „Veranstaltungen Dritter“ zwecks Pflege der Jugend zur Verfügung hat, erklärt und entschuldigt zwar die einzelne Partei, aber eine abgeklärte Bildungspolitik muß das Wettrennen der Parteien um die Seelen der Jugendlichen hüben und drüben auf das entschiedenste verdammen. Die Kinder, auch die 14—18jährigen, gehören in die Schule, auf den Spiel- und Turnplatz, sie sollen in geistiger und wirtschaftlicher Arbeit ihre Kräfte entwickeln, aber daß sie irgendwie politisch geimpft werden, ob rot, schwarz oder blau, ist nicht Jugenderziehung und Jugendpflege, sondern Jugendvergiftung, die normales Denken über öffentliche Angelegenheiten und normales Sehen der Wirklichkeit für künftig erschwert, wenn nicht unmöglich macht. Darüber darf auch die platte Phrase von der staatsbürgerlichen Erziehung nicht hinwegtäuschen. Die staatsbürgerliche Erziehung besteht nicht darin, „Gutgesinnte“ irgendwelcher Richtung zu drillen und zu züchten, sondern Aufnahme- und Leistungsfähige zu bilden. Alles andere ist Unfug und Quacksalberei.

Die staatliche Bildungspolitik ist in weitem Umfange für diese unerfreulichen Erscheinungen verantwortlich zu machen. Sie identifiziert sich, ihren Trägern vielfach völlig unbewußt, mit den Bildungsidealen bestimmter Parteien und vergißt darüber, daß die in dieser Auffassung nicht vertretenen Parteien, vor allem die große Partei der Arbeiter, inzwischen mündig geworden sind und einen Ausschluß ihrer Auffassungen nur bei völliger Unparteilichkeit und Neutralität der öffentlichen Erziehung allenfalls dulden würden.

Aus allen diesen Wirren gibt es nur einen Ausweg: vollen Verzicht aller Parteien auf die Okkupation der Jugendlichen und Anerkennung des Rechtes der Jugend auf Förderung ihres Wachstums und ihrer Entwicklung zur Lebenstüchtigkeit und zu innerem Reichtum. Wem die einzelnen Seelen später zufallen sollen, darf man nicht auf der Schulbank bereits zur Entscheidung bringen wollen. Alle derartigen Eingriffe in die Jugenderziehung sind nicht nur dem Wachstum hinderlich, sondern bewirken sittliche Verwilderung und geistige und moralische Verlotterung. Die Parteimoral und

die Parteieinsicht steht in dieser Beziehung leider unglaublich tief und legt ganze Gebiete des Erziehungswesens vollständig lahm. So wird z. B. der Religionsunterricht unter kirchlichem Einfluß fast ohne Widerspruch als Einführung in eine bestimmte Kirchengemeinschaft aufgefaßt, und diese Auffassung ist gesetzlich sanktioniert, obgleich ein Unterricht, der die höheren Geistesfunktionen in Anspruch nimmt, bei einer solchen Aufgabe gar nicht dankbar ist.

Aber diese Probleme und Kämpfe betreffen im wesentlichen nur die Volksschule und die anschließende, immer wichtiger werdende Fortbildungsschule. Die höheren Schulen stehen abseits. Ihre Aufgabe erschöpft sich leider vielfach darin, die Kinder der wohlhabenden und gebildeten Kreise, auch die wenigerbefähigten, für gewisse Ämter und Stellungen vorzubereiten und durch Patente und verlängerten Studiengang ihre Klienten gegen unerwünschte Konkurrenz von unten her zu sichern. Von dem Ziel, alle entsprechend Befähigten, aber auch nur diese, in ihre Räume zu ziehen, ist die höhere Schule in Deutschland wie in andern Staaten noch weit entfernt. Das drückt ihr Niveau mehr herab als das Festhalten an veralteten Lehrstoffen und macht sie zugleich zu dem am schwersten zu überwindenden Hindernis für frische, rein geistig gerichtete Kräfte, die von unten kommen. Züchtung geistigen Proletariats einerseits und Verkümmern wertvollen Edelgutes andererseits ist die Folge dieser verkehrten Kulturökonomie, die aber erst dann beseitigt werden wird, wenn Einfluß und Einsicht in die Aufgaben und die Bedeutung der öffentlichen Erziehung auf die verschiedenen Volksschichten sich besser verteilen als heute. Denn das ist für jeden nüchternen Beobachter sicher, daß unser öffentliches Bildungswesen in seiner Organisation nicht nur deswegen rückständig ist, weil eine kleine Oberschicht einen unverhältnismäßig großen politischen Einfluß hat, sondern vor allem deswegen, weil das Interesse und die Einsicht der breiteren Volksschichten auf diesem Gebiete fehlt. Darum werden selbst die gebotenen Bildungseinrichtungen, insbesondere auch die höheren Schulen, lange nicht so ausgenützt, als es möglich wäre, und auf die Gesetzgebung und Verwaltung nicht der schon heute mögliche Einfluß ausgeübt. Die allgemeine Volksschule, die alle Volkskraft entwickelt, konnte von warmherzigen Pädagogen als Bildungsideal aufgestellt werden — verwirklicht werden kann sie nur durch ein Volk in seiner Gesamtheit, in dem die Kräfte mit- und gegeneinander ringen. Wie jede Stätte, an der Großes und Heiliges aufbewahrt wird, werden dann auch die Stätten der Jugenderziehung gegen alle profanen Eingriffe geschützt sein durch den einmütigen Willen aller, aus der Überzeugung heraus, daß Wachsen und Werden die einzige Aufgabe der Jugend ist und daß das Maß ihres Wachsens und Werdens allein ihren Zukunftswert bestimmt.



BRUNO KIESEWETTER, LAWRENCE KANSAS, U. S. A.: INTERNATIONALE SOZIALPÄDAGOGIK.

DAS zunächst dunkle Gefühl der Zusammengehörigkeit hat die primitiven Menschen veranlaßt, sich zu mehr oder weniger festen Verbänden zusammenzuschließen. Das Gemeinschaftsbewußtsein wurde sehr früh schon so stark, daß überall dort, wo wir eine bewußte Erziehung antreffen, diese ganz in den Dienst der Gemeinschaft, der Horde, des Stammes, ja des Staates gestellt ist. Ein hohes Verdienst um die Förderung des Gemeinschaftsbewußtseins haben sich besonders das Judentum und das Christentum erworben. Das Judentum hat allein schon durch das Sabbatgesetz die Einrichtung der Sklaverei im Prinzip aufgehoben (Hermann Cohen) und auch das katholische Christentum der Hochscholastik hatte starke soziale Tendenzen. Allerdings gab es hier eine zweifache Moral, eine für Elitechristen (*consilia evangelica*) und eine Durchschnittsmoral, ein Standpunkt, den die katholische Kirche im wesentlichen heute noch teilt, den man aber nach Begründung der Ethik auf wissenschaftlicher Grundlage fallen lassen muß.

Erst einer hohen Kulturstufe, ganz besonders dem Humanismus, war es vorbehalten, den selbständigen Wert der Persönlichkeit zu entdecken. Die Entwicklung des Ich wurde eine Hauptaufgabe der Pädagogik; es handelte sich bis in unsere Tage fast ausschließlich um das Individuum, wenn man auch den eigentlichen Zweck, die Erziehung zum Gemeinschaftsbewußtsein nie völlig vernachlässigt hat.

Heute nun stehen wir im Zeichen einer ganz neuen Entwicklung: Die soziale Tendenz in der Erziehung tritt wieder schärfer hervor, ohne jedoch dem Individuum sein eigentümliches Recht zu rauben. Wie Paul Natorp sagt: „Individuum und Gemeinschaft sind korrelative Begriffe“.

Die wissenschaftliche Grundlegung der Sozialpädagogik und die internationalen Tendenzen des gegenwärtigen wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Lebens dienen mir nun zur Basis für die nachfolgende Untersuchung, die notwendig auf eine internationale Sozialpädagogik führen mußte.

Die Pädagogik steht in engstem Zusammenhang mit dem Leben der Gesellschaft, die Gesellschaft ist das unendlich ferne Ziel, nach dem hin die Erziehung planmäßig zu leiten ist. Die Gesellschaft oder besser die Gemeinschaft der Menschen hat nun heute einen unendlich größeren Umfang als früher. Für die Kulturnationen gehört heute die gesamte Menschheit zu dieser Gemeinschaft, zu dem Milieu, das nun auch ihre Erziehung beeinflußt. Allerdings sind wir uns nicht immer dieses Milieus voll bewußt. Man hat gelernt, die Erde in den Kosmos einzuordnen, man stellt das kleine Selbst nicht mehr in den Mittelpunkt der Welt, wohl aber ist man zuweilen noch geneigt, das eigene Volk in den Mittelpunkt der Völkerfamilie zu stellen, und hier hat man den egozentrischen Standpunkt sicher noch nicht völlig überwunden. Heute steht der nationale Staat einseitig im Mittelpunkt des öffentlichen Erziehungswesens. Bei vielen Gebildeten allerdings macht sich heute schon ein internationales Fühlen und Denken geltend, aber erzogen werden wir doch allein für ein Staatssystem, nicht für die Idee des Staates.

In der Zeit der großen französischen Revolution war ja schon der Gedanke eines Weltbürgertums aufgetaucht, vielleicht der größte Gedanke der Moderne, der allerdings damals nicht verwirklicht werden konnte, da man noch von einem Einheitsstaate träumte. Heute, wo wir den Begriff des Weltbürgertums tiefer fassen und wissen, daß der Internationalismus ein edles Nationalgefühl nur stärkt, ist mit der Verwirklichung dieser Idee bereits erfolgreich begonnen. Die Völker haben sich zu einer Völkergesellschaft zusammengeschlossen. Diese Gesellschaft muß zu einer Gemeinschaft werden, „menschliche Gemeinschaft aber, die, nach Natorp (Religion innerhalb der Grenzen der Humanität. 2. Aufl. 1908. Tübingen) mehr besagt als ein Sichvertragen unter Gesetzen und Rechten, ist Bildungssache“. Eine durch internationale Verträge verbundene Völkergesellschaft ist heute längst vorhanden. Dieser lose Verband kann zu einer innigen Gemeinschaft nur mit Hilfe einer internationalen Erziehungsorganisation werden. Wir sehen da vor uns einen Gedanken entstehen, so riesengroß, daß wir ihn kaum austräumen, viel weniger verwirklichen können. Was uns berechtigt diesen schönen Traum zu glauben, ihn uns zum unendlich fernen Ziel zu setzen, ist der Idealismus, der Glaube an den endlichen Sieg des Sittlichen im Menschengeschlecht. Auf dieses Ziel ist nun tatsächlich der Strom aller menschlichen Entwicklung gerichtet. Die Idee einer internationalen Sozialpädagogik ist also längst vorhanden (zum Beispiel im Christentum, Weltbürgertum der Revolution), aber erst nachdem wir eine philosophisch begründete Sozialpädagogik besitzen, wird es möglich, diese in strenger Konsequenz zu einer internationalen Sozialpädagogik auszubauen. Von der Sozialpädagogik (vgl. hierzu Intern. Revue Soziale Erziehung, Paul Natorp) zur internationalen ist nur ein Schritt; oder vielmehr zeigt sich, daß diese soziale Gemeinschaft, die uns erzieht und zu der wir erzogen werden, eben die Gemeinschaft aller Menschen darstellt.

Wir wollen nun hier nicht eigentlich die begriffliche Erweiterung selbst versuchen, sondern aus den gegenwärtigen Verhältnissen die Notwendigkeit des internationalen Moments in der modernen Erziehung erhärten und einen positiven Organisationsvorschlag machen.

Wir gehen hierbei aus vom internationalen Recht, das, wie Nippold zeigt, infolge einer Verschiebung der internationalen Interessen einen neuen Inhalt bekommen hat.

Die Tatsache eines fein ausgearbeiteten Völkerrechts und das Bestehen des Schiedsgerichtshofs im Haag ist allerdings an den Pädagogen bis jetzt fast spurlos vorübergegangen, obwohl doch jedem klar sein sollte, daß zwischen Erziehung und Recht ein inniges Verhältnis besteht. Beides sind streng korrelative Begriffe und es ist nicht schwer zu zeigen, daß die Pädagogik die doch zur Sittlichkeit erzieht und ihre Normen bestimmt, den Anspruch erheben darf, einen maßgebenden Einfluß auf die Gesetzgebung zu üben. Sagt doch Kant (Zum ewigen Frieden) „Ich kann mir nun zwar einen moralischen Politiker, aber nicht einen politischen Moralisten denken.“ Der Wille schafft die menschlichen Organisationen, den Willen aber beeinflusst und entwickelt die Erziehung. So sind die aus dem Willen entstandenen Tatsachen vor den Rechtssätzen vorhanden. Walther Schücking sagt: (Organisation der Welt) vom Römerstaat der Kaiserzeit z. Bsp. „innerhalb dieses Weltstaates ist das Weltbürgertum aus einer Tatsache zu einem Rechtssatze erhoben“. Gerade so bestand auch heute vor dem Haager Schiedsgerichtshof ein Weltbürgertum,

auf das auch die offizielle Pädagogik billig Rücksicht nehmen muß. Sehr deutlich hat dies Baucal (Du nouvel ordre sozial) formuliert in dem Satze: „Seid Erzieher bevor ihr Gesetzgeber seid“.

Aber noch eine neue Schwierigkeit stellt sich uns in den Weg: die verschiedenen großen Religionsgesellschaften, die Kirchen. Gerade die Kirchen haben ja in ihren Geistlichen eine internationale Lehrerschaft, und jede dieser Kirchen erhebt den Anspruch, alle Menschen zur Sittlichkeit zu erziehen. Im Ziele stimmen sie alle überein, werden sich aber schwer einigen können, sondern bekämpfen sich, wie wir das oft erlebt haben, heftiger als die weltlichen Mächte. Allerdings zeigt in neuester Zeit die protestantische Religion einen Zug, den einseitigen Konfessionalismus zu überwinden (Weltkongreß für freies Christentum Berlin 1910), aber in den Reihen der Gebildeten nimmt die Zahl der Kirchengläubigen immer mehr ab, es ist daher geraten, der Schule allein die öffentliche Erziehungsarbeit zu überlassen; wie Paulsen es ausdrückte: „Der Lehrer muß der Kleriker der Moderne werden“. Auch Gurlitt forderte an dieser Stelle (Intern. Revue 1910. S. 75), daß dem konfessionellen Geiste der Zentrumspartei eine unkonfessionelle Partei des Modernismus gegenüberstehen müßte. Die Kirchen haben ihre Diener in allen Ländern und wenn man sie in einem Lande erfolgreich bekämpft hat, so setzen sie sich im Nachbarlande doppelt fest. Hier kann nur eine internationale Lehrerschaft mit Erfolg vorgehen, die nicht im Dienste einer Kirche, sondern im Dienste der Religion an sich steht. Ja, gibt es denn eine Religion an sich? oder ist eine solche überhaupt möglich? Diesen Kampf hat in Deutschland wohl Lessing zuerst erfolgreich begonnen, der gezeigt hat, daß, wenn man die Bibel historisch kritisch faßt, die Religionen entwicklungsfähig sind und daß Judentum und Christentum, wir können hinzufügen jede Konfession, nur Stufen in diesem Entwicklungsgange bedeuten. Zu dieser Auffassung mußte die Kritik führen und diese Auffassung ist seitdem immer mehr vertieft und befestigt worden, im gleichen Maße, wie sich die kritische Methode der Wissenschaft selbst entwickelt hat. Die autoritative Macht der Kirche, die noch zur Zeit Voltaires alle unter ihren Zwang gehalten hatte, ist heute stark erschüttert. Wenn es auch dem Liberalismus nicht gelang, den Regierungen die Kraft zu sichern, um den Kulturkampf zu einem erfolgreichen Ende zu führen (Dietrich Schäfer, Weltgeschichte der Neuzeit) und wenn die Erweckung des Katholizismus eine der wunderbarsten Erscheinungen des 19. Jahrhunderts darstellt, so trug hieran vielleicht die Hauptschuld, daß dem internationalen Katholizismus immer nur eine Nation entgegentrat, nicht eine planmäßig organisierte Staatengemeinschaft, und dann hatte man oft irrtümlicherweise im blinden Kampfe mit der Kirche auch der Religion den Krieg erklärt; obwohl doch gerade unsere deutschen Aufklärer nicht die Göttin der Vernunft an die Stelle der Gottheit setzten, sondern an eine Weltreligion glaubten. So Kant, wenn er sagt, „es gibt nur eine einzige, für alle Menschen und in allen Zeiten gültige Religion“. Diesem Ziele nähern wir uns heute immer mehr. Einen wichtigen Schritt in dieser Richtung, den die Religionen selbst getan haben, bedeutet das Weltparlament der Religionen in Chicago 1893. Der Weltkongreß für religiösen Fortschritt (Berlin 1910) beruht auf dem richtigen Grundgedanken, daß der religiöse Fortschritt nicht auf eine einzelne Religion beschränkt sein kann, sondern die Religion überhaupt fördern muß (Hermann Cohen). Das Ziel aller Religion ist aber die Sittlichkeit, hierzu die Menschen zu erziehen, ist die Aufgabe

der Menschheitslehrer. Freilich muß man zur Verwirklichung dieses Ideals der Religion einen neuen, tieferen Inhalt geben: innerhalb der Grenzen der Humanität (Paul Natorp) wird sie mit Wissenschaft, Sittlichkeit und Kunst im festen Bunde zu neuer Stärke erblühen. Die internationale Sozialpädagogik wird die Religion also keineswegs über Bord zu werfen haben, sondern ihr den Anspruch auf Transzendenz absprechen, um sie dann so verklärt, gereinigt, geheiligt der Menschheit als wahrhaft humane Religion zu predigen!

Die gefahrdrohende Zersplitterung, die bedrohlichen nationalen Gegensätze der Gegenwart, auf die Fried wiederholt hinwies, werden nach meiner Ansicht durch eine auf dem Recht basierte Organisation keineswegs aufgehalten, nur eine planmäßig organisierte Pädagogik auf internationaler Grundlage wird hierzu sicher imstande sein. Wir leben im Zeitalter der internationalen Organisationen, und dasselbe Zeitalter hat man auch das des Kindes genannt! Eine neue große Renaissance beginnt. Wir sehen, wie auch heute unendlich viele durch dasselbe unsichtbare Band des Bewußtseins zusammengehalten werden und wie es sich nur darum handelt, dieser großen Erziehungsidee, die schon in allen Ländern so viele treue Diener hat, einen sichtbaren Ausdruck zu verleihen.

Der private Internationalismus herrscht ja schon seit langer Zeit auch im Erziehungswesen. Ich erinnere z. B. an den bekannten Briefwechsel Mirabeaus mit Karl Friedrich und Gustav III. von Schweden und seine Abfassung einer instruction populaire. Dies zeigt, daß sogar in recht verschiedenartigen Staaten: Baden, Toskana, Schweden eine allgemeine Grundlehre eines Meisters der Sozialpädagogik eingeführt werden sollte, ein bescheidener Anfang einer internationalen Erziehung. Heute nun, wo wir das Humanitätsideal zu verwirklichen uns auf dem Boden des Völkerrechts zusammengefunden haben, läßt sich diese private internationale Erziehung leicht in eine öffentliche verwandeln. Schon lange hält man sich in vornehmen Häusern ausländische Erzieher, indirekt wirkt dies vor allem versöhnlich: Der Kinderaustausch bewirkt ebenfalls eine Annäherung der verschiedenen Nationen. Unsere höheren Schüler und Schülerinnen unterhalten heute eine ziemlich rege Korrespondenz mit Altersgenossen des Auslandes, und ein Berliner Primaner kennt die Seele der kleinen Pariserin aus ihren Briefen besser als die eines oberbayerischen Bauernkindes, er versteht die Briefstellerin, denn mit ihr verbindet ihn heute schon eine Kulturgemeinschaft. Auch der heutzutage international geregelte Professoren- und Lehreraustausch ist eine Erscheinungsform der privaten internationalen Erziehung.

Über diese private Form hinaus ist die internationale Pädagogik auch bereits gekommen. Ich erinnere an die zahlreichen internationalen wissenschaftlichen Kongresse. Einige neue pädagogische Ideen, und zwar stets die auf sozialer Grundlage, haben sich bereits die Welt erobert; z. B. die University Extension und der Abendunterricht, den die Studenten fast aller Länder den Arbeitern erteilen. Von den vielen internationalen Instituten, die mit dem Erziehungswesen in engstem Zusammenhang stehen, seien nur einige wenige dem Namen nach angeführt:

Das Institut für den internationalen Austausch fortschrittlicher Erfahrungen;

Internationale Verständigung zur Unterdrückung des Sklavenhandels in Afrika 1890;

Internationale Verständigung zur Unterdrückung des Mädchenhandels, 1902;

Internationale Kongresse gegen die Schundliteratur, Lausanne 1893, Köln 1904;

Internationales Übereinkommen betreffend die Nacharbeit der in der Industrie beschäftigten Frauen, 1906;

Weltbund der Frauen für den Frieden durch Erziehung, Paris 1896;

Internationale Liga zur Bekämpfung des Duells, Budapest 1908;

Internationale Gesellschaften vom Roten Kreuz;

Internationale Kommission der Kongresse für Kindererziehung und Kinderschutz, Brüssel 1905.

Internationale Kongresse für Hauserziehung.

Außerdem wurden Internationale Erziehungstage abgehalten in Philadelphia 1876; Brüssel 1880; London 1884; Chicago 1893.

Sehr beachtenswert ist besonders das Internationale Pädagogische Institut, das 1908 in Washington gegründet wurde, animated by the desire of establishing a common essentially homogeneous system of education, das jetzt seinen Sitz in Costa Rica hat.

Alle diese einzelnen, weit zerstreuten Ansätze zu einer internationalen Sozialpädagogik müssen nun gesammelt werden und einen gemeinsamen Brennpunkt erhalten; eine gemeinsame Zentralstelle muß geschaffen werden. Jede der vorgenannten Institute, Kongresse, Vereinbarungen hat sich nur einen Teil der Erziehungsarbeit zur Aufgabe gestellt, und so segensreich die Wirkungen dieser Einrichtungen heute schon empfunden werden, so können sie ihre Tätigkeit erst recht entfalten, wenn sie gemeinsam, am besten von einem gemeinsamen Herde aus, ihre schwierigen Aufgaben zu lösen versuchen. Mein Vorschlag geht also dahin, eine zentrale Hauptstadt für das internationale Erziehungswesen zu suchen, in der ein ständiges Institut alle die jetzt verzettelten und daher nur mit großen Opfern arbeitenden Unternehmen stärkt und unterstützt, das ihr aller Rückgrat bildet und auch, wenn ich so sagen darf, das Gehirn dieser großen Bewegung werden muß. Ich denke mir dieses Institut im Haag und zwar deshalb im Haag, weil dieser die internationale Hauptstadt der Erde ist und weil dort, durch das Vorhandensein des internationalen Schiedsgerichtshofes, ein segensreiches Zusammenarbeiten von Pädagogen und Juristen, die aufeinander unbedingt angewiesen sind, stattfinden kann. Vom Haag aus hat die internationale Organisation der Lehrerschaft zu erfolgen. Der Sozialistenkongreß in Paris faßte 1900 einen einseitigen Beschluß, indem er allein den Militarismus zu bekämpfen empfahl, und zwar so, daß die sozialistischen Parteien überall die Erziehung und Organisation der Jugend zum Zwecke der Bekämpfung des Militarismus in Angriff nehmen und mit größtem Eifer zu betreiben haben. Das Institut für internationale Sozialpädagogik im Haag wird die Erziehung zum Frieden zu organisieren haben. Die Hauptaufgabe dieses Instituts, dessen Mitglieder die führenden Pädagogen aller Kulturländer sein müßten, wäre nach der theoretischen Seite hin die exakt wissenschaftliche Begründung der „reinen“ Erziehung, d. h. der reinen Sittlichkeit. Dann aber wäre das Institut vor allem ein großartiges Auskunftsbureau in pädagogischen Angelegenheiten, es müßte die Gründung eines internationalen Schul-

museums in die Hand nehmen und eine internationale Pädagozenzeitung herausgeben.

Dies nur einige der mir wichtig scheinenden und vor allem zurzeit ausführbaren, weil aus den vorhandenen Tatsachen mit eiserner Notwendigkeit folgenden Aufgaben dieses Instituts. Freilich wird man bemerken, daß damit die eingangs erhobene Forderung einer vollendeten internationalen Erziehung keineswegs erfüllt ist, aber es ist doch ein Schritt weiter auf dem langen Wege zu dem letzten Ziele. Diese Zeilen sollten nur das Problem als ein brennendes, aktuelles beleuchten. Vielleicht, so möchte ich hoffen, scharen sich einige Männer und Frauen zusammen, vielleicht verbinden sich einige der vorgenannten Institute, um gemeinsam einen Schritt vorwärts zu tun auf dem Wege der Menschheit! —



GEORG SCHMIEDL, WIEN: DAS GEWERBLICHE SCHULWESEN IN ÖSTERREICH. (FORTBILDUNGS- UND GEWERBESCHULEN.)

DURCH die Übernahme der Leitung des gewerblichen Schulwesens durch das neu errichtete Ministerium für öffentliche Arbeiten in Österreich ist ein wichtiger Abschnitt in der Geschichte dieses Unterrichtszweiges bezeichnet. Beginnt damit das Streben, die sogenannten allgemeinen gewerblichen Fortbildungsschulen, zu deren Besuch jeder gewerbliche Lehrling verpflichtet ist und die eigentlich eine Wiederholung der Elementarschule mit stärkerer Betonung des Zeichnens darbieten, in fachlich-gewerbliche Schulen umzuwandeln, so ist die neue Ära eigentlich durch die Bemühungen charakterisiert, diese Anstalten immer mehr dem praktischen gewerblichen Leben anzupassen, nicht nur dem Lehrling, sondern auch dem Gehilfen und Meister, ja sogar der gesamten arbeitenden Bevölkerung, belehrend, helfend und beratend zur Seite zu stehen, alle Bewegungen gewerblichen Fortschreitens sorgsam zu verfolgen und die interessierten Kreise mit den neuesten Methoden und Errungenschaften auf gewerblichem Gebiete bekannt zu machen. Es ist also ein Zurücktreten der Theorie gegenüber der Praxis, stärkere Betonung des Könnens als des Wissens, somit die gleiche Welle, die jetzt das gesamte Unterrichtswesen überflutet.

Mit großer Freude muß aber auch überdies festgestellt werden, daß die ernstesten, berufsfreudigen Männer, denen die Ausbildung der gewerblichen Jugend anvertraut ist, sich als Erzieher und Berater verdient machen und den ganzen Menschen ins Auge fassen. Es ist ein großartiges Bild umfassender Tätigkeit, das sich einem beim Studium all dieser mannigfaltigen Maßnahmen darbietet, und die wohlbegründete Ansicht befestigt sich immer mehr, daß diese Vorkehrungen von den segensreichsten Folgen begleitet sein werden.

Es hieße ein unvollständiges Bild entwerfen, würde man nicht gleich hier erwähnen, daß bei den leitenden Personen nicht eine Spur von Doktrinarismus zu finden ist, daß sie sich nur von der praktischen Notwendigkeit

bei ihren Anordnungen leiten lassen. Als hervorstechendster Beleg hierfür gelte der Hinweis darauf, daß auch für Mädchen und Frauen umfassende Einrichtungen getroffen werden, um ihnen den Zutritt zur gewerblichen Betätigung zu ermöglichen.

Die hohe Stufe, auf der das Gewerbeschulwesen Österreichs steht, ist, nebst wirtschaftlichen Ursachen, auch durch den Geist zu erklären, der in den obersten Verwaltungsstellen herrscht. Als Beispiel seien einige Leitsätze aus einem Berichte des Regierungsrates Pliva (Mittelstandskongreß) angeführt.

„Das gewerbliche Bildungswesen gehört zu den wichtigsten bestimmenden Faktoren des Zustandes, in dem sich die Gewerbe befinden; seine Pflege zählt deshalb zu den wirksamsten Gewerbeförderungsmitteln.“

Diese Erkenntnis, sich auch immer mehr in den Kreisen der Gewerbetreibenden Bahn brechend, ist bei allen Maßregeln richtunggebend. So wird die „systematische und umfassende Pflege des Handfertigkeitsunterrichtes für Knaben, nebst einer Verallgemeinerung der Reform des Zeichenunterrichtes, im Interesse einer zweckentsprechenden Vorbildung des gewerblichen Nachwuchses“ gefordert. Die Bedeutung des Handfertigkeitsunterrichtes wird von den leitenden Beamten nicht nur als eine dem heranwachsenden Handwerker nutzbringende Sache betrachtet, sondern in seiner Bedeutung für das kaufende Publikum richtig eingeschätzt, das hierdurch solide Arbeit beurteilen und sie als Ausdruck einer Persönlichkeit beachten lernt.

Ebenso wird die neue Lehrweise des Zeichenunterrichtes, die das Kopieren von Vorlagen verwirft, die Natur als Vorbild nimmt, der Einbildungskraft und dem Gedächtnisse zu ihrem Rechte verhilft, nach dem Vorbilde Amerikas, Englands, Frankreichs und besonders Preußens, als dringende Angelegenheit behandelt und mit allen Mitteln gefördert. Nicht nur das Auge soll hierdurch zu genauerem Beobachten angeleitet, sondern auch der Geist und der Schönheitssinn geweckt werden. Dieses Öffnen der Augen, dieses genaue Hinschauen auf die Umwelt zeigt tausend unbeachtete Reize der Heimat, lehrt die übersehenen Schönheiten alter, einfacher Bauwerke, ihren Schmuck, ihre Anpassung an den Zweck und die Umgebung schätzen und bringt so dem Kunsthandwerke neue Anregungen.

Wie die Pflege der Handgeschicklichkeit sich nutzbringend erweist, zeigt die Tatsache, daß seit Einführung des Handarbeitsunterrichtes in den Mädchenschulen Österreichs sich die Stellung der Modewaren- und Putzindustrie, der Wäscheartikel und der Spitzenerzeugung auf dem Weltmarkte außerordentlich gehoben hat.

Die Gewerbeschulen verfolgen einen dreifachen Zweck: vorzubilden, auszubilden und fortzubilden. Wie schon erwähnt, geht das Bestreben dahin, die der Vorbildung dienenden Schulen allmählich in solche zu verwandeln, die der Ausbildung gelten. Dieser Vorgang wird sich mit der zunehmenden Güte der Volksschule immer rascher vollziehen. Er wird noch beschleunigt durch die Einführung des Handfertigkeitsunterrichtes in den Volks-, Bürger- und in den unteren Klassen der Mittelschulen, sowie durch die an den Staatsgewerbeschulen eröffneten Handfertigkeits-, Zeichen- und Modellierkurse für Volksschüler.

Der Gedanke, daß die Fachschule die Meisterlehre und die Gehilfenzeit ersetzen könne, hat sich durch die Erfahrung als nicht zweckentsprechend erwiesen, und jetzt macht sich das Bestreben geltend, die Schulen so zu organi-

sieren, daß sie der Fortbildung dienen: deshalb wurden allgemeinen gewerblichen und fachlich-gewerblichen Fortbildungsschulen offene Zeichen- und Modellersäle für Meister und Gehilfen, Buchhaltungskurse und fachliche Spezialschulen angegliedert, die Aufnahme von gewerblichen Gehilfen in den Tagesfachschulen und deren besondere Berücksichtigung beim Unterrichte angeordnet, Stipendien für Bewerber für mehrjährige Praxis geschaffen und zwei neue Schultypen gegründet: die Bau- und Handwerkerschulen, sowie die Fachschule für gewerbliches Zeichnen. Demselben Zwecke dienen Winterkurse für Tischler, Schlosser, Steinmetzen und Kunsthandwerker, ferner die Meisterschulen für Bau- und Möbeltischlerei, Korbflechtere u. ä. Die Aufnahmebedingungen sind das vollendete 17. Jahr und die zurückgelegte Lehrzeit.

Der Aufgabe der Gewerbeschulen, hauptsächlich der Fortbildung, weniger der Vor- und Ausbildung zu dienen, wurde eine reale Basis durch die 1893 eingeführte Gesellen- und Meisterprüfung gegeben, da hierdurch diese Schulen die einzigen Stellen wurden, an denen die zu den Prüfungen nötigen Kenntnisse erworben werden können. Das Ministerium errichtete, genötigt durch den großen Schülerzuzug, viele neue Fachschulen und gestaltete alte um, schuf Lehrpläne, gewährte Unterstützung bei Anschaffung von Lehrmitteln und sonstige Erleichterungen. In diesem Umwandlungsprozesse ist die Stadt Wien beispielgebend vorangegegangen. Sie schuf einen eigenen Fortbildungsschulrat und errichtete ein Hauptschulgebäude, das 4 Mill. Kr. kostet (Wert des Baugrundes 900 000 Kr.). Gegenwärtig sind 134 allgemeine Fortbildungsschulen in Fachschulen umgewandelt. Das Budget für 1910 betrug 1 764 000 Kr. Die Zahl der Schüler beziffert sich auf 45 000 und die der Lehrer auf 1826.

Daß diese Neuorganisation in kleinen Orten mit Schwierigkeiten verbunden ist, liegt klar zutage. Das einzelne Gewerbe bietet für eine Fachschule zu wenig Schülermaterial. Deshalb werden entweder Fachschulen für verwandte Gewerbe, also Gruppenschulen errichtet, oder man begnügt sich mit der Erweiterung des Lehrplanes der allgemeinen gewerblichen Fortbildungsschulen. Es werden neben den Elementarfächern und Zeichnen gelehrt: Materialienkunde, Nahrungs- und Genußmittellehre, Technologie und Motorenkunde. Trotz der großen Hindernisse lokaler und finanzieller Natur sind bis jetzt 25 % aller Schulen in Fachschulen umgewandelt.

Die österreichischen Gewerbeschulen gliedern sich in „Höhere Gewerbeschulen“, „Fachschulen“, „Lehrwerkstätten“, „Werkmeisterschulen“, „Meisterschulen“ für einzelne Handwerke und „Winterkurse“ für Bauhandwerker. Das gesamte gewerbliche Bildungswesen wird in folgende Verwaltungsgruppen eingeteilt.

	Schülerzahl
9 Zentrallehranstalten	20 263
24 Staatsgewerbeschulen	16 449
179 Fachschulen für einzelne Gewerbe	23 416
6 Bau- und Handwerkerschulen	2 965
1 045 Frauengewerb.-, Koch- u. Haushaltungssch.	31 363
16 Lehrwerkstätten	385
7 allgemeine Handwerkerschulen	2 421
1 234 Allgemeine Fortbildungsschulen	161 126
2570 Anstalten insgesamt.	Summa 258 388

Zu den Zentrallehranstalten zählen das „Österr. Museum für Industrie und Gewerbe“, das „Lehrmittelbureau für gewerbliche Unterrichtsanstalten“ in Wien, das „Technologische Gewerbe-Museum“, die „Graphische Lehr- und Versuchsanstalt“, die „Lehr- und Versuchsanstalt für Lederindustrie“ in Wien, die „Anstalt für Frauen-Hausindustrie“ in Wien, die „Kunststickerei-Schule“ in Wien, die „Lehr- und Versuchsanstalt für Korbflechterei“ in Wien und die Kunstgewerbeschulen in Wien und Prag.

Nebst diesen Anstalten gibt es solche von den Ländern und Städten errichtete. Daher ist es kaum möglich, den gesamten Aufwand festzustellen. Das staatliche Budget betrug im Jahre 1896: 5 149 838 Kr., 1911: 16 438 370 Kronen. Hiervon entfielen auf Schülerunterstützungen und Stipendien 409 406 Kr., auf Subventionen für gewerbliche Schulen, Fachkurse u. ä. 1 998 850 Kr., auf die Ausbildung von Lehrern 4751 Kr., auf Wanderkurse 10 000 Kr. und Spezialstipendien 67 000 Kr.

Der Staat schreitet mit rühmenswürdiger Tatkraft vorwärts, wo es gilt, einem neu aufgetauchten Bedürfnisse gerecht zu werden. So errichtete er Kurse für Hornfärbung und Hornbleichung, Bronzefärbung und Patinierung, Perlmutterfärbung, chemische Putzerei, künstlerische Photographie, modernes Reproduktionsverfahren, Skizzieren von Drucksorten, Schneiden von Tonplatten für das Buchdruckgewerbe, theoretisch-praktische Tageskurse für Spengler und Stukkateure, gastwirtschaftliche Fachkurse für Fremdenbeherbergung und -verpflegung, für Elektrotechnik, für Buchhaltung, zweijährige Fachkurse für Müllerei, fünfmonatliche kommerziell-technische Kurse für Müllerei, fünfmonatliche technische Kurse für Müllerei, fachliche Fortbildungsschulen für Bäcker und Versuchsanstalten für Bäckerei und Müllerei.

Um das Urteil, daß sich die Fachmänner des Ministeriums nicht von hergebrachten Lehrmeinungen, sondern von den Erfordernissen des praktischen Lebens leiten lassen, zu erhärten, seien aus der Fülle des Stoffes einige hervorstechende Fälle herausgegriffen.

Der in den letzten Jahren so sehr zunehmende Fremdenverkehr nach den österreichischen Alpenländern deckte verschiedene Mängel im Gastwirts- und Hotelwesen auf. Schnell war die Regierung mit einer Fachschule für Fremdenbeherbergung und -verpflegung zur Hand. Hier werden die Zöglinge mit Anlage, Bau und Einrichtung von Hotels, Pensionen und Gastwirtschaften bekannt gemacht, lernen den Betrieb solcher Anstalten, Servieren, Keller und Küche bewirtschaften und werden überdies mit den nötigen kaufmännischen Kenntnissen versehen. Auch über die Einrichtung und Förderung des Fremdenverkehrs erfahren sie das Nötige.

Als Parallelaktion hierzu ist die Eröffnung von Koch- und Haushaltungsschulen, sowie zweier Anstalten, in denen die erforderlichen Lehrerinnen herangebildet werden, zu betrachten. Nebst anderen Disziplinen werden Fachrechnen, Kalkulation, Gesundheitslehre, erste Hilfe bei Unfällen, Nahrungs- und Lebensmittelkunde, Servieren, Kochen und Hauswirtschaft gelehrt, verbunden mit steten praktischen Übungen.

Kaum war der Bericht der Inspektorin Herta v. Sprung über die Gewerbeschulen für die weibliche Jugend erschienen, in dem die Mängel dieser Einrichtungen dargelegt worden, schritt das Ministerium sofort an die Umgestaltung dieses wichtigen Zweiges des gewerblichen Bildungswesens. Um diese Schulen, die zumeist der Privatinitiative ihr Entstehen verdanken, unter eine einheitliche Leitung zu bringen, wurde je eine deutsche und tschechische Inspektorin ernannt, Aufforderungen an Landeschefs, Stadt-

verwaltungen, autonome Körperschaften und Vereine gerichtet, Koch- und Haushaltungsschulen, sowie Seminare zur Heranbildung geeigneter Lehrkräfte zu errichten, vierwöchentliche Kurse zur Weiterbildung von Gastwirtinnen und Hotelköchinnen ins Leben gerufen, Organisations- und Lehrpläne für Frauen-Gewerbeschulen herausgegeben, eine Zentralanstalt für weibliche gewerbliche Berufsarten und die hierzu nötigen Lehrerinnen-seminare eröffnet, nebst den erforderlichen Übungsschulen, eine vollständige Sammlung der wichtigsten Lehrbehelfe u. a.

Die Folge hiervon war ein heilsamer Rückfluß der Mädchen von den allgemeinen Bildungsschulen zu den Gewerbeschulen. Befanden sich doch im Jahre 1910/11 in den genannten Schulen 12 706 Mädchen, obwohl es das erste Mal war, da sich ihnen die Pforten dieser Anstalten öffneten.

Auf mehreren Gewerbetagen wurde über die zu sehr theoretische Ausbildung der Schüler der Baufachschulen Klage geführt. Schon 1909 wurden diese Institute umgebildet. Jetzt ist mit jeder Schule ein Bauhof in Verbindung, auf dem die Zöglinge praktisch arbeiten. Überdies müssen sie im Laufe der 4 Studienjahre eine sechsmonatliche Sommerbauperiode durchmachen. Zudem wurden Abteilungen für Baugewerbe an den Staatsgewerbeschulen eingerichtet. Hier wird großes Gewicht auf das Zeichnen nach der Natur, Formenkomposition und landschaftliche Bauweise gelegt — ein Umstand, dessen Folgen schon an den Bauten in den Provinzen Österreichs zu beobachten sind.

Auch die Reform der Textilschulen ist eine Frucht der Beobachtung des realen Lebens. Man bemerkte, daß viele Absolventen dieser Anstalten einen großen Teil ihrer Kenntnisse nicht verwerten konnten, ja sogar neue erwerben mußten; daher wurde der Bildungsgang differenziert, individualisiert.

Denn von 4151 Absolventen hatten 737 keiner Spezialausbildung bedurft; 702 technischer, 314 zeichnerischer, 694 kaufmännischer, 796 höherer technisch-kaufmännischer, 54 zeichnerischer und kaufmännischer und 854 höherer technisch-kaufmännischer und zeichnerischer Ausbildung bedurft, um die Stellung zu erreichen, die sie jetzt innehaben.

Deshalb hat die Schule jetzt eine Unterstufe für allgemein weberei-technischen Unterricht und eine Oberstufe mit technologischen, artistischen und kommerziellen Kursen. Die Unterstufe währt 1 Jahr, der technologische Kurs 1 Jahr, der artistische 2—3 Jahre, der kaufmännische $\frac{1}{2}$ Jahr. Von den Absolventen fanden 90 % im Inlande, 10 % im Auslande Stellen.

Ein so weitverzweigtes und dabei vielgestaltetes Unterrichtswesen bedarf einer Zentralgewalt, die zugleich die notwendige Beweglichkeit besitzen muß, um ihre Maßregeln den wechselnden Anforderungen des Handels, des Verkehrs und der gewerblichen Marktverhältnisse anzupassen. Diese Schwierigkeit ist in dem Aufbau der „Zentralkommission für die Angelegenheiten des gewerblichen Unterrichts“ glücklich gelöst worden. Ihr gehören an „Männer der Volkswirtschaft, Technik, Kunst, solche mit didaktischer Erfahrung, genauer Kenntnis der industriellen Verhältnisse und der Bedürfnisse der Gewerbebezweige“. Sie besteht aus 40 von der Regierung ernannten Personen, deren Vorsitzender der Minister für öffentliche Arbeiten ist.

Der Zentralkommission sind untergeordnet 11 Ministerial-Inspektoren, 15 Fach-Inspektoren und 3 außerordentliche Inspektionskommissare. Diese Einrichtung erfordert einen jährlichen Aufwand von 366 225 K.

Alles an dieser Bildungsorganisation hat einen großzügigen Charakter. So wird die Beschaffung der Lehrmittel nicht den einzelnen Schulen über-

lassen, sondern ein eigenes „Lehrmittelbureau“ sorgt für diese Bedürfnisse in ausgezeichnete Weise. Hier werden die Neuerungen des gewerblichen Betriebes verfolgt, nachgeprüft und den Lehrern in eigenen Kursen mitgeteilt, um von diesen der industriellen Bevölkerung vorgeführt werden zu können. Anregungen werden beachtet, wissenschaftlich behandelt, Anträge aus den Kreisen der Interessenten entgegengenommen und objektiv beurteilt. An Lehrmodellen sind durch das Bureau seit seinem Bestande etwa 200 000 Stück im Werte von etwa 2 Millionen Kronen an die Schulen verteilt worden; beispielsweise im Jahre 1909 allein 34 820. — Auch die für die Gewerbeschulen nötige Literatur wird im Lehrmittelbureau teils geschaffen, teils durch Unterstützung der Verleger die Herausgabe erleichtert. Die wichtigsten der Erscheinungen der technisch- und didaktisch-gewerblichen internationalen Literatur werden in dem „Zentralblatt für das gewerbliche Unterrichtswesen“, herausgegeben vom „Minist. f. öffentl. Arbeiten“ angezeigt und besprochen. Die Formensammlungen, Bautypen mustergiltiger alter Gebäude und Denkmäler einzelner Landschaften sind nicht nur nützliche, sondern geradezu verdienstvolle Erscheinungen.

Daß sich die Belehrung nicht allein auf die Schulstuben beschränkt, sondern auch „ins Volk“ ihren Weg nimmt, ist nach dem Gesagten wohl zu erwarten. Und in der Tat sind die „Wanderkurse“ eine der heilsamsten Maßregeln für die fachliche Fortbildung der gewerbetreibenden Bevölkerung. So wurden in einem Jahre (1906/7) 803 Wanderkurse durch 120 Lehrer mit einem Kostenaufwande von 60 000 K. durchgeführt.

Davon waren Kurse für

Holz verarbeitende Gewerbe	340
Metall verarbeitende Gewerbe	107
Motorische Anlagen	68
Brau-Gewerbe	67
Elektrische und andere Anlagen	12
Glas-Industrie	19
Keramische Industrie	76
Spielwaren-Industrie	6
Uhrmacher-Industrie	1
Gold- und Silberschmiede, Edelstein- schleifer und -fasser	21
Kunstblumen-Erzeuger	8
Maler	1
Bildhauer, Modelleure u. Stukkateure .	20
Frauen-Handarbeit	7
Verschiedene andere Zwecke	70

Bei solchen Gelegenheiten, besonders in den vom großen Verkehre abseits liegenden Gegenden, kommen die strebsameren Handwerker oft aus bedeutenden Entfernungen zusammen und betrachten diese Zusammenkünfte mit Berufsgenossen als eine Art Feiertag, an dem sich auch das Gemüt in gehobener Stimmung befindet. Es ist dies eine Form der Erziehung, die ein Solidaritätsgefühl wachruft, das über manche Schwierigkeit des Lebenskampfes hinweghilft und diese einfachen Menschen, sie noch einige Zeit nachher beherrschend, mit einer gewissen Arbeitsfreudigkeit erfüllt. Bei solchen Anlässen sind sie leichter den Ratschlägen und Winken der Wanderlehrer zugänglich, vereinigen sich mit ihren Berufsgenossen, unterstützt von den

Vertretern der Regierung, zu wirtschaftlichen Unternehmungen, überwinden die in diesen Kreisen noch immer vorhandene Scheu vor Büchern, indem sie sich Fachschriften, Zeichnungen oder Modelle entlehnen, ja finden sogar oft den Mut, zur Veranstaltung von Regional-Fachausstellungen, wozu die Behörde ihre Hilfe bereit hält. Da gelegentlich solcher Zusammenkünfte einzelne Teilnehmer ihre Werke zur Schau stellen, benützt die Staatsverwaltung diesen Anlaß, um Bestellungen zu machen und an strebsame Handwerker Stipendien zu verleihen.

Die Fortbildung der Gewerbeschullehrer ist eine der wichtigsten Sorgen der Staatsverwaltung, was aus folgender Zusammenstellung ersichtlich ist.

	Kurse	Hörerzahl	Kosten
Zeichenlehrer	170	2938	277 524 K.
Gewerbl. kaufm. Fächer ...	28	778	131 421-,,
Verschiedene Zwecke	12	336	21 531-,,
	210	4052	332 476 K.

Gesamtkosten aller bis 1908 abgehaltenen Kurse 550 340 K.

Die Zahl der Lehrer beträgt 8000, wovon jährlich 600—800 an Kursen teilnehmen, was 180 000 K. Kosten verursacht. Im Jahre 1910/11 sind im Budget 67 000 K. für Spezialstipendien eingesetzt. Hiezu kommen noch die Studienreisen der Lehrer, von denen jährlich etwa 150 fremde Industriegebiete besuchen.

Nach alledem wird es nicht verwunderlich sein, wenn in den Gewerbeschulen ein dem Schüler wohlwollender, moderner Geist herrscht und die Erfolge sehr erfreuliche sind. Abgesehen davon, daß den Absolventen der höheren Gewerbeschulen der Weg zur Realschul-Matura geöffnet und das Einjährig-Freiwilligen-Recht zugesprochen worden ist, bestrebt sich die Verwaltung den jungen Leuten Stellen zu vermitteln, ihren Studiengang durch Stipendien zu erleichtern und durch Reise-Unterstützungen zu fördern. Daß solche Bewerber bevorzugt werden, die schon eine 2 jährige Praxis hinter sich haben (75 % aller Stipendien *) und Söhne von Gewerbetreibenden sind, liegt ja auf der Linie des leitenden Gedankens dieser Schulen. Die Einrichtung der Horte beweist in ganz klarer Weise, wie väterlich geradezu für diese jungen Handwerker gesorgt wird. In der für Einrichtung und Leitung solcher Internate erschienenen Anleitung wird auf den zwanglosen Verkehr der Zöglinge unter einander Gewicht gelegt, für Büchersammlungen vorgesehen, die Abhaltung anregender und belehrender Vorträge ernstest wie heiteren Inhalts verlangt, Redeübungen, Deklamationen, Musikkapellen, Spiele, Sportübungen, Besichtigung der örtlichen Sehenswürdigkeiten, Pflege des Sparsinnes angeordnet, Veranstaltungen von Festlichkeiten, Theater- und Konzertbesuch gewünscht, Prämien für gute Haltung ausgesetzt und auf die Lebensführung sowie Berufsbildung Gewicht gelegt. Auch das Schicksal jedes Zöglings nach seinem Austritte aus der Anstalt wird mit wohlwollendem Interesse verfolgt. Sogar auf die Externen erstreckt sich diese Fürsorge: so bezüglich des Unterkunfts wesens, der Gesundheit — ärztliche Untersuchung beim Eintritt in die Schule mit Rücksicht auf das zu wählende Gewerbe. Die Zöglinge werden auch gegen Unfälle während ihrer gewerblichen Praxis in den Schulen und bei Ausflügen versichert. In den Lehrplan wurden jetzt Belehrungen über

*) 415 mit einem Kostenaufwande von 7115 K.

das Erwerbs- und Genossenschaftswesen, sowie „Bürgerkunde“ aufgenommen, um den jungen Handwerkern auch einen Einblick in die Organisation des Staates zu gewähren.

Statt vieler Worte sollen schließlich einige Zahlen den Aufschwung versinnlichen, den das gewerbliche Schulwesen Österreichs genommen. Es gab im Jahre

1906/7	2223	Schulen	204 000	Schüler
1907/8	2287	„	222 302	„
1908/9	2379	„	238 238	„
1909/10	2570	„	258 388	„

Hierzu kommen noch 441 Horte, 57 Heime und 74 andere Wohlfahrts-einrichtungen, im ganzen 572.

Wenn irgendwo das Bibelwort von den Früchten, an denen man die Bäume erkennt, am Platze ist, so ist dies hier gewiß der Fall. Wären nicht die Mittel so beschränkt — jedermann kennt ja die Ursache dieser Geldnot für kulturelle Erfordernisse —, es könnte noch viel mehr geleistet werden. Das bis jetzt Erreichte zeigt jedoch jedem, der ohne Voreingenommenheit urteilt, welch große Intelligenz in dem österreichischen Handwerkerstande steckt und mit welch lobenswertem Eifer die Behörden ihre schöne Aufgabe erfassen.



M. HELSKI, WARSCHAU: DAS SCHULWESEN IM KÖNIGREICH POLEN.

Im Königreich Polen hat in der freiheitlichen Bewegung der Kampf um die polnische Schule eine besondere Bedeutung gewonnen. Er ist von Schulkindern auf eigenen Antrieb unternommen worden, sogar vielfach gegen den Willen der Eltern. Der Kampf brachte so wichtige Folgen für die Kulturentwicklung Polens mit sich, daß er wohl verdient, näher bekannt zu werden. Damit aber die Entstehungsgründe und die Gewinne aus dem Schulkampfe richtig beurteilt werden müssen wir uns in das vorrevolutionäre Schulwesen Polens zurückdenken.

I.

Elementarschulen.

Von den Dörfern besitzen nur die eine Schule, die wohlhabend genug sind, um sie aus eigenen Mitteln zu erhalten; die betreffenden Schulen werden seitens des Staates nur subventioniert *). Da im allgemeinen die Bauern arm sind, so haben nur wenige Dörfer eigene Schulen. Manchmal vereinigen sich zwar mehrere Dörfer zur Gründung einer gemeinsamen Schule, die alsdann für ein Rayon von mehreren Quadratkilometern dienen muß **). Aber auch

*) Im Jahre 1904 beliefen sich die Erhaltungskosten der Elementarschulen in Polen auf etwa 1½ Millionen Rubel, wobei sich der Staat nur mit etwa 350 Tausend Rubeln beteiligte.

**) Im Königreich Polen kommen durchschnittlich 35—40 km² auf eine Elementarschule, in den Gouvernements Suwalki und Lomscha bis 55 km².

im günstigsten Falle können nicht alle Kinder in der Schule Platz finden, und selbst diejenigen, die die Schule besuchen, haben selten die Möglichkeit, sie zu beendigen, da ihre Eltern einen so großen Verlust an Arbeitskraft nicht tragen können *). Da Schulzwang im russischen Reiche nicht vorhanden, ist es kein Wunder, daß die Landbevölkerung nach amtlicher Statistik 70 bis 80 % Analphabeten zählt! Der Unterricht wird in russischer Sprache erteilt, die für die Bauernkinder eine fremde ist; im knappen Lehrplan muß daher dem Erlernen des Russischen ein beträchtliches Stundenquantum eingeräumt werden.

In den Städten ist der Elementarunterricht etwas besser als auf dem Lande, weil die Schulen den Bewohnern der betreffenden Stadtteile zugänglicher sind und die städtischen Kinder in ihren Studien nicht, wie die Bauernkinder, durch Feldarbeiten gestört werden. Doch sind auch in den Städten die elementaren Unterrichtsmöglichkeiten nicht ausreichend. Die Nachfrage**) ist so groß, daß es als Glück angesehen wird, sein Kind in einer städtischen Schule untergebracht zu haben. Ein fragliches Glück! Das Kind, das seiner Muttersprache noch kaum mächtig ist und von deren Rechtschreibung überhaupt keine Ahnung hat, muß hier vor allem Russisch lernen. Es erhält den gesamten Unterricht: Rechnen, Geographie Rußlands, tendenziöse Geschichte in russischer Sprache; wenn auch das Polnische unterrichtet wird, so ist dies kaum der Rede wert. Bei den Prüfungen wird nur darauf geachtet, wieweit die Kinder das Russische beherrschen. So kommt es darauf hinaus, daß eigentlich nicht Arithmetik, Geographie usw. unterrichtet, sondern vermittelt der Arithmetik, Geographie usw. stets wieder nur das Russische einge-trichtet wird. Wenn man noch hinzufügt, daß ein und derselbe Lehrer in sämtlichen Fächern — mit Ausnahme der Religion — unterrichtet, daß er sich oft mit zwei und sogar drei nacheinander folgenden Gruppen beschäftigen muß, daß die Schulen jedweder Lehrmittel entbehren, so erhellt, wie wenig diese Schulen zu leisten vermögen.

Mittelschulen.

Auch in den staatlichen Mittelschulen (Gymnasien) findet nur ein geringer Teil der Ansuchenden Aufnahme ***). Alle Gegenstände werden auch hier in russischer Sprache behandelt. Der russischen Sprache als Lehrgegenstand ist im Lehrplan in allen Klassen die größte Stundenzahl angewiesen. Die polnische Sprache wird nur fakultativ unterrichtet; ihr werden nur wenige Stunden — und diese oft außerhalb der gewöhnlichen Klassenstunden — gewidmet. Prüfungen über den Fortschritt im Polnischen werden nicht abgehalten. In den Mauern des Gymnasiums ist den Schülern jede polnische Unterhaltung untereinander streng untersagt. Wenn zwei Brüder eine Schule

*) Ein Bauernkind besucht die Schule höchstens während 6 Monaten im Laufe eines Jahres; wenn das Kind also auch drei Jahre zur Schule geht, so hat es doch höchstens eine Gesamtschulzeit von 18 Monaten.

**) Laut der offiziellen Statistik waren im Jahre 1904 im Königreich Polen bis 1 702 000 Kinder im lernfähigen Alter, doch besuchten nur 292 910 Kinder die Schule, somit 17 % der Gesamtzahl. In Warschau selbst waren im Jahre 1904 rund 40 000 Kinder im schulfähigen Alter ohne Schule. Vergl. Adolf Suligowski, „Die Stadt der Analphabeten“, Krakau 1905 (polnisch).

***) Für nahezu ein Drittel der ganzen Bevölkerung, nämlich für die Juden, ist der Zutritt zu den Staatsgymnasien meist überhaupt ausgeschlossen, da laut einem ministeriellen Erlasse nur 10 % der Schülergesamtheit Juden sein dürfen.

besuchen, so haben sie in dem Moment, da sie die Schwelle des Schulgebäudes überschreiten, ihre Mutter- und Haussprache zu vergessen; jede Erinnerung daran würde ihnen gefährlich sein: die höchsten disziplinarischen Strafen werden gegen solche „Vergehen“ angewandt. Organisierte Spionage ist die Krönung des ganzen Systems. Durch Kunstgriffe und Listen, die jedem Geheimpolizisten Ehre machen würden, weiß ein Gymnasialdirektor oder -Inspektor aus den unerfahrenen Kindern Bekenntnisse und Denunziationen herauszulocken, ohne daß die jungen Seelen ahnen, wie man sie verdirbt. Die Pedelle sind gleichfalls zur Spionage verpflichtet. Die Lehrer selbst sind zu Spionen ihren Kollegen und Schülern gegenüber eingesetzt *). Wenn einem Lehrer nachgewiesen worden ist, daß er diesbezüglich seine „Pflicht“ versäumte, muß er ohne weiteres seinen Posten verlassen. Ehrliche Leute können somit nur schwerlich auf einem Lehrerposten im Gymnasium ausharren. Vorwiegend sind die Gymnasiallehrer vom Innern Rußlands kommende Beamte, die wegen ihrer Unfähigkeit oder sonstigen „Eigenschaften“ nicht vorwärts kamen. Um die russischen Lehrer nach Polen anzulocken, sicherte ihnen die Regierung als Entschädigung für den Dienst in der Grenzmark einen Gehaltszuschlag und eine Kürzung der zur Erreichung einer Pension nötigen Dienstzeit **). Polen werden zu Lehrerposten nur äußerst selten zugelassen. Für Pädagogik haben die Herren kein Interesse; sie üben ihren Beruf nach haarspalterischen, vom Ministerium bürokratisch zusammenbuchstabierten Vorschriften aus. Diese Vorschriften lassen für persönliche Initiative des Lehrers (vielleicht noch zum Glück!) keinen Platz übrig.

In der Schule selbst herrscht eine schwere Atmosphäre. Die Schüler müssen beständig auf der Hut sein, und zwar nicht bloß in der Schule, sondern auch außerhalb, denn überall — auf den Straßen, in den Gärten — werden sie umlauert. Nervenkrankte sind in Schülerkreisen keine Seltenheit. Der statistisch nachgewiesene enorm hohe Prozentsatz von Selbstmordversuchen unter der Gymnasialjugend Polens steht im engen Zusammenhange mit dem Schulsystem. Es ist daher kein Wunder, daß die Schüler und deren Familien die russische Schule hassen. So sät das System, welches zur Russifizierung der polnischen Gesellschaft dienen sollte, unaufhörlich Haß gegen die gesamte russische Bürokratie ***).

Ein wenig besser war der Zustand der Privatschulen, deren gab es aber nicht viele, da eine Unterrichtskonzession sehr schwer erhältlich war. Im allgemeinen jedoch wurden diese Privatschulen nur als zeitweises Asyl für diejenigen betrachtet, die aus irgendeinem Grunde in der Staatsschule keinen Platz hatten finden können. Denn schließlich wollte doch fast jeder sein Examen an einem Staatsgymnasium bestehen, um die damit verbundenen Vorrechte (Vergünstigung bei Militärdienst und Zulassungsrecht an die Hochschulen) zu erwerben.

*) Vergl. das Zirkular der Warschauer Schuldirektion vom 1. Oktober 1876, 3958, an die Lehrer und Lehrerinnen der Elementarschulen.

**) In Rußland werden die Lehrer nach 35-jähriger Dienstzeit pensioniert; für die im Königreich Polen dienenden Russen ist diese Frist auf 25 Jahre heruntersetzt.

***) Solche Wirkung des russifizierenden Schulsystems war den Behörden selbst nicht unbekannt. In seinem Berichte schrieb der Generalgouverneur I. Hurko an den Zaren über „die anormalen Beziehungen, die sich in der Staatsschule zum polnischen Kinde gestaltet haben, Verhältnisse, die keineswegs zur Förderung der Liebe für Rußland beitragen können“ (Betrachtungen des Ministerkomitees bei Durchsicht der lokalen, einschränkenden Bestimmungen im April und Mai 1905).

Bedeutend günstiger entwickelten sich die Schulen, welche nicht unter Aufsicht des Aufklärungs-, sondern der des Handels- und Industrieministeriums standen: die Handelsmittelschulen, von denen die Warschauer Handelsschule sogar als Musteranstalt galt, ebenso wie die dortige technische Schule.

Hochschulen.

Von den Hochschulen kommen zwei in Betracht, die kaiserliche Universität und das Polytechnikum des Kaisers Nikolaus II. in Warschau.

Zu den Lehrkanzeln der Universität wurden von Anfang an nur wenige polnische Gelehrte zugelassen. Bei Wahl der Professoren war nicht deren wissenschaftliche Tätigkeit, sondern ihre politische Gesinnung maßgebend *). In Europa ist man gewohnt, einen Universitätsprofessor von vornherein als einen Mann der Wissenschaft zu betrachten; in Warschau ist dies nur in seltenen Ausnahmen zutreffend. Die Warschauer Professoren sind Staatsbeamte, die berufsmäßig ihren Kursus jahraus jahrein lesen. Die Wissenschaft mag in noch so raschem Tempo vorwärts gehen, es mögen neue Forschungsmethoden und neue Forschungsgebiete entdeckt werden; das geht den Warschauer Professor wenig an: er liest (im buchstäblichen Sinne des Wortes) seinen Kursus und prüft am Ende des Jahres, ob ihn seine Zuhörer in ihr Gedächtnis gehörig eingeprägt haben. Monographische Vorlesungen, wie sie überall an europäischen Universitäten gehalten werden, sind in Warschau unbekannt. Es fehlen sogar mitunter grundlegende, ganz unentbehrliche Fächer **). Man kann hier hübsch Prüfungen durchmachen und Diplome erhalten, ohne jemals eine Fachzeitschrift gesehen zu haben. Dafür aber gibt es in Warschau eine mächtige Kanzlei mit vielen Beamten, ferner Inspektoren, die eine Art von Universitätspolizei bilden und zu deren Hilfe eine Reihe von Pedellen steht. Es wird dafür gesorgt, daß die Studenten vorschriftsmäßige Uniform tragen; wenn z. B. ein Student keine dunkelgrüne Hose, sondern vielleicht eine braune oder graue hat, wenn diese Hose nicht glatt, sondern gestreift ist, so wird der Träger ins Universitätsgebäude nicht hineingelassen. Auch innerhalb der Universität sind die Studenten Objekt der besonderen Aufmerksamkeit der Polizei. Es ist eine charakteristische Tatsache, daß jeder Polizeirevieraufseher in seinem Notizbuch sämtliche in seinem Revier wohnhaften Prostituierte und Studenten, nach Namen und Adressen, aufgezeichnet hat. Nur wenige Studenten mit besonderer Begabung und Wissensdrang arbeiten wissenschaftlich; die Mehrzahl begnügt sich damit, die Notizen oder autographischen Vorlesungen zu memorieren; bei den Prüfungen wird von ihnen ja doch nichts als buchstäbliches Auswendiglernen der Vorlesungen verlangt. Die Universität erscheint somit nicht als Anstalt zur Pflege der Wissenschaft, sondern lediglich als eine Diplomfabrik, die nur scheinbaren Zusammenhang mit der Wissenschaft hat ***).

*) Vide Nikolaus Dubrowsky: „Die offizielle Wissenschaft im Königreich Polen. Die Warschauer Universität nach persönlichen Erinnerungen.“ St. Petersburg 1908 (russisch).

**) Es war bis vor kurzem in Warschau an der mathematischen Fakultät ein alter Professor S., der einfach sagte, „die Geometrie sei überhaupt keine Wissenschaft“!

***) Daß obige Schilderung der Warschauer Universität nicht übertrieben ist, beweist die oben zitierte Broschüre: „Die offizielle Wissenschaft im Königreich Polen“, deren Verfasser — als Russe — kein Interesse daran hatte, die Sachen dunkler darzustellen als sie sind.

Das polytechnische Institut wurde im Jahre 1897 gegründet. Das dazu nötige Kapital in Höhe von einer Million Rubel *) sammelten polnische Bürger aus Anlaß des Besuchs des Zaren Nikolaus II. in Warschau. Das Fehlen einer technischen Hochschule in Polen war bei der Entwicklung der polnischen Industrie sehr peinlich. Da die Regierung sich weigerte, irgend etwas zu tun, so ergriffen die polnischen Bürger die günstige Gelegenheit, um zur Gründung eines Polytechnikums in Warschau die nötigen Mittel beizutragen zu dürfen **).

Das polytechnische Institut zu Warschau hat den gleichen Charakter wie die Universität. Von polnischen Spezialisten, die sich im Auslande ausgebildet haben, wurden nur wenige zugezogen. Ausländische Kräfte sind nie berufen worden. Die Regierung besetzte die Lehrstühle mit Russen. Die theoretischen Vorlesungen sind an die Professoren der Warschauer Universität übertragen worden. Diese haben natürlich gern akzeptiert, weil sich dadurch ihr Einkommen verdoppelt hat. Es kümmerte dabei niemanden, daß es bei gewissenhafter Vorbereitung unmöglich ist, bis zu 15 Vorlesungen wöchentlich zu halten; daß ferner ein Universitätsprofessor (ein Theoretiker) für die praktischen Anwendungsgebiete, die doch im Polytechnikum die Hauptrolle spielen, nicht der richtige Mann sei. Dozenten für speziell technische Kurse wurden auf ganz einfache Weise präpariert. Man schickte junge Russen mit Universitätsdiplomen für zwei Jahre ins Ausland; hier genossen sie ein Stipendium und bereiteten sich eilig vor, um eine Vorlesung halten zu können. Sie arbeiteten einen Kursus aus, der ihnen nachher für viele Jahre dient; auf diese Weise wurde ein „Spezialist“ gebacken. Wie dabei das Studienniveau am Polytechnikum aussah, kann man sich leicht denken.

So war das Schulsystem Polens, als die Revolution 1905 ausbrach.

II.

Im Januar 1905 verständigten sich Schulkinder und Studenten über eine bis dahin nicht bekannte Form des Streiks: den Schulstreik. Es wurde beschlossen, die russische Schule zu boykottieren. Man verlangte eine Schule, wo nicht Politik, sondern Wissenschaft getrieben würde; man forderte den Unterricht in der Heimatsprache. Man wollte auf die Diplome, auf die Vorzüge und Privilegien, die die Zeugnisse der Staatsschule mit sich bringen, verzichten und den Kampf bis zur letzten Möglichkeit durchführen.

Der Boykott war zunächst ausschließlich passiv. Die Begeisterung war so groß, daß man an Streikbrecher gar nicht dachte. Ein Teil der russischen Studenten wollte durch seine Gegenwart die Bestrebungen der polnischen Kollegen nicht hindern und verließ die Warschauer Universität, um sich nach Rußland zu begeben. Die jüdischen Schüler und Studenten traten meistens solidarisch mit den streikenden Polen auf. Nur die Kinder einiger aus Rußland eingewanderten Juden, denen die lokalen Ziele fremd waren, ferner

*) Nachträglich bis 2½ Millionen Rubel ergänzt.

**) In einem geheimen, an den Zaren gesandten Berichte erklärte der damalige Generalgouverneur Imeretinsky, weshalb, nach seiner Meinung, die Gründung des polytechnischen Instituts in Polen zu bewilligen sei: die jungen Leute, die gezwungen sind, sich behufs technischer Studien ins Ausland zu begeben, kommen mit verkehrten sozialen Ansichten zurück; um dies zu vermeiden, wäre es besser, die Studenten hier am Platze zu haben. — Der Bericht gelangte zufällig in Hände einer revolutionären Partei und wurde von ihr veröffentlicht.

die russische Jugend, allerdings mit erwähnter Ausnahme, und einzelne Polen haben sich an der Bewegung nicht beteiligt. Die Gesamtzahl der Loyalisten war so gering, daß z. B. in einer Klasse von sonst 30 bis 40 Schülern nur 3 bis 4, oft noch weniger, saßen; zu den Vorlesungen an der Universität erschienen nur je 2 bis 3 Studenten oder auch gar keine. Die Boykottierenden versuchten auf die Streikbrecher einzuwirken, und in einzelnen Fällen kam es sogar zu Angriffen auf diese. Obwohl diese Angriffe durch erhitzte Köpfe auf eigenes Risiko unternommen und keineswegs seitens der Boykottierenden als Vorgangsweise gebilligt wurden, hatten sie die Behörden aufgereizt. Die Gymnasien und Hochschulen wurden durch Militärpatrouillen bewacht. Die Stimmung war auf beiden Seiten eine äußerst erregte.

Die polnische Gesellschaft selbst teilte sich in bezug auf den Schulstreik in zwei Parteien. Die eine billigte die Ziele, die sich die Jugend gestellt hatte, und verstand den elementaren, natürlichen Charakter des Ausbruchs. Sie unterstützte die Jugend in ihrem Unternehmen und machte ihr Mut. Ein anderer Teil der Gesellschaft glaubte nicht an den guten Erfolg des Streikes und fürchtete Repressionen. Die schlechteste Schule sei besser als keine, sagten sie. Unter diesen Vertretern der praktischen Vernunft waren Geistliche, Landgutbesitzer, Geburtsaristokraten, und es fehlten unter ihnen auch Gelehrte nicht. Alle Bemühungen der Opportunisten scheiterten jedoch an dem festen Entschluß der Jugend.

Es war ersichtlich, daß der schullose Zustand recht lange dauern konnte, und infolgedessen fingen die Gesinnungsfreunde der streikenden Jugend an, einen Ersatz für die ausbleibende Schule zu suchen. Die Hochschulen irgendwie zu ersetzen, war einstweilen nicht denkbar, dagegen war der Gedanke, für die Mittelschule ein Surrogat zu schaffen, nicht aussichtslos. Zu diesem Ende wurden überall Kreise von Schülern (und ebenso von Schülerinnen) gebildet, wobei man Kinder mit ungefähr gleicher Vorbereitung in Klassen vereinigte. Alles dies mußte natürlich im geheimen geschehen. Die Klassen waren in verschiedenen Stadtvierteln zerstreut. Die Organisatoren, Lokalgeber, Lehrer und Schüler — alle Beteiligten — waren sich der Gefahr bewußt, die sie liefen, denn Polen befand sich zu jener Zeit im Kriegszustande. Jedoch hat die Begeisterung alle Schwierigkeiten überwunden. Was die Schularbeiten selbst anlangt, so wurde dabei ein solcher Fleiß an den Tag gelegt, wie ihn niemals die russische Schule gesehen hatte. Selbstverständlich wandten sich nicht alle an diese Unterrichtsstellen. Kinder reicher Eltern konnten sich ins Ausland begeben, um dort ihre Studien fortzusetzen. Da nun hauptsächlich mittellose Kinder die erwähnte Organisation in Anspruch nahmen, so mußte von anderer Seite für das finanzielle Bestehen der geheimen Schulorganisation gesorgt werden. Die Sammlung der nötigen Mittel ging leicht vor sich, und die Lehrerhonorare konnten immer pünktlich gedeckt werden.

Die geschilderte Sachlage dauerte über ein halbes Jahr. Die Universität und das Polytechnikum hatten keine Besucher, in den Gymnasien waren nur einzelne Schüler geblieben, während die geheimen polnischen Lehrkurse in vollem Betrieb standen. Die Behörde mußte dann zu der Überzeugung kommen, daß gegen eine so starke elementare Welle nichts zu tun sei, und daß es für sie vorteilhafter wäre, ein Einsehen zu haben. Und nun erschien ein Erlaß des Zaren vom 1. Oktober 1905, der die früher gefaßte Meinung des Ministerkomitees zum Gesetz erhob. Es wurde gestattet, Privatschulen mit Unterricht in lokaler Sprache zu gründen; russische Sprache, Geographie und Geschichte Rußlands sollten allerdings nur in russischer Sprache unterrichtet

werden; Schulen mit polnischer Unterrichtssprache wurden von den Staatsprivilegien (z. B. betr. Militärdienst) ausgeschlossen; diejenigen von den bestehenden Privatschulen, welche, anstatt des russischen den polnischen Unterricht einführen wollten, durften dies tun, mußten aber auf die ihnen vorher bewilligten Staatsprivilegien verzichten. Das gewonnene Resultat mußte, trotz der begleitenden Einschränkungen, als glänzender Sieg betrachtet werden, zumal die Kämpfer nicht praktische, sondern ideale Ziele im Auge hatten. Die geheimen Schulen waren nunmehr überflüssig geworden und infolgedessen deren Organisation gelöst. Sämtliche Privatschulen haben auf ihre Vorrechte verzichtet und die polnische Unterrichtssprache eingeführt. Sie genügten aber nicht, um das große Schulbedürfnis zu befriedigen; in kürzester Zeit erwuchsen nacheinander mehrere Privatschulen, sowohl mit humanistischem Programm als auch im Typus der Real- und Handelsschulen.

Die Einführung der polnischen Unterrichtssprache statt der russischen war schon an und für sich von großer Bedeutung: sie war einerseits eine Satisfaktion für das polnische Nationalgefühl, anderseits eine nicht geringe Erleichterung für die Kinder; jedoch nicht darin lag die Hauptsache der errungenen Reform. Wäre nur die russische Schule zu einer polnischen geworden und bliebe sonst alles beim Alten, so hätte die Reform vom pädagogischen Standpunkt aus nur einen geringen Wert gehabt. Das Hauptgewicht der Reform liegt aber darin, daß zugleich mit der russischen Unterrichtssprache das ganze frühere Schulsystem zugrunde ging. Da jedwedes politische Ziel in der Schule wegfiel, ist sie zu dem geworden, was sie sein soll, nämlich zur Schule im Sinne des Wortes. Die Lehrer genossen volle Freiheit bezüglich des Programms und der Lehrbücher und bemühten sich, die fortschrittlichsten pädagogischen Ansichten und Methoden sich anzueignen und anzuwenden. Wenn auch nicht alle Schulen auf einmal gleich vorzüglich organisiert worden sind, so konnten doch einige von ihnen als Muster gelten. Zwischen Lehrern und Schülern stellten sich freundliche, auf gegenseitigem Vertrauen und Achtung beruhende Beziehungen ein. Die Schüler bewiesen einen Lerneifer, den die Lehrer durch interessante Darstellung, Exkursionen, Experimente anzuregen wußten. Pädagogische Diskussionen fanden in allen Lehrerkreisen, in der Spezialpresse, in den Schulkonferenzen unaufhörlich statt. Eine praktische Pädagogik ist ins Leben gerufen worden.

Das Gedeihen der polnischen Schulen konnte den Behörden nicht gefallen, zumal in den staatlichen Gymnasien alles beim Alten geblieben war. Und so begannen die Behörden den Erlaß über polnische Schulen durch eine Reihe Nebenerlasse, Zirkulare, „Erklärungen“ nach und nach zu beschränken. Es wurde strengstens verlangt, nicht bloß Geographie und Geschichte Rußlands, sondern auch allgemeine Geographie und Geschichte auf Russisch zu unterrichten *); ferner durfte der Unterricht der russischen Sprache, Geographie und Geschichte nur von Lehrern russischer Nationalität erteilt werden **), was eine Entlassung der bereits angestellten betreffenden Lehrer polnischer Nationalität bedeutete, obgleich dieselben russische Diplome und spezielle Lehratteste besaßen. Für die russische Sprache wurde zum Nachteil der andern Gegenstände ein hohes Stundenminimum bestimmt. Lehrern

*) Zirkular des Warschauer Schulinspektors vom 25. November 1905 Nr. 7763.

**) Am 24. Mai 1908 vom Zaren genehmigte Meinung des Ministerkomitees; Zirkular der Warschauer Schulinspektion vom 7. April 1909 Nr. 5792 betr. Geographie und vom 25. September 1906 Nr. 5000 betr. Geschichte.

jüdischer Konfession wurde die Erteilung des Unterrichts in Schulen, die nicht ausschließlich von jüdischen Schülern besucht wurden, untersagt. Ferner wurde „erklärt“ daß der Erlaß betreffs der polnischen Schulen nur Personen „polnischer Herkunft“ meine; Schulen im Besitz von Juden sei polnischer Unterricht nicht gestattet, und dieselben hätten die Wahl zwischen russischer und jüdischer Unterrichtssprache. Diese letztere „Erklärung“, bei der die Begriffe *Nationalität* und *Konfession* in roher Weise vermischt werden, bedeutete für die Mehrzahl der betreffenden Anstalten nichts anderes als Schließung. Oft und oft überfielen unerwartet die Revisionen der Schulbehörde die Privatschulen, um zu prüfen, ob alles vorschriftsmäßig geschehe.

Über den polnischen Schulen, die ein schönes Fortblühen versprochen, sammelten sich dunkle Wolken immer dichter und dichter. Folgendes Ereignis zeigte ganz unverhüllt, daß das Gebäude des polnischen Schulsystems auf einem nicht erloschenen Vulkan stehe. Als im Jahre 1908 einige russische Studenten durch unermittelt gebliebene Individuen überfallen und mißhandelt worden waren, machte der Generalgouverneur dafür ohne weiteres die ganze polnische Gesellschaft verantwortlich, und mit einem Federzug wurden sämtliche polnische Privatschulen gesperrt. Erst nachdem in der polnischen Presse eine Erklärung der Vertreter verschiedener Parteien veröffentlicht worden war, worin ausdrücklich bestätigt wurde, daß die Gesellschaft nichts von den Attentätern wisse, daß sie deren Handlung mißbillige und daß es außer ihrer Macht liege, solche Taten zu verhindern, wurden die Schulen nach Ablauf von drei Tagen mit einem andern Federzuge wieder eröffnet.

Das Leben brachte seinerseits bedenkliche Gefahren für das polnische Schulwesen. Es gehörte allerdings viel Mut dazu, um auf die Rechte, die die Staatsschule gibt, zu verzichten. Der breiten Masse auf die Länge der Zeit hin solch einen Mut zuzutrauen, wäre Vermessenheit. Freilich braucht die Gesellschaft Belehrung für die Jugend, aber nichtsdestoweniger benötigt sie auch Rechte. Außerdem ist die Staatsschule viel billiger als die Privatschulen und verfügt über Stipendien. Und nun beginnt ein allmählicher, aber stets wachsender Rückgang zum Gymnasium. Zunächst schüchtern, dann immer offener, zunächst einzeln, dann immer häufiger schicken Eltern ihre Kinder an das unliebsame, verhaßte Gymnasium, welches doch mehr als die Privatschulen die praktischen Interessen zu sichern vermag. Die Behörde förderte diesen Rückgang durch verschiedene Dekrete. Das Durchkommen bei den Externenprüfungen wird sehr erschwert; ein Aufschub des Militärdienstes wird denjenigen im Auslande studierenden jungen Leuten untersagt, die nicht ein russisches Maturitätszeugnis haben.

In der Theorie dauert noch immer der Boykott der russischen Schule. In der Praxis aber wird die Situation der polnischen Schulen immer pessimistischer beurteilt.

III.

Nachdem der Erfolg des Schulkampfes die Möglichkeit einer freien polnischen Schule erwiesen hatte, beeilte sich die Gesellschaft, diese Möglichkeit nach allen Richtungen hin auszubauen.

Im Juni 1906 wurde ein sehr breit gedachtes Institut unter der Benennung „*Macierz Szkolna*“ (d. h. Mutter Schule) gegründet. Der allgemeine Zweck dieses Instituts war, die elementarste Bildung in weitesten Volks-

schichten zu verbreiten. Im Programm der Macierz Szkolna waren u. a.: Gründung und Unterhaltung von Volksschulen, Kindergärten, Seminaren für Volksschullehrer, Bibliotheken, Lesesälen, Volkshäusern; ferner Herausgabe polnischer Lehrbücher, wissenschaftlicher und pädagogischer Zeitschriften usw. usw. Der Macierz Szkolna flossen reichliche Mittel zu, und sie vermochte überall, auf dem Lande und in den Städten, Elementarschulen zu gründen. Um den Umfang der Tätigkeit dieses Instituts einigermaßen zu schildern, zitieren wir folgende Daten: Im Jahre 1906/07 betrugen die Ausgaben der Macierz Szkolna rund 400 000 Rubel; 62 000 Kinder und Erwachsene besuchten die verschiedenen Anstalten des Instituts; in den von der Macierz Szkolna errichteten Bibliotheken, 505 an der Zahl, wurden etwa 400 000 Bücher ausgeliehen; über 14 000 Kinder fanden in 317 Kindergärten Aufnahme. Solche Resultate wurden gleich im ersten Jahre erzielt, und die Organisation war immer im Wachsen begriffen.

Das Institut sorgte auch dafür, den Erwachsenen Bildung zu schaffen, und gründete eine Volksuniversität (Uniwersytet ludowy), deren Vorträge in diversen Fächern von Zuhörern beider Geschlechter stark besucht waren. Die Zahl der einzelnen Vorträge und Konferenzen belief sich im Jahre 1906/07 auf 2708.

Die Behörden taten ihr Möglichstes, um der Macierz Szkolna Schwierigkeiten zu bereiten. So z. B. wurden im ersten Jahre 1247 Schulen ausgerüstet und an die Behörde gemeldet, aber nur 681 von ihr genehmigt; von 361 gemeldeten Lehrern wurden nur 159 in ihrem Amte bestätigt.

Unabhängig von der Macierz Szkolna wirkten manche gesellschaftliche Kreise in ähnlicher Richtung. Im Dezember 1905 gründete man eine university extension, „Allgemeine Universität“ (Uniwersytet dla wszystkich), die in gleicher Richtung wie die Volksuniversität der Macierz Szkolna ihre Tätigkeit ausübte. Außer Vorträgen und systematischen Vorlesungen organisierte die Allgemeine Universität Exkursionen, Ausstellungsbesuche, Konzerte usw. Im zweiten Existenzjahre, 1907/08, haben sich in den systematischen Vorträgen 38 Gruppen gebildet mit 16 028 Teilnehmern, außerdem wurden 450 einzelne Vorlesungen abgehalten, die von etwa 82 000 Zuhörern besucht waren. Auch dieses Institut mußte von Anfang an einen großen Teil seiner Kraft auf den Kampf mit der Behörde verwenden.

Parallel und in geistigem Zusammenhange mit der Macierz Szkolna wirkte eine Gesellschaft für Schulgebühren (Towarzystwo Wpisów Szkolnych), deren Aufgabe es war, die unvermögenden Schüler sämtlicher polnischen Schulen bei der Entrichtung des Schulgeldes zu unterstützen. Bei jeder Schule wirkte ein autonomer Kreis der Gesellschaft, die von einer Zentralverwaltung geleitet ward. Die Gesellschaft entstand im März 1907, und während ihrer 2½ jährigen Tätigkeit wurden an Schulgeldern über 300 000 Rubel ausgezahlt.

Damit aber war die kulturelle Initiative der aufgeklärten Mitglieder der Gesellschaft noch bei weitem nicht erschöpft. Es war ja eine große Anzahl Menschen aufgewachsen, ohne je die Möglichkeit gehabt zu haben, lesen, schreiben und rechnen zu lernen. Für diese Parias der Kultur mußte auch gesorgt werden. Eine „Gesellschaft zur Bekämpfung des Analphabetismus“ wurde gegründet; in kurzem entstand eine zweite Gesellschaft mit gleicher Aufgabe. Beide Gesellschaften gründeten immer neue Kreise, wo in Abendstunden Leute von 14 Jahren an im Lesen, Schreiben und elementaren Rechnen

unterrichtet wurden. Wie kolossal die Wichtigkeit solcher Institute war, kann man daraus schließen, daß sich immer mehr Kandidaten meldeten, als die zur Verfügung stehenden Mittel und Lokale anzunehmen erlaubten *).

Und so floß die Belehrung weiten Bevölkerungskreisen zu. Die Schleusen waren geöffnet und der Strom des Wissens ergoß sich in alle Winkel und Ritzen; dieses Bild war vielleicht eines der schönsten mittelbaren Resultate der Freiheitsbewegung. Immer neue, immer weitere Pläne wurden gedacht.

Leider waren die Aussichten zu schön. Die Behörden ängstigten sich vor der Zufuhr so reichlicher Aufklärung, obwohl diese im politischen Sinne ganz neutral war. Man begnügte sich nicht damit, daß man den erwähnten Instituten verschiedene Schwierigkeiten formeller Natur machte, die zu direkten Schikanen ausarteten und wodurch die Tätigkeit dieser Institute zum großen Teile gehemmt wurde: zum Schluß wurde in den Kabinetten der Behörden dem schönen Werke ein Todesurteil gesprochen. Dabei ersparte man sich jede Diplomatie und jede Zartheit. Alle erwähnten Institute sind eines nach dem andern, unter irgendeinem Vorwande, sogar bloß unter dem Schein eines Vorwandes, geschlossen worden. In kurzer Zeit war nichts von ihnen geblieben **). Appellation an höhere Behörden blieb erfolglos. Gesuche um Bewilligung neuer Gesellschaften mit analogen Zielen wurden abgelehnt. Ja, neulich ist an die Gouverneure ein Zirkular erlassen worden, nach dem kein Gesuch um Bewilligung einer Gesellschaft, die die Kultur der lokalen Sprache fördern könnte, mehr genehmigt werden darf; die Dehnbarkeit eines solchen Zirkulars ist klar.

Und nun ist das Schulwesen Russisch-Polens in einem Zustande, der sich wenig von dem vorrevolutionären unterscheidet. Noch frisch ist im Gedächtnis die kurze, schöne Zeit, als die Volksaufklärung aufblühte; man weiß jetzt, was sein konnte und was nicht mehr ist. Bloß die Mittelschule ist geblieben, die zu keiner optimistischen Auffassung Anlaß gibt. Und nebenbei besteht das frühere System der Staatsschule, das sich um keinen Zoll verändert hat, das mit Geduld ausharrt, bis alles ohne Ausnahme wieder in die früheren Bahnen zurückgekehrt ist. Sollte dies aber auch einmal eintreten, so wird die kurze bessere Zeit doch nie vergessen werden!

*) Wie sich die Behörden zu den Gesellschaften zur Bekämpfung des Analphabetismus verhielten, ist z. B. daraus ersichtlich, daß verlangt wurde, jeden neuen Kreis der Behörde zu melden; in mehreren Fällen wurde die Genehmigung einfach verweigert, und zwar aus dem Grunde, daß jetzt die Belehrung der Analphabeten nicht erwünscht sei (Bericht der Schuldirektion in Lodz vom 26. Juli 1906 und in Kalisch vom 14. Juli 1906).

**) Die Macierz Szkolna ist am 15. Dezember 1907, die Allgemeine Universität am 25. Oktober 1908, die Kurse für Analphabeten am Ende 1908, die Gesellschaft für Schulgebühren im August 1909 geschlossen worden. Bei Schließung der Allgemeinen Universität wurden sämtliche Verwaltungsmitglieder verhaftet und einige von ihnen aus den Grenzen des Landes verbannt.



YOSHIO NODA, PROFESSOR AN DER LEHRER- BILDUNGSANSTALT NARA: WELTLICHER MO- RALUNTERRICHT IN JAPAN.

DIE japanische Schule ist im Sinne unserer Staatsgesetze auf ausschließ-
lich weltlicher Grundlage aufgebaut. Keine Religion besitzt irgend-
welchen Einfluß auf sie. Das japanische Schulgesetz des Jahres
1872 bestimmt ausdrücklich, daß Schule und Kirche in keiner
Weise in einander übergreifen dürfen, und zwar sind nicht nur die Staats-
schulen weltlich, auch die Privatschulen müssen es sein, resp. es wird kein
Religionsunterricht in den Klassenräumen zugelassen. Betont muß jedoch
werden, daß sich die Spitze dieser Erlässe gegen die Religionen, also vor
allem den Buddhismus richtet, während die herrschende Philosophie, die im
wesentlichen auf Verehrung des Herrscherhauses hinausläuft, von ihnen
nicht betroffen wird, sondern daß im Gegenteil, wie wir sehen werden, der
ganze Geist der Schule von ihren Gesinnungen durchtränkt ist.

Die japanische Neuschule datiert vom Jahre 1872, aber auch vorher
waren die Schulen, in denen die Jugend der Gebildeten und der wohlhabenden
Klassen aufwuchs, dem Einflusse der Buddhapriester entrückt. Selbst
in den Schulen, die an die buddhistischen Tempel angeschlossen waren,
wurde kein eigentlicher Religionsunterricht erteilt. Die Neuschule ist von
jedem religiösen Einfluß ganz unabhängig gestellt worden, wohl aber wird
obligatorischer Moralunterricht in allen japanischen Staatsschulen erteilt.

Derselbe geht auf den kaiserlichen Erlaß des Jahres 1890 zurück, der in
allen Einzelheiten Vorschriften darüber gibt, was in den Moralstunden zu
lehren sei. Irrig aber wäre es, diesen kaiserlichen Erlaß einem religiösen
Dogma zu vergleichen. Es handelt sich einfach um eine mit besonderer
Autorität ausgestattete Regierungsverordnung. Er schreibt zwei Linien der
Morallehre vor: 1. Die Grundsätze der allgemein menschlichen Moral, so
insbesondere kindliche Liebe, Liebe zwischen Geschwistern und Gatten,
Treue gegen den Freund, Bescheidenheit und Mäßigung, Wohlwollen gegen
alle, Hingebung für Wissenschaft und Künste, Entwicklung der eigenen
geistigen Kräfte und moralischen Fähigkeiten, Hingebung für den Fort-
schritt der Nation und des Staates, Respekt vor der Verfassung, Gehorsam
gegen die Gesetze; im wesentlichen also Pflichten gegen sich selbst, die Fa-
milie, die Gesellschaft, den Staat und die Menschheit. Es sind die allge-
meinen Notwendigkeiten des menschlichen Gewissens, die bloß in ihren Er-
scheinungsformen nach Zeit und Ort verschieden sind, es ist allgemein
menschliche Moral. 2. Die nationale Moral; diese ist ein Aus-
fluß des nationalen Gewissens, das wieder seinerseits das allgemein mens-
chliche ist, wie es sich in bestimmten geschichtlichen Bedingungen entwickelt
hat. Auf diesem nationalen Gewissen beruht das japanische Reich. Es
führt zur Anerkennung gewisser Haupttugenden, unter denen wieder
die Treue gegen den Kaiser und die kindliche Liebe an erster
Stelle stehn. Beides sind in Wahrheit eine Tugend, denn die Liebe des
Japaners für den Mikado geht auf den Gedanken zurück, daß ganz Japan
eine große Familie bilde, deren Haupt eben der Kaiser sei, dessen Haus
Japan seit 26 Jahrhunderten regiert. Die kindliche Liebe aber drückt sich
aus in Gehorsam, Respekt, Dankbarkeit, Treue und Liebe; eben diese fünf
Gesinnungen werden auch dem Kaiser gezollt.

Der Patriotismus ist nur eine neue Erscheinungsform der Liebe zum Kaiser, er allein personifiziert das Vaterland. Die Stimme des Kaisers gilt als Stimme der Nation und des Reiches, aber von ihr wird auch angenommen, daß sie immer gleichbedeutend sei mit der Stimme des japanischen Volkes. Um diese innige Verbindung von Volk und Regierung zu verstehen, muß eben bedacht werden, daß so lange Zeit vergangen ist, seit der erste Ahnherr der kaiserlichen Familie das japanische Reich begründete und daß in all dieser langen Zeit keine wirkliche geschichtliche Lücke Vergangenheit und Zukunft trennt. So bilden die drei Haupttugenden des Japaners, die Liebe zu seinen Eltern, zum Kaiser und zum Vaterland eine große Dreieinigkeit, verwandt der christlichen Dreieinigkeit, ohne daß aber von einem religiösen Kulte gesprochen werden dürfte.

Der kaiserliche Erlaß bestimmt die Tugenden, die auf der Schule zu lehren und vom Volke zu beobachten seien; aber er verspricht weder Belohnungen, noch droht er mit Bestrafungen, weder im Diesseits noch im Jenseits. Es ist ein bloßer Aufruf an die sittlichen Kräfte der Massen und nur die öffentliche Meinung ist seine Hüterin. Im übrigen hat er an den Tugenden der Ehre, der Gerechtigkeitsliebe, wie sie unabhängig vom Patriotismus aus dem Ahnenglauben fließen, eine mächtige Stütze.

Die japanische Moralphilosophie geht auf eine altnationale Grundlage und auf Vervollkommenung derselben durch die chinesische Moralphilosophie des Konfuzius und die indische Religionsphilosophie von Buddha zurück. Sie hat sich in den letzten Jahrzehnten auch unter europäischem Einfluß stark gewandelt und bildet heute ein ausgedehntes System, das in den Schulen in mehreren Wochenstunden gelehrt wird und zwar nicht nur in den Volksschulen, sondern auch in den Mittelschulen. Eigene Lehrbücher sind für den Gebrauch der Lehrer und der Schüler an den Volksschulen herausgegeben worden, ebenso offizielle Lehrprogramme für die Mittelschulen, während an den Hochschulen alles dem Ermessen des Lehrers anheimgestellt wird. An der Volksschule wird der Moralunterricht vom Lehrer gegeben, an der Mittelschule von dem Direktor, während er an den Hochschulen von eigenen Professoren der Moralphilosophie erteilt wird. In den unteren Klassen der Volksschule wird begonnen, das Leben der Schule, der Familie, die Pflichten gegen die Kameraden darzulegen, dann wird der Standpunkt den anderen Menschen gegenüber behandelt, gegen den Kaiser und den Staat. Jedes Jahr wird dann mit dem Fortschritte der kindlichen Auffassungskraft eine systematischere Durchführung angebahnt, und durch Heranziehung von geschichtlichen Beispielen der Wert der einzelnen Tugenden dargetan. Zwei Wochenstunden werden immer für den Moralunterricht bereit gestellt.

In der Mittelschule werden die Pflichten gegen den Lehrer, die Notwendigkeiten der Hygiene (Körperübungen, Mäßigkeit, Reinlichkeit usw.), die Studienpflichten, die Pflichten gegen die Kameraden, gegen die Familie, gegen den Staat und den Kaiser erläutert; in den höheren Klassen dann besonders die Pflichten gegen sich selbst und die Notwendigkeiten geistiger Ausbildung; ferner treten die Probleme des Staatswesens auf den Lehrplan, die Verfassung, die militärischen Pflichten, Steuern, die Bürgerrechte, die internationalen Beziehungen, dann die Pflichten gegen die Menschheit und gegen die Natur (Tiere, Pflanzen, das Gute, Wahre und Schöne).

Vom fünften Jahre der Mittelschule an (Knaben von 16—17 Jahren) werden die höheren Probleme der Moralphilosophie erörtert. In den höheren Klassen wird nur eine Stunde für den Moralunterricht bereit gestellt, aber

der Geschichts- und Literaturunterricht soll vom Geist der Moral durchdrungen sein.

Die Methode des Moralunterrichts ist einerseits dogmatisch an Hand der Lehrbücher, andererseits soll auf die Instinkte und die Phantasie durch Erzählungen gewirkt werden, die, sei es aus der Literatur, sei es aus dem Alltagsleben genommen werden. Auch die Beobachtung der nationalen Feste und Schulausflüge geben Anlaß zu moralischen Erläuterungen.

Man hat vielfach gemeint, daß die moralische Unterweisung der japanischen Erziehung auf den Bushidô, die feudale Moral der kriegerischen Ehre und Selbstaufopferung zurückgehe. Dies ist nicht genau. So gewiß dieselbe im Volksgeiste fortlebt, so große Wandlungen haben sich doch im japanischen Volke während der letzten Jahrzehnte vollzogen, neue sittliche Werte werden heute gelehrt.

Gewiß hat der japanische Moralunterricht Schwierigkeiten zu überwinden. Schwer ist das richtige Lehrpersonal heranzubilden, schwieriger, in den Mittelschulen dem Selbstdenken der Schüler gegenüber die traditionelle Moral festzuhalten, aus welchem Grunde man auch mehr und mehr wissenschaftliche Begründung der Moral in die Schulen einführt. Ferner erwächst eine Schwierigkeit auch aus dem raschen Wandel der sozialen und damit auch der moralischen Momente des japanischen Lebens. Aber über all das hinweg behauptet sich der Unterricht und trägt gute Früchte.

Wir alle sind überzeugt, daß unsere weltlichen Prinzipien des Moralunterrichts der Notwendigkeit unserer Zivilisation entsprechen und daß der japanische Moralunterricht fern aller religiösen Begründung sich selbst genüge.



CATHARINA PRITCHARD, MELBOURNE: KONFESSIONSLOSER SCHULUNTERRICHT IN AUSTRALIEN.

DAS australische Schulwesen beruht auf den Grundsätzen der allgemeinen Schulpflicht und der Unentgeltlichkeit des Unterrichts. 728 000 Kinder besuchten im vergangenen Jahre die staatlichen Schulen und 60 Millionen Mark wurden aus Staatsmitteln für dieselben aufgewendet, sämtlich aus Mitteln der einzelnen Bundesstaaten. Da das Schulwesen nicht in die Reihe jener Angelegenheiten fällt, welche von der Regierung der Vereinigten Staaten Australiens geregelt werden.

Sind auch die wesentlichen Elemente für einen guten Schulunterricht bereits seit mehreren Jahrzehnten gegeben, so haben doch erst die letzten Jahre Ansätze zu Kindergärten und systematischem gewerblichen Fortbildungsunterrichte gezeigt. Immerhin macht sich auch nach dieser Richtung reges Leben bemerkbar.

Durch lange Jahre ist der Unterricht in den Staatsschulen Australiens ein durchaus konfessionsloser gewesen. Die leitende Idee des Gesetzgebers war, daß die Vielheit der religiösen Bekenntnisse es nicht ratsam erscheinen lasse, die strittigen Religionsprobleme in die Schulen zu tragen. daß sich diese vielmehr den unbestrittenen Notwendigkeiten der Bildung und Erziehung zu widmen haben. Nur der Staat Neusüdwaales machte seit langem eine

Ausnahme von dieser allgemeinen Regel, indem er konfessionslosen Bibelunterricht in seinen Schulen erteilte. Vor einiger Zeit haben sich auch die beiden weniger bedeutenden Staaten Westaustralien und Tasmanien diesem Beispiel angeschlossen, während der industriell und geistig fortgeschrittenste Staat des Bundes, Victoria, ebenso wie Südaustralien und Queensland, ihren konfessionslosen Unterricht in alter prinzipieller Schärfe beibehalten. Speziell in Victoria hält man mit großer Energie am Prinzip jede religiöse Erörterung aus den Schulräumen auszuschließen, fest, weist man auf die schönen Erfahrungen hin, welche dank diesem Prinzip in der Bildung der jungen Charaktere gemacht wurden, auf das Untunliche, von der bewährten Methode abzugehen. Victorias Devise des Schulwesens bleibt: Schulpflicht, Unentgeltlichkeit und Weltlichkeit. Man begreift, daß sich die gesetzliche Schulpflicht mit der Erteilung eines obligatorischen Religionsunterrichts nicht vertrage, weil dadurch die religiösen Empfindungen der Kinder, bzw. deren Eltern, die mit den Ideen keiner Religionsgemeinschaft vollinhaltlich einverstanden sind, verletzt werden.

Sehr eigentümlich ist die Stellung der Kirche zu dem Problem. Im allgemeinen ist sie Gegner der Konfessionslosigkeit und speziell die protestantischen Kirchengemeinden befürworten die Einführung eines Bibelunterrichts nach dem Muster von Neusüdwesten. Im Jahre 1904 veranlaßten sie eine Volksabstimmung über die Frage, die jedoch eine starke Mehrheit gegen jede Beeinträchtigung des rein weltlichen Unterrichts ergab. Durch eben diese Kampagne für Bibelunterricht in den Staatsschulen wurde die ganze Kontroverse vor der öffentlichen Meinung aufgerollt, wodurch nun auch Australien, speziell Victoria, seinen Kampf um die Schule hat, sei es auch in gemäßigten Formen und in sachlichen, objektiven Diskussionen.

Sehr interessant ist es, daß die katholische Kirche, vor die Wahl zwischen dem gegenwärtigen konfessionslosen Unterricht und der protestantischen Forderung des Bibelunterrichts gestellt, den ersteren vorzieht. Sie gestattet katholischen Kindern die Staatsschulen zu besuchen, weil diese religiös neutral seien; sie droht jedoch mit der Eröffnung eigener katholischer Schulen für den Fall, daß religiös-neutraler Bibelunterricht in den Schulen eingeführt werden sollte, weil sie solchen Bibelunterricht als der katholischen Tradition widersprechend ansieht. Sie wendet sich mit Entschiedenheit gegen die Einführung irgendwelcher religiöser und konfessioneller Feiern in den Schulen derart, wie sie in Neusüdwesten bestehen.

Aus anderen Gründen wieder sind die Freidenker und Agnostiker des Staates gegen die Forderung des Bibelunterrichts wie jede andere Form religiöser Übung.

Um jedoch den Grundsatz völliger Toleranz gegenüber allen religiösen Überzeugungen aufrecht zu halten, gestattet die Schulbehörde von Victoria allen Eltern, ihren Kindern vom Geistlichen ihrer Konfession Religionsunterricht erteilen zu lassen und zwar, wenn sie es wünschen, in den Schulräumen vor oder nach dem weltlichen Unterricht.

Auch in den anderen Staaten (wie Neusüdwesten), die Bibelunterricht erteilen, ist derselbe nicht eigentlich obligatorisch; immerhin wird er allen Kindern erteilt, deren Eltern nicht ausdrücklich um Befreiung ihrer Kinder ansuchen.

Gerade weil innerhalb Australiens mehrere Staaten konfessionslosen Schulunterricht, andere Bibelunterricht erteilen, ist es auch den Statistikern möglich gewesen, scharfe Vergleiche zwischen den Erfolgen beider Systeme

aufzustellen, nachzuforschen, welche Einwirkung beide Methoden auf die Kindesseele ausüben, und gerade diese psychologischen Kausalverknüpfungen haben vielleicht auch ein allgemeines Interesse für die Beurteilung europäischer Parallelprobleme.

Die Gegner des konfessionslosen Unterrichts suchen, um ihre Thesen zu bestätigen, nachzuweisen, daß die moralischen Verhältnisse der Schuljugend bzw. der schulentlassenen Jugend in Victoria ungünstiger seien als in den Staaten mit Bibelunterricht. Sie weisen speziell darauf hin, daß in einer Gebäranstalt zu Melbourne die Hälfte aller jungen Mütter sich im Alter von 15—20 Jahren befinde und daß einige bloß 12, 13 und 14 Jahre zählen.

Von der Gegenseite wurde mit Recht darauf hingewiesen, daß die Gebäranstalten eben nur solche Frauen zulassen, die das erste Mal gebären, wodurch sich leicht erklärt, daß es eben junge Mädchen im zartesten Alter sind, die einen großen Teil der Insassinnen ausmachen.

Ein anderes Argument, dessen Haltlosigkeit in Australien selbst schwerer zu erfassen war, das aber dem europäischen Leser sofort als nichtig erscheinen muß, wurde von Professor Adam von der Universität Melbourne gebraucht, daß nämlich in Frankreich die Zahl der Verbrechen vom Jahre 1846—1896 sich verdoppelt habe usw. usw. Der Professor wußte offenbar nicht, daß Frankreich in der weitaus größeren Hälfte dieser Zeit obligatorischen Religionsunterricht in den Schulen besaß.

Ein anderer Verfechter religiöser Erziehung wieder suchte darzutun, daß Neusüdwales mit seinem religiösen Volksschulunterricht bessere Resultate als Victoria mit seiner weltlichen Schule erzielt habe, da die Zahl der Verhaftungen im ersten Staate weitaus geringer sei als in letzterem. Demgegenüber wurde mit Recht eingewendet, daß Arrestierungen oft wegen ganz nebensächlicher Vergehen vorgenommen werden, also keinen ernsten Schluß erlauben. Ein Vergleich der wirklichen Verbrechen der beiden Staaten ergibt im Gegenteil, daß auf je 10 000 Einwohner in Neusüdwales im Jahre 1901 34,1 Verbrechen entfielen, in Victoria mit seinen weltlichen Schulen 17,2.

Neusüdwales 1902: 37,3	Victoria: 25,7
„ 1903: 32,9	„ 23,5
„ 1907: 31,0	„ 21,6

Ein weiterer Vergleich ergibt, daß in den Jahren 1901—1906 die Bevölkerung von Neusüdwales um 11 % und die Zahl der Verbrechen um 9,9 % zunahm, während in Victoria bei einer Bevölkerungszunahme von 1,7 % eine Abnahme der Verbrechen um 3 % festzustellen war. Die große Zahl der leichteren Vergehen in Victoria wird übrigens von berufenen Statistikern damit begründet, daß gewisse Gesetze Victorias, welche den Gebrauch unverfälschter Nahrungsmittel durchsetzen wollen, sowie auch ein Gesetz, das die Schulpflicht mit Strafsanktionen umgibt, zu viel Verurteilungen wegen leichter Übertretungen in Victoria geführt haben. Vergleichen wir die Verurteilungen wegen ernster Verbrechen in den Staaten mit weltlichem Unterricht mit denen in Staaten mit religiösem Unterricht, so ergibt sich für 1907 folgendes:

Staaten mit Religionsunterricht	Weltliche Staaten
Westaustralien 49,6	Queensland 24,8
Neusüdwales 32,0	Victoria 21,6
Tasmania (1906) 29,2	Südaustralien 12,9

Im Jahre 1908 war in Schottland das Verhältnis der unehelichen Geburten zu der Gesamtzahl 6,66 %, während es in England und Wales nur 3,99 % war. In den Jahren 1900—1902 wies Wien auf je 1000 unverheiratete und verwitwete Personen weiblichen Geschlechts im Alter von 15—45 Jahren 61,2 % uneheliche Geburten und Paris 36,30 % auf. Sydney, die Hauptstadt der in Frage stehenden Staaten mit Religionsunterricht, zeigt in derselben Periode 17,9 % und das weltliche Melbourne 13,5 %. Edinburgh hatte 10,5 % und London nur 6,4 %. Angesichts des sich ausbreitenden Lasters in einigen der genannten Städte, wie z. B. London, wundert man sich, bis zu welchem Grade die Statistiken durch Registrierungsmethode und durch die Verschiedenheit der Kenntnis und Anwendung von Mitteln zur Verhinderung der Geburt beeinflußt werden.

Die Statistiken sind daher kein Kriterium für die moralische Überlegenheit oder Schwäche eines Landes. Ein hoher Prozentsatz unehelicher Geburten ist eher ein Zeichen für die Unwissenheit eines Volkes als für seine Lasterhaftigkeit. Die Vorsteherinnen der Gebäranstalten können bezeugen, daß es „gute“ Mädchen, einfache und unwissende Frauen sind, die Mütter unehelicher Kinder werden, und daß andere, welche nicht „gut“ sind, nur zuviel wissen, um die Schmerzen und Leiden der Mutterschaft auf sich nehmen zu wollen.

Die Statistiken beweisen die moralische Überlegenheit der weltlichen Staaten. Aber die weltlichen Erzieher gehen nicht so weit, der weltlichen Erziehung allein diese moralische Überlegenheit zuzuschreiben. Sie gebrauchen die Statistiken bloß, um die Feinde weltlicher Erziehung, welche versuchen wollen, daraus das Gegenteil zu beweisen, zu widerlegen. Im allgemeinen wissen die verständigen Leute Australiens, daß zu viele soziale, industrielle und klimatische Verhältnisse und Bedingungen die Zahl der Verbrechen und der unehelichen Geburten beeinflussen, um daraus Schlüsse für die moralische Überlegenheit oder Schwäche eines Landes zu ziehen.



DR. GEORG KARTZKE, BERLIN: DAS BÖTTINGER-STUDIENHAUS, EIN DEUTSCHES INSTITUT FÜR AUSLÄNDER.



NIEMANNTS tut uns mehr Not als ein wirkliches Verstehen anderer Kulturnationen; und daß es den andern Nationen an einem Verstehen Deutschlands gebricht, wird grade jetzt genügend durch einen großen Teil der Auslandspresse erwiesen. Die ungeheuerlichsten Verallgemeinerungen, Gleichungen, wie Montmartre = Paris = Frankreich, werden in diesen Tagen nicht zuletzt von den allzu vielen „Touristen“ zum besten gegeben und finden ein gläubiges Publikum. Sollte denn Zarathustra Recht behalten? „Nie verstand ein Nachbar den andern: stets wunderte sich seine Seele ob des Nachbarn Wahn und Bosheit.“ Und doch soll gern anerkannt werden, daß in allen Nationen die Zahl derer beträchtlich zugenommen hat, die nicht nur mit dem Baedeker das fremde Land „durchnehmen“, sondern wirklich seine Kultur kennen lernen wollen. Um dem Fremden in der Er-

reichung dieses Zieles zu helfen, hat man in Frankreich die „Alliance française“ begründet, die den auf französischem Boden studierenden Ausländer in jeder Weise berät. Zahlreiche Ferienkurse in Frankreich und England dienen dem gleichen Zweck.

Kommt dagegen ein Ausländer während der Ferien nach Berlin, so findet er verschlossene Tore an der Universität; weilt er nur wenige Monate hier, so kann er die Universität auch nicht ausnützen; viele haben zudem nicht die Vorbildung, die die Universität ihren Zielen nach verlangen muß. Mit Beginn des Winter-Semesters wird nun in Berlin ein Institut begründet, das allen gebildeten Ausländern ohne Unterschied des Geschlechts glänzende Gelegenheit zum wirklichen Studium deutscher Sprache und Kultur geben wird. Dieses Institut, zu Ehren des Geheimrats v. Bötttinger, seines Förderers, „Bötttinger-Studienhaus“ benannt, wird acht- und vierwöchentliche Kurse mit einem in sich geschlossenen Programm bieten. An vier Nachmittagen werden Sprachkurse in kleinen Gruppen für Anfänger und Fortgeschrittene stattfinden, an mehreren Vormittagen werden Dozenten der Berliner Universität über deutsche Literatur, deutsches Wirtschaftsleben, über deutsches Wesen u. a. m. Vorträge halten. Diskussionsabende werden die Studierenden mit den Dozenten in persönliche Fühlung bringen; Ausflüge in die nähere Umgebung und Führungen durch Berliner Sehenswürdigkeiten werden veranstaltet. Die Museumsführungen werden von berufenen Vertretern der Kunstgeschichte übernommen werden. Vor allem wird der Anschluß an gebildete deutsche Familien vermittelt werden, kann doch nur dort der Ausländer eine richtige Vorstellung von deutscher Art gewinnen.

Die Leitung des Bötttinger-Studienhauses liegt in den Händen Prof. Dr. Paszkowskis, der seine reiche Erfahrung, die er in der Abhaltung deutscher Sprachkurse für Ausländer erworben hat, ebenso wie sein im Ausbau der „Akademischen Auskunftsstelle“ erprobtes Organisationstalent in den Dienst der Sache stellt. Dieser Schöpfung, die schon dem dahingeschiedenen Althoff vorgeschwebt hat, steht das Kultusministerium sehr wohlwollend gegenüber. Zum Kuratorium gehören v. Bötttinger, ferner der Rektor der Universität Max Rubner, sodann Erich Schmidt, Alois Brandl und Hermann Diels. So ist zweifellos zu erwarten, daß neben Professoren- und Oberlehrer-austausch das Bötttinger-Studienhaus dazu beitragen wird, die Völker geistig näher zu bringen.

CHRONIK

GEDANKEN zur Erziehungsreform: Die fortschreitende Befreiung des Geistes offenbart sich vor allem auch in der zunehmenden Erkenntnis von dem notwendigen Einigwerden der euro-

päischen Kulturnationen. Das Bedürfnis nach friedlichem Zusammenarbeiten, nach gerechter Würdigung der gegenseitigen Errungenschaften und nach Achtung der in einer langen geschichtlichen Ent-

wicklung begründeten Besonderheiten wird immer lebendiger, und besonders die Notwendigkeit einer freundschaftlichen Annäherung und Versöhnung der deutschen und englischen Nation wird von Tag zu Tag dringender. Der Erfolg aller in dieser Richtung sich bewegendenden Bestrebungen entspricht aber noch nicht der aufgewandten Mühe. Noch sind in der großen Masse der Völker zu viele traditionell gewordene Vorurteile zu überwinden, deren Hauptgrund in einer mangelhaften Kenntnis des fremden Volkes und in einer einseitig orientierten, ausschließlich das nationale Moment betonenden Jugenderziehung zu suchen ist.

Die Schule hat ihren nationalen Charakter zu wahren. Darüber hinausgehend aber muß der Erziehung der Gegenwart eine weitere Aufgabe gestellt werden. Sie soll an ihrem Teile beitragen zu der Vereinigung der gleichberechtigten Träger der Menschheitskultur, nicht zu einer Gesamtheit im Sinne der heutigen Staatsidee, aber doch in einem Geiste: dem der gemeinsamen Erweiterung des objektiven Geistesbesitzes.

Wir leben in einer Zeit, wo die Erde durch Technik und Verkehr zum Eigentum der gesamten Menschheit organisiert wird; durch das moderne Wirtschaftsleben werden Brücken von einem Lande zum anderen geschlagen, und Kunst und Wissenschaft sind Gemeingut der Kulturmenschheit. Diese bedeutenden Bindemittel könnten noch bewußter als bisher in den Dienst der Idee der Völkerversöhnung gestellt werden, und der Erziehung und dem Unterricht kann hierbei eine Rolle zugewiesen werden, deren Wichtigkeit nicht hoch genug zu veranschlagen ist. Ein möglichst eindringendes Studium von Land und Leuten der Nachbarvölker, eine tunlichst an der Quelle zu erwerbende,

vorurteilsfreie Kenntnis der Entwicklung ihrer nationalen Eigenart, ihrer Geschichte muß so früh wie irgend angängig ermöglicht werden.

Welche Institution sollte besser geeignet sein, diese Kenntnis anzubahnen und die jugendlichen Angehörigen der verwandten Nationen in freundschaftliche Berührung miteinander zu bringen als die Schule? Wie könnte besser als durch die Schule mit den vorgefaßten Meinungen aufgeräumt werden, die sich von Geschlecht zu Geschlecht fortgeerbt haben, und von denen sich auch die heutige ältere Generation häufig nur schwer freimachen kann? Eine in rechtem Geiste geleitete Schule würde sie, ohne ihre Zöglinge zu entnationalisieren, gar nicht erst aufkommen lassen.

Des Endziels vielleicht unbewußt und zum Teil mit dem ausgesprochen praktischen Zweck der gegenseitigen Belehrung und Anregung machen sich in jüngster Zeit hie und da Bestrebungen geltend, die schließlich demselben Zweck dienen. Hunderte von deutschen Knaben und Mädchen stehen in Briefwechsel mit Kameraden an englischen Schulen, woran sich häufig Ferienbesuche bei ihren Korrespondenten schließen. Lehrer gehen im Austausch aus ihrer Heimat an die Hoch- und Mittelschulen des Nachbarlandes; die Zahl insbesondere der englischen Studierenden an deutschen Universitäten ist recht bedeutend, und deutschen Studenten wird durch Stipendien die Gelegenheit erleichtert, englische Hochschulen kennen zu lernen. Sollte sich das, was sich hier, wie gesagt, hauptsächlich aus praktischen Motiven vollzieht, nicht seinem Sinne nach vertiefen lassen?

Wir gedenken, wenn es die äußeren Verhältnisse an einer demnächst in der Nähe von Frankfurt a. M. zu gründenden Erziehungsschule (Freien Schulgemeinde) erlauben,

einen solchen Versuch zu machen, indem wir deutsche Kinder so lange wie möglich mit gleichaltrigen Engländern erziehen und sie zu längerem Aufenthalt in deren Heimat führen. Wir planen, im Laufe der Zeit an zwei geschichtlich bemerkenswerten und durch ihre landschaftlichen Lage bevorzugten Punkten des deutschen Mittelgebirges und der englischen Küstenlandschaft je eine Musterschule zu errichten und sie so zu führen, daß sich unsere Schüler in England vier Jahre, in Deutschland in drei zeitlich auseinanderliegenden Kursen fünf Jahre lang aufhalten und dann die Berechtigung zum Hochschulstudium erwerben können. Es ist erwünscht, daß an diesen Schulen auch ein gewisser Prozentsatz englischer Schüler vorhanden ist, die uns in möglichst frühen Jahren übergeben werden, so daß persönliche Beziehungen angeknüpft und während des Aufenthaltes im Auslande weiter entwickelt werden können.

Wir wollen in diesen Schulen die vorbildlichen Institutionen, die englische Schulen zur körperlichen Erziehung der Jugend geschaffen haben, in Verbindung bringen mit den bewährten Erziehungsgrundsätzen der deutschen Freien Schulgemeinde.

Möglich, daß diese Gedanken Jahre zu ihrer völligen Realisierung brauchen; wahrscheinlich, daß das System nicht ohne weiteres verallgemeinert werden kann. Dennoch glauben wir, daß es, wenn auch nur an einigen Punkten durchgeführt, segensreich wirken muß, da es mittelbar weitere Kreise der Nachbarationen zur Aufnahme und Pflege freundschaftlichen Verkehrs und Zusammenlebens veranlassen wird.

Die vorerst persönlichen Bande, die sich von Mensch zu Mensch, von Familie zu Familie schlingen werden, sollen durch die Art unseres Unter-

richts und unserer Erziehung gefestigt und den Zwecken der Allgemeinheit dienstbar gemacht werden.

Es ist ein Hauptgrundsatz des Programms der Freien Schulgemeinde, daß der Stoff des Geschichtsunterrichts das Werden und Wachsen des menschlichen Geistes und sein Gebiet die Geschichte der Kulturmenschheit ist. Daraus ergibt sich mit Notwendigkeit, daß hierbei auch die Geschichte Englands gebührende, vorurteilslose Berücksichtigung findet. Wo aber könnte besser Gelegenheit sein, die Eigenheit eines Volkes kennen zu lernen und ihr gerecht zu werden als im fremden Lande selbst? Welches bessere historische Anschauungsmittel könnten wir uns wünschen? Natürlich ist es unser Ziel, der uns anzuvertrauenden Jugend die Aufgaben zum Bewußtsein zu bringen, die unser Volk besonders zu erfüllen hat; die aus diesem Bewußtsein entspringende Vaterlandsliebe wird aber frei von Verkennung fremder Werte sein. Aber nicht nur diesen ideellen Zwecken wollen wir in unseren Schulen dienen. Durch den mehrjährigen Aufenthalt im Auslande muß der Blick der Schüler unvergleichlich geschärft, ihre Kenntnisse, speziell die historischen, geographischen und sprachlichen, müssen in hervorragendem Maße bereichert, und ihre Selbständigkeit muß außerordentlich gestärkt werden. Wem leuchtet es beispielsweise nicht ein, daß die Erlernung der Fremdsprache im Lande selbst, in fremdsprachiger Umgebung, auf der Mittel- und Oberstufe durch philologisch gebildete Ausländer vermittelt, ungeheuer erleichtert wird!

Letzten Endes aber wollen wir mit unserem Unternehmen, von dessen Gelingen wir bei vorhandenen günstigen äußeren Bedingungen fest überzeugt sind, ein Musterbeispiel geben. Nicht als ob wir meinten, unser Schulsystem könne von der

öffentlichen Schule völlig übernommen werden, wir wünschen aber, daß es nach gelungener Durchführung hier und da nachgeahmt werde und daß seine Grundlagen je länger je mehr auf die öffentliche Schule Einfluß gewinnen. Die günstige Einwirkung, die von solchen privaten Schulen ausginge, würde zweifellos in der Allgemeinheit zu spüren sein. Und wenn wir nur das erreichten, daß jährlich ein paar hundert deutsche und englische Knaben und Mädchen zu vierjährigem Aufenthalt ins Nachbarland geführt werden, daß unser Beispiel Gleichstrebende zu ähnlichem, gemeinsamem Vorgehen veranlaßt, so würde der Gedanke der Völkerversöhnung seiner Verwirklichung wieder einen Schritt näher gerückt; denn unsere Zöglinge würden begeisterte Pioniere der großen Idee in ihrem Vaterlande und, je nach den Umständen, in der ganzen Welt werden.

E. Louis und G. H. Neuendorff,
Wickersdorf b. Saalfeld.



Arbeitsschule, Arbeitsprinzip und Arbeitsmethode*): Woher der laute Ruf nach Schul- und Erziehungsreform. Weil wir in einer Zeit der sozialen Umgestaltung leben, weil die neue Gesellschaft eine neue Erziehung, weil die Zukunftsgesellschaft eine Zukunftsschule braucht. Aristoteles sagt, die Erziehung müsse sich nach der Staatsform richten. Tatsache ist, daß sich die Erziehung der Vergangenheit stets nach der Gesellschafts- und Staatsform gerichtet hat. So z. B. war die Erziehung des Mittelalters eine Ständeerziehung, weil die

*) Robert Seidel, Privatdozent am Polytechnikum und an der Universität in Zürich: „Arbeitsschule, Arbeitsprinzip und Arbeitsmethode“. Verlag des Art. Instituts Orell Füssli, Zürich 1910. Preis M. 2,—. 142 Seiten.

Gesellschaft eine Ständegesellschaft und der Staat eine Ständestaat war. Immer war das Erziehungswesen eine Lebensform der Gesellschaft und des Staates, und immer wird die Schule eine Lebensform dieser Kulturgemeinschaften sein.

Diese Wahrheit habe ich vor 26 Jahren zum ersten Male ausgesprochen in meiner Schrift: „Der Arbeitsunterricht“, von der die vorliegende Schrift nur eine verbesserte Auflage ist. Damals gab es noch keine Sozialpädagogik, und damals war meine Schrift für die amtliche Schulpädagogik eine arge Ketzerei. Für die fortgeschrittenen Geister jedoch war die Schrift „bahnbrechend und epochemachend“; sie wurde durch Übersetzung und ihr Verfasser durch Auszeichnung geehrt.

Welches wird die Bildungs- und Erziehungsform der Zukunftsgesellschaft sein? Das wird die Bildung und Erziehung durch Arbeit zur Arbeit sein, das wird die Arbeitsschule sein. Die Arbeit ist die Schöpferin der Kultur; die Arbeit ist die erste Bildnerin und Erzieherin der Menschheit; die Arbeit ist die Mutter der Kunst und Wissenschaft; die Arbeit ist die tiefste Quelle der Erkenntnis; die Arbeit ist das höchste und umfassendste Unterrichtsprinzip, die Arbeit ist die gründlichste Lehr- und Erziehungsmethode, und die Arbeit ist das fesselndste und freudvollste Lernmittel.

Pestalozzi verkündigte, die Anschauung sei das absolute Fundament aller Erkenntnis und der oberste Grundsatz des Unterrichts. Dieser Satz wurde zum Dogma der Pädagogik, aber er ist falsch. Die Arbeit steht weit höher als die Anschauung, und darum ist die Arbeit eine pädagogische Notwendigkeit. Aber die Arbeit ist nicht bloß eine pädagogische Notwendigkeit, sondern sie ist auch eine sozialpolitische Notwendigkeit.

Diese doppelte Notwendigkeit habe ich in meiner Schrift zum ersten Male für jedermann überzeugend nachgewiesen. Schon die heutige Gesellschaft und der heutige Staat brauchen die Arbeitsschule, weil die Familie aufgehört hat, eine wirtschaftliche Bildungsgemeinschaft zu sein, weil die gesellschaftlichen Organisationen zur Arbeitserziehung verschwunden sind, und weil Staat und Gesellschaft auf den gleichberechtigten arbeitenden Bürgern beruhen. Für die Zukunftsgesellschaft aber, die eine noch höhere demokratische Gemeinschaft der arbeitenden Menschen sein wird, ist die Erziehung zur Arbeit eine Existenzbedingung. Die Arbeitserziehung ist eine Grundforderung der höheren geistigen, künstlerischen, sozialen und ethischen Kultur für Gegenwart und Zukunft.

Das sind die Grundgedanken meines Buches.

Robert Seidel,
Zürich.



Eine Schule für soziale Tätigkeit in Mailand: In diesem Jahre hat die „Umanitaria“, die bekannte soziale Millionienstiftung von P. M. Loria, welche ihre Tätigkeit nicht nur auf den engeren Kreis der Unterstützung von Arbeitslosen im buchstäblichen Sinne des Testamentes ihres Stifters beschränkt, sondern weit darüber hinaus eine umfassende soziale Tätigkeit auf modernster Grundlage ausübt, den Versuch gemacht, ihre Abendkurse für Sozialgesetzgebung und verwandte Gebiete, welche seit einigen Jahren wöchentlich zweimal eine wechselnde Anzahl von Lernfreudigen in der Dauer von zwei Schuljahren versammeln, zu einer Tagesschule auszubauen, welche durch zwei Monate zur Fortbildung von Gewerkschaftlern, Genossenschaftlern,

Arbeitsinspektoren, Leitern von Arbeitsnachweisen u. dgl. abgehalten wurde. Diese Schule, von 13 Schülern, darunter 3 Frauen, teilweise auf Kosten der Organisation, zum größeren Teile auf die der Umanitaria selbst, täglich von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends mit einer 1½ stündigen Mittagspause in dem Sozialen Museum der Umanitaria abgehalten, war vorzugsweise darauf gerichtet, praktische Kenntnisse zu vermitteln, und wies daher dem theoretischen Unterricht den geringeren Zeitraum zu. Nur durchschnittlich drei Stunden im Tage waren der Volkswirtschaft, Organisationsgeschichte und saubau, Statistik, Buchhaltung, Sozialgesetzgebung, Landwirtschaftstechnik, Versicherungswesen, Hygiene, und im zweiten Monat nach Teilung in eine allgemeine und Genossenschaftsabteilung noch dem Volksbibliothekswesen, Auswanderung einerseits, dem Genossenschaftswesen und der Warenkunde andererseits gewidmet; der Rest des Arbeitstages wurde mit praktischen Übungen in Statistik und Buchhaltung sowie vor allem mit zahlreichen Besuchen in Fabriken und sozialen Einrichtungen aller Art (Fachschulen) Auswanderungshalle, Gewerkschaftsämter, Genossenschaftsbetriebe, Arbeitsnachweis, Volkswohnungen, Volksbibliotheken, Volksuniversität, Ausstellung von Arbeitsunfall-Verhütungsmitteln usw.) und mit der schriftlichen Berichterstattung darüber nebst Führung eines allgemeinen Tagebuches ausgefüllt. Dazu kamen noch Vorträge der Schüler mit anschließender Aussprache und Beurteilung von seiten der Unterrichtenden und zum Schlusse Endprüfungen, auf Grund deren Besuchsbescheinigungen und Zeugnisse ausgestellt wurden.

Die Erfahrungen, die das Soziale Museum der Umanitaria mit dieser Anschauungsschule gemacht hat, sind

im allgemeinen befriedigende und haben zum Beschlusse geführt, im nächsten Jahre die Schule, die diesmal in den Monaten Februar und März durchgeführt wurde, schon im Januar beginnen zu lassen und sie damit zu einer drei Monate währenden zu gestalten. Die „Umanitaria“ war und ist in der Lage, für alle Fächer treffliche Fachleute auf den verschiedenen Gebieten der sozialen Tätigkeit zu stellen und für besondere Fälle auch Kräfte außerhalb ihrer eigenen Einrichtungen und der mit ihr befreundeten oder von ihr unterstützten Sozialbetriebe zu beschaffen, und ist daher berufen, auch durch Heranbildung und Fortentwicklung von tüchtigen Organisatoren den verhältnismäßig noch schwach entwickelten Gewerkschaften und den im Verhältnis zu dem Kräfteaufwand noch nicht genug gemeinsam leistenden Genossenschaften Beistand zu leisten und ihr Fortschreiten zu beschleunigen und besser zu gestalten. In Ermangelung von eigenen Gewerkschaftsschulen und entsprechenden Einrichtungen der Genossenschaften, wie sie in England, Deutschland und anderen Ländern bereits mit trefflichen Erfolgen bestehen, scheint diese praktische Anschauungsschule, die von so berufener Seite unterhalten wird, tatsächlich geeignet, ein großes Stück Arbeit zu leisten und vorzubereiten; und wird daher binnen kurzem auch die beim ersten Male vorgefundene Gleichgültigkeit der Organisationen selbst überwinden, um mit mehr und teilweise besserem Schülermaterial in der Zukunft wirksamen und fördernden Einfluß auszuüben.

Josef Grün,
Mailand.



Erweiterung der Jugendfürsorge der Stadt Wien: Die Verhältnisse sind

der beste Erzieher. Was die Erkenntnis allein nicht zu Wege bringt, das wird durch die Macht der Zustände erreicht. Der Mangel an geeigneten Vormündern und der Mißbrauch, der von vielen mit dem Fürsorgezwang der Gemeinde Wien getrieben worden, veranlaßte dieses Gemeinwesen ein eigenes Amt, „Die städtische Berufsvormundschaft“ ins Leben zu rufen, das am 1. Juni d. J. seine Tätigkeit begonnen hat. Dieser Stelle unterstehen die städtischen Mündelräte, die ihr Ehrenamt bis zur erlangten Eigenberechtigung der ihnen anvertrauten Mündel zu verwalten und darüber zu wachen haben, daß die Mündel „zur Rechtschaffenheit, Gottesfurcht und Tugend angeführt und dem Stande gemäß als brauchbare Bürger erzogen werden“. Diese Berufsvormünder sollen die Mündel „gegen ungebührliche Anforderungen ihrer Lehrherren und Dienstgeber schützen, während diese andererseits auf Unterstützung der Mündelräte rechnen können, wenn es gilt, die Mündel zur Sittsamkeit und Erfüllung ihrer Pflichten anzuhalten“. Deshalb werden Dienst- und Lehrverträge von den Berufsvormündern geschlossen.

Die Dienst- und Lehrherren haben wichtige Vorfälle, so Unfälle, Erkrankungen den Vormündern sofort zu melden, die dies dem Amte mitteilen. Die Mündel sollen angehalten werden, den Lohn, nach Abzug eines angemessenen Taschengeldes, nutzbringend anzulegen. Zweimal des Jahres haben die Mündelräte dem Amte einen Bericht über ihre Mündel vorzulegen. Dem Gesundheitszustande der Mündel wird besonderes Augenmerk zugewandt. Die städtischen Ärzte des betreffenden Sprengels haben Mündel, die das erste Lebensjahr nicht vollendet haben, monatlich einmal, die andern bis zum 14. Jahre halbjährlich zu untersuchen. Die Berichte über diese

Befunde sind dem Amte halbjährlich zuzusenden. Die Mündel dürfen nur solchen Familien zur Pflege übergeben werden, die sich über ein regelmäßiges Einkommen ausweisen, die keine „Bettgeher“ haben, die fremde Kinder nicht gegen Entgelt verpflegen, die Gewähr für gute Erziehung bieten, die es nicht auf Ausnutzung des Pflegekindes abgesehen haben und die vollen Familienanschluß gestatten.

Unter keinen Umständen darf das geistige und körperliche Wohl des Pfleglings einer Gefahr ausgesetzt sein. Die Wohnräume müssen sanitär einwandfrei sein und dem Kinde soll eine eigne Schlafstelle zur Verfügung stehen. Die Pflegeeltern dürfen auch kein eigenes Kind unter einem Jahre, mehr als zwei Kinder unter 6 Jahren oder solche Kinder haben, die aus Armenmitteln unterstützt werden. Bevor das Kind seine Pflegestelle bezieht, wird eine polizeiliche Auskunft eingeholt, in günstigem Falle das Urteil des städtischen Arztes abverlangt und hierauf erst die Prüfung durch den Waisenrat vorgenommen. Nun erfolgt erst der Beschluß des Amtes. Dieses wird, um geeignete Vormünder zu verschaffen, mit den vielen sozialen Hilfsvereinen in Verbindung treten. In jedem Bezirke Wiens (21) wird ein „Städt. Bezirks-Waisenrat“ bestellt, der in zwei Sektionen, die „Mündel“- und die „Waisensektion“ zerfällt. Die Jugendfürsorge der Gemeinde Wien erstreckt sich jetzt auf drei Arten von Pfleglingen: die Mündel, die städt. Pflegekinder und die Findelkinder. Für letztere ist ein großartiges „Zentralkinderheim“ geschaffen worden, während die „Waisen“ in einer großen Zahl von „Waisenhäusern“ erzogen werden. In den in der herrlichen Umgebung Wiens errichteten „Erholungsstätten“ werden arme, schwächliche Kinder

durch 4—5 Monate jährlich zu Hunderten untergebracht.

Alle diese Maßnahmen können wohl nicht die Unsumme des Elends, das sich in der Großstadt anhäuft, bannen, doch wird hierdurch zweifellos viel Gutes gestiftet und manche Menschenblüte von dem Verdorren bewahrt.

Georg Schmiedl,
Wien.



Die „Zahnbürstenklubs“ in England: Eigenartige Klubs wurden kürzlich in mehreren Schulen der Londoner Vorstädte gegründet. Zahnbürstenklubs, welche dem Zweck dienen sollen, bei der Schuljugend das Interesse für Zahnpflege zu wecken. Sie wurden auf Anregung der Lehrer gebildet und diese geben den jungen Mitgliedern zunächst einige kurze Anweisungen über Zahnreinigung. Die Lehrer kaufen Zahnbürsten im großen ein und geben sie an Schulkinder für 20 Pf. pro Stück ab, derart, daß die Zahlung in Raten zu 4 resp. 2 Pf. pro Woche erfolgen kann. Der Gewinn, der aus dem Engroseinkauf entsteht, wird dazu verwendet, den armen Kindern die Bürsten gratis zu liefern.

Es hat sich gezeigt, daß die Kinder sich gerne den kleinen Klubs anschließen und sogar Geld zu sparen suchen, um ihren Eltern als Geburtstagsgeschenke Zahnbürsten anbieten zu können. Die Lehrer lassen sich von Zeit zu Zeit auch die Bürsten vorweisen, um sie auf ihren Zustand zu prüfen. Medizinische Autoritäten gaben ihr Gutachten dafür, daß zu hoffen sei, auf diese Weise ein besseres Verständnis für Zahnhygiene bei der Schuljugend zu fördern.

E. Brown.



im allgemeinen befriedigende und haben zum Beschlusse geführt, im nächsten Jahre die Schule, die diesmal in den Monaten Februar und März durchgeführt wurde, schon im Januar beginnen zu lassen und sie damit zu einer drei Monate währenden zu gestalten. Die „Umanitaria“ war und ist in der Lage, für alle Fächer treffliche Fachleute auf den verschiedenen Gebieten der sozialen Tätigkeit zu stellen und für besondere Fälle auch Kräfte außerhalb ihrer eigenen Einrichtungen und der mit ihr befreundeten oder von ihr unterstützten Sozialbetriebe zu beschaffen, und ist daher berufen, auch durch Heranbildung und Fortentwicklung von tüchtigen Organisatoren den verhältnismäßig noch schwach entwickelten Gewerkschaften und den im Verhältnis zu dem Kräfteaufwand noch nicht genug gemeinsam leistenden Genossenschaften Beistand zu leisten und ihr Fortschreiten zu beschleunigen und besser zu gestalten. In Ermangelung von eigenen Gewerkschaftsschulen und entsprechenden Einrichtungen der Genossenschaften, wie sie in England, Deutschland und anderen Ländern bereits mit trefflichen Erfolgen bestehen, scheint diese praktische Anschauungsschule, die von so berufener Seite unterhalten wird, tatsächlich geeignet, ein großes Stück Arbeit zu leisten und vorzubereiten; und wird daher binnen kurzem auch die beim ersten Male vorgefundene Ungültigkeit der Organisationen selbst überwinden, um mit mehr und teilweise besserem Schülermaterial in der Zukunft wirksamen und fördernden Einfluß auszuüben.

Josef Grün,
Mailand.



Erweiterung der Jugendfürsorge der Stadt Wien: Die Verhältnisse sind

der beste Erzieher. Was die Erkenntnis allein nicht zu Wege bringt, das wird durch die Macht der Zustände erreicht. Der Mangel an geeigneten Vormündern und der Mißbrauch, der von vielen mit dem Fürsorgezwang der Gemeinde Wien getrieben worden, veranlaßte dieses Gemeinwesen ein eigenes Amt, „Die städtische Berufsvormundschaft“ ins Leben zu rufen, das am 1. Juni d. J. seine Tätigkeit begonnen hat. Dieser Stelle unterstehen die städtischen Mündelräte, die ihr Ehrenamt bis zur erlangten Eigenberechtigung der ihnen anvertrauten Mündel zu verwalten und darüber zu wachen haben, daß die Mündel „zur Rechtschaffenheit, Gottesfurcht und Tugend angeführt und dem Stande gemäß als brauchbare Bürger erzogen werden“. Diese Berufsvormünder sollen die Mündel „gegen ungebührliche Anforderungen ihrer Lehrherren und Dienstgeber schützen, während diese andererseits auf Unterstützung der Mündelräte rechnen können, wenn es gilt, die Mündel zur Sittsamkeit und Erfüllung ihrer Pflichten anzuhalten“. Deshalb werden Dienst- und Lehrverträge von den Berufsvormündern geschlossen.

Die Dienst- und Lehrherren haben wichtige Vorfälle, so Unfälle, Erkrankungen den Vormündern sofort zu melden, die dies dem Amte mitteilen. Die Mündel sollen angehalten werden, den Lohn, nach Abzug eines angemessenen Taschengeldes, nutzbringend anzulegen. Zweimal des Jahres haben die Mündelräte dem Amte einen Bericht über ihre Mündel vorzulegen. Dem Gesundheitszustande der Mündel wird besonderes Augenmerk zugewandt. Die städtischen Ärzte des betreffenden Sprengels haben Mündel, die das erste Lebensjahr nicht vollendet haben, monatlich einmal, die andern bis zum 14. Jahre halbjährlich zu untersuchen. Die Berichte über diese

Befunde sind dem Amte halbjährlich zuzusenden. Die Mündel dürfen nur solchen Familien zur Pflege übergeben werden, die sich über ein regelmäßiges Einkommen ausweisen, die keine „Bettgeher“ haben, die fremde Kinder nicht gegen Entgelt verpflegen, die Gewähr für gute Erziehung bieten, die es nicht auf Ausnutzung des Pflegekindes abgesehen haben und die vollen Familienanschluß gestatten.

Unter keinen Umständen darf das geistige und körperliche Wohl des Pfleglings einer Gefahr ausgesetzt sein. Die Wohnräume müssen sanitär einwandfrei sein und dem Kinde soll eine eigne Schlafstelle zur Verfügung stehen. Die Pflegeeltern dürfen auch kein eigenes Kind unter einem Jahre, mehr als zwei Kinder unter 6 Jahren oder solche Kinder haben, die aus Armenmitteln unterstützt werden. Bevor das Kind seine Pflegestelle bezieht, wird eine polizeiliche Auskunft eingeholt, in günstigem Falle das Urteil des städtischen Arztes abverlangt und hierauf erst die Prüfung durch den Waisenrat vorgenommen. Nun erfolgt erst der Beschluß des Amtes. Dieses wird, um geeignete Vormünder zu verschaffen, mit den vielen sozialen Hilfsvereinen in Verbindung treten. In jedem Bezirke Wiens (21) wird ein „Städt. Bezirks-Waisenrat“ bestellt, der in zwei Sektionen, die „Mündel“- und die „Waisensektion“ zerfällt. Die Jugendfürsorge der Gemeinde Wien erstreckt sich jetzt auf drei Arten von Pfleglingen: die Mündel, die städt. Pflegekinder und die Findelkinder. Für letztere ist ein großartiges „Zentralkinderheim“ geschaffen worden, während die „Waisen“ in einer großen Zahl von „Waisenhäusern“ erzogen werden. In den in der herrlichen Umgebung Wiens errichteten „Erholungsstätten“ werden arme, schwächliche Kinder

durch 4—5 Monate jährlich zu Hunderten untergebracht.

Alle diese Maßnahmen können wohl nicht die Unsumme des Elends, das sich in der Großstadt anhäuft, bannen, doch wird hierdurch zweifellos viel Gutes gestiftet und manche Menschenblüte von dem Verdorren bewahrt.

Georg Schmiedl,
Wien.



Die „Zahnbürstenklubs“ in England: Eigenartige Klubs wurden kürzlich in mehreren Schulen der Londoner Vorstädte gegründet. Zahnbürstenklubs, welche dem Zweck dienen sollen, bei der Schuljugend das Interesse für Zahnpflege zu wecken. Sie wurden auf Anregung der Lehrer gebildet und diese geben den jungen Mitgliedern zunächst einige kurze Anweisungen über Zahnreinigung. Die Lehrer kaufen Zahnbürsten im großen ein und geben sie an Schulkinder für 20 Pf. pro Stück ab, derart, daß die Zahlung in Raten zu 4 resp. 2 Pf. pro Woche erfolgen kann. Der Gewinn, der aus dem Engroseinkauf entsteht, wird dazu verwendet, den armen Kindern die Bürsten gratis zu liefern.

Es hat sich gezeigt, daß die Kinder sich gerne den kleinen Klubs anschließen und sogar Geld zu sparen suchen, um ihren Eltern als Geburtstagsgeschenke Zahnbürsten anbieten zu können. Die Lehrer lassen sich von Zeit zu Zeit auch die Bürsten vorweisen, um sie auf ihren Zustand zu prüfen. Medizinische Autoritäten gaben ihr Gutachten dafür, daß zu hoffen sei, auf diese Weise ein besseres Verständnis für Zahnhygiene bei der Schuljugend zu fördern.

E. Brown.



Akademische Auskunftsstelle: Der akademische Abstinentenverein „Freiland“ in Prag eröffnet im nächsten Semester eine Auskunftsstelle, die dem jungen Studenten nicht nur in Studienangelegenheiten Rat erteilen, sondern ihm auch Gelegenheit bieten soll, die modernen Kulturbewegungen kennen zu lernen: Neudeutscher Kulturbund, Abstinenz, Dürerbund, Wandervogel, Esperanto u. a.

Georg Schmiedl,
Wien.



Das Bildungsbedürfnis der Frauen zeigt sich deutlich an der Zunahme der Lehranstalten. Im Jahre 1909/10 gab es in Nieder-Österreich 16 Mädchenlyzeen (15 im Vorjahre) mit 89 Klassen (86) und 2510 Schülern (2398). Hiervon waren 94,6 Prozent apporbiert worden. 24,6 Prozent wurden als vorzüglich geeignet befunden. Dem Bekenntnisse nach waren 46,4 Prozent katholisch, 11,6 Prozent evangelisch, 40,7 Prozent mosaisch, 1,1 Prozent anderen Bekenntnisses und 0,2 Prozent konfessionslos.



Der Jubiläumskatalog der Teubnerschen Verlagsbuchhandlung: Die Firma B. G. Teubner in Leipzig veröffentlicht soeben anlässlich ihres hundertjährigen Bestehens eine Geschichte, die in einem kleinen Ausschnitt das Bild der wirtschaftlichen und geistigen Entwicklung der letzten hundert Jahre widerspiegelt.

Die Firma B. G. Teubner ist am 21. Februar 1811 von Benedictus Gotthelf Teubner gegründet worden und gehörte bereits 1816 mit zu den größten Leipziger Druckereien. Erst Anfang 1850 erschienen die ersten zur weltbekannten „Bibliotheca Teub-

neriana“ gehörigen Ausgaben, die heute auf etwa 250 Autoren und 550 Bände angewachsen ist. Die Zahl der bisher überhaupt veröffentlichten Verlagswerke beträgt im ersten Jahrhundert über 10 000. Die Druckerei, mit 28 Schnellpressen verschiedener neuer Systeme ausgestattet, liefert jetzt eine jährliche Gesamtproduktion von 68 ¼ Millionen Bogen (gegenüber 16 Millionen im Jahre 1860). Die Setzerei beschäftigt durchschnittlich 200 Setzer und vier Setzmaschinen; ihre Produktion beträgt jährlich annähernd 10000 Bogen (gegen 4300 im Jahre 1860). Den ebenfalls schon von Teubner eingerichteten Betriebszweigen der Schriftgießerei, Stereotypie und Galvanoplastik wurde nun auch eine eigene Buchbinderei angegliedert, die schon in dem zweiten Jahre ihres Bestehens mit einem Personal von über 150 Personen und außerdem 70 Hilfsmaschinen arbeitete.

Der technische Betrieb, der 1811 mit 10 Leuten und einigen Holzpressen anfang, umfaßt heute in Leipzig und der Dresdner Filiale ein Personal von 950 Köpfen und einen Maschinenbestand von 41 Schnellpressen, einer Rotationsdruckmaschine und 126 Hilfsmaschinen.

Von der auch im Verlage zu bewältigenden Arbeit mögen einige zahlenmäßige Angaben eine Vorstellung vermitteln. So befinden sich in der Herstellungsabteilung gleichzeitig etwa 275 Werke, neue Auflagen und Zeitschriftenhefte in Vorbereitung! In der Auslieferungsabteilung und im Lager wird jährlich die Zahl von 300 000 Bestellungen erledigt und werden etwa 2 ¼ Millionen Bücher expediert, worin die zahlreichen Zeitschriften und Fortsetzungen noch nicht inbegriffen sind. Während der Schulbücherzeit steigert sich der tägliche Eingang von Bestellungen auf etwa 3000. Auf dem Lager werden etwa 6900 Werke

mit etwa 10 000 Bänden und Ausgaben verwaltet. Der jährliche Eingang von Briefen und Telegrammen beträgt etwa 140 000 Stück. Dazu kommen etwa 120 000 Bücherzettel und Drucksachen. Der weitaus größte Teil (jährlich etwa 250 000) der buchhändlerischen Korrespondenzen und Bestellungen geht dabei außerdem auf dem „Buchhändlerwege“ durch Vermittlung der „Buchhändler-Bestellanstalt“ ein. Die stetig wach-

sende Arbeitsmenge hatte natürlich auch ein Anwachsen der Zahl der Angestellten zur Folge. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Mitwirkung der weiblichen Arbeitskraft, die heute im Verlag mit der stattlichen Zahl von 87 Personen vertreten ist. Aber auch die der männlichen Beamten ist entsprechend gestiegen. 1860 beschäftigte die Firma erst deren 4, 1885 14, 1900 21 und im letzten Jahre 77.

RICHTUNGSLINIEN DES FORTSCHRITTS VON PROFESSOR DR. R. BRODA-PARIS

.....

EINE MONATSSCHRIFT UND IHRE WECHSEL- BEZIEHUNGEN ZUR ÖFFENTLICHEN MEINUNG.



WENN man auch die Probleme der Volksbildung den pädagogischen Fragen angliedert, so muß die Pflege und Ausbildung der öffentlichen Meinung durch Tagespresse und Zeitschriften zweifellos als in deren Rahmen fallend gewertet werden.

Der öffentlichen Meinung nicht Zufallsmomente, sondern jene Tatsachenerkenntnisse zuzuführen, die für ihre gesunde Entfaltung unentbehrlich sind, ihr im besonderen jene ausländischen Erfahrungen zu unterbreiten, die neue Ausblicke zur Lösung inländischer Probleme gewähren können: dies war der Gedanke, welcher der Begründung der drei Schwesterzeitschriften „Dokumente des Fortschritts“, „Les Documents du Progrès“ und „The International“ (jetzt „Progress“) zugrunde lag; an ihrem Beispiel die Wechselwirkungen zwischen den Momenten der öffentlichen Meinung und dem Werden jeder Zeitschrift Nummer aufzudecken, scheint darum durchaus in den Rahmen sozialpädagogischer Gedankenkreise zu fallen.

Als konkretes Beispiel glaube ich jedoch die „Documents du Progrès“ statt der näherliegenden „Dokumente des Fortschritts“ wählen zu sollen, weil eben Deutschland infolge seines minderentwickelten, weil auf die Staatsregierung geringern Einfluß übenden parlamentarischen Lebens eine derart ausgeprägte, der Tagesaktualität zugewandte öffentliche Meinung wie Frankreich oder England nicht besitzt.

Eine deutsche Zeitschrift muß darum notwendigerweise mehr die bleiben, die Probleme pflegen, ihre Behandlung fesselt mehr als die Beziehung zur augenblicklichen parlamentarischen Aktion.

Aus diesem Grunde kann eine deutsche soziale Zeitschrift weit umfassender, gelehrter, gründlicher sein als eine französische; ihr unmittelbarer politischer Einfluß auf das Werden der Staatsgeschicke wird andererseits stets nur ein geringer bleiben, die Rolle eines Führers des Volkes im Fortschritt des Tages mangelt ihr.

Am Beispiel der „Documents du Progrès“ (dem französischen Organ des Instituts für den internationalen Austausch fortschrittlicher Erfahrungen*) können jedoch alle eingangs erwähnten Möglichkeiten gezeigt werden und sei es dem Herausgeber der Revue verstattet, an Hand seines persönlichen

*) Einzelne Nummern der Zeitschrift stehen auch deutschsprachigen Mitgliedern des Instituts leihweise und unentgeltlich zur Verfügung. Die Red.

Erlebens, das mit dem Werden der einzelnen Nummern der „Documents du Progrès“ im wesentlichen zusammenfällt, das letztere zu erläutern.

* * * *

Als erste Grundlage zur Konzeption der Zeitschrift dienen mir Tabellen, in denen die einzelnen Fragen, welche die öffentliche Meinung von Monat zu Monat beschäftigen, aneinandergereiht werden.

Tägliche Lektüre der bedeutendsten Aufsätze in 10 bis 20 französischen Tagesblättern, Besuch von Versammlungen usw. ergibt sofort in statistischer, fast zwangloser Weise, was am gegebenen Tage die öffentliche Meinung beschäftigt, was das Publikum zu wissen wünscht.

Reihe ich diese Momente während einiger Wochen aneinander, so komme ich z. B. zu folgender Problemkette:

Wahlreform (eben im Parlament verhandelt);

Einkommensteuer (Projekt in Umarbeitung);

Unterrichtsmonopol des Staates (von gewissen Gruppen der radikalen Regierungspartei gefordert, von andern bekämpft);

Streiks und Streikausschreitungen und ihre Verhütung (von den Geschehnissen des Tages stets aufs neue in Erinnerung gerufen), und 20 bis 30 Themen mehr.

Alle diese Themata werden in die erste Spalte meiner Tabelle: „Probleme, welche die öffentliche Meinung Frankreichs beschäftigen“ eingesetzt.

In die zweite Spalte müssen dann die Problemlösungen, die sich bieten, bzw. die von berufenen Federn in der Zeitschrift behandelt werden können, eingetragen werden.

In erster Linie kommen die Aufsätze jener französischen Politiker und Schriftsteller in Frage, welche eine solche Problemlösung gefunden haben oder im Parlament bzw. der öffentlichen Diskussion führend vertreten. Soweit ist die redaktionelle Tätigkeit die gleiche wie für alle andern politischen Zeitschriften, hat sie keine wissenschaftliche Vorarbeit zur Voraussetzung.

Die „Documents du Progrès“ wollen aber, zum Unterschiede von andern Zeitschriften, die Lösung der sozialen Probleme Frankreichs vor allem dadurch fördern, daß sie aufzeigen, wo eine solche bereits früher im Auslande gefunden wurde, welche günstigen oder ungünstigen Erfahrungen man damit gemacht und wieweit sich dieselbe bei kritischer Würdigung der geschichtlichen und Temperamentsverschiedenheiten auf Frankreich anwenden lasse.

Wenn wir also bei den oben erwähnten Beispielen bleiben wollen, so wäre in die zweite Spalte einzutragen neben

1. Spalte.

Wahlreform (Proportionalwahlrecht steht in der Kammer in Detailberatung, Gemeindestimmrecht der Frauen wird von der zuständigen Kommission beantragt).

2. Spalte.

A. Französische Artikel

1. Aufsatz eines französischen Parlamentariers über Einführung des Frauenwahlrechts zu den Gemeindevertretungen (am besten vom Berichterstatter der parlamentarischen Kommission).

2. Aufsatz eines führenden Publizisten über die wahrscheinlichen Wirkungen des von der Kammer beschlossenen Proportionalwahlsystems.

B. Ausländische Artikel.

3. Aufsatz über die Resultate des Frauenstimmrechts in Finnland (von einem weiblichen Mitglied des Landtags).

4. Aufsätze eines belgischen und eines Genfer Parlamentariers über die vorbildlichen Erfahrungen, die man in ihren parlamentarischen Körperschaften mit dem Proportionalwahlsystem gemacht.

5. Aufsatz einer Norwegerin über die Art und Weise, in der die norwegischen Frauen das politische Stimmrecht errangen.

oder:

1. Spalte.

Progressive Einkommensteuer (von der Kammer beschlossen, im Senat zurückgestellt, von der Regierung neuerlicher Um-
arbeit unterzogen).

2. Spalte.

1. Aufsatz eines französischen Politikers über die Widersinnigkeiten der bestehenden Personalsteuern.

2. Aufsatz über die preußische Einkommensteuer, von der niemand behauptet, daß sie inquisitorisch die Gewissen bedrücke, die Familiengeheimnisse, zerstöre die Geschäftsgeheimnisse verrate, wie dies von französischen Kritikern als notwendige Folge der Steuer vorhergesagt wird.

3. Parallele Aufsätze über die Resultate der österreichischen, schweizer, englischen Einkommensteuer, die gleichfalls die Unglücksprophezeiungen der französischen Opposition Lügen strafte.

usw. usw.

Indie dritte Spalte werden dann die Namen der Persönlichkeiten eingetragen, von denen Aufsätze erbeten werden könnten, mit Vermerk, ob solche Aufforderung am besten mündlich oder durch persönliche Vermittlung eines Freundes erfolge, ob ein Brief an die Persönlichkeit zu richten, in welcher Sprache, durch welchen Sekretär, welche Länge des Aufsatzes, welche materiellen Bedingungen vorzuschlagen; ferner, nachdem der Brief abgesandt, soferne Antwort oder Versprechenserfüllung sich verspäten, ob Mahnbrief abzusenden bzw. welche andere Persönlichkeit anzugehn.

Oder aber, wenn kein Artikel, sondern bloß eine Chronik vonnöten ist, wird in die dritte Spalte eingetragen, welchem Korrespondenten sie zu übertragen bzw. auf Grund welchen Quellenmaterials sie im internen Dienste der Redaktion zu verfassen sei.

Mit der unscheinbaren, wenngleich so verantwortungsvollen Anlegung dieser Tabellen ist die persönlich-konzipierende Tätigkeit Schreibers dieser Zeilen im wesentlichen beendet.

Alles weitere geht vonstatten wie — um ein fernliegendes Gleichnis zu gebrauchen — das Mahlen des Getreides. Wie in der Mühle zuerst Weizen und Spreu in mehreren kunstvollen Schleuderapparaten voneinander gesondert, dann die Körner zerrieben werden usw., ohne daß irgendwelches bewußte Eingreifen noch nötig wäre: so werden die Briefe von den Sekretären

verfaßt und geschrieben, die einlaufenden Aufsätze vom damit betrauten Redakteur beurteilt und — fast ausnahmslos nach seinen bewährten Urteilen entweder der Mappe „à la disposition des auteurs“ überantwortet und in diesem Sinne beamtshandelt oder dem Redaktionssekretär — wenn fremdsprachlich, zuerst dem Übersetzer, dann dem Erstgenannten — übersandt.

Werden Chroniken aus der deutschen (oder englischen) Ausgabe überwiesen, so ist der Vorgang allerdings komplizierter; sie müssen dann erst aus Notizen, die, für deutsche (bzw. englische) Leser geschrieben, deutsche (oder engl.) Verhältnisse als bekannt voraussetzen, fremde erläutern, an deutsche (engl.) Instanzen zur Durchführung ihrer konkludierenden Vorschläge appellieren, in französische Aufsätze umgegossen werden, die deutsche Verhältnisse nicht mehr als bekannt voraussetzen, sondern gebührend erläutern, aus dem vom Autor herbeigetragenen Tatsachenmaterial nicht Kritik deutscher Mißstände und Nutzenwendungen auf deutsche Verhältnisse ziehen (was in Frankreich naturgemäß niemanden interessieren würde), sondern aus deutschen Erfahrungen Schlüsse für die Lösung französischer Probleme ziehen.

Dann erst gelangen sie an den Übersetzer, der sie dann auch in französische Form bringt und endlich — später als ihre Originalgeschwister — in die bergende Mappe des Redaktionssekretärs, von dem sie dann weiter, im Manuskript und im Korrekturbogen, gekürzt und gebessert werden.

Inzwischen ist die Welt natürlich weiter geschritten. Nur im Falle besonders aktueller Probleme, ausnahmsweise, ist es möglich, einen Aufsatz sofort in der laufenden Nummer zu bringen.

In der Regel muß er warten, bis er, mit 'andern Aufsätzen, die das gleiche Problem vom Standpunkt verschiedener Erfahrungen, verschiedener Nationen behandeln, vereint, in einem „Bloc“ erscheinen kann.

Zum Beispiel:

Eine Reihe von Aufsätzen über die Lösung des Streikproblems:

1. Resultate der obligatorischen Schiedsgerichte für industrielle Konflikte in Neuseeland.
2. Fakultative gewerbliche Schiedsgerichte in Canada.
3. Obligatorische Einigungsämter für Konflikte zwischen den englischen Bahnen und ihren Angestellten (im Gefolge des letzten Generalstreiks).
4. Der Millerandsche Gesetzentwurf, der gleiche Folgerungen von französischen Mißständen ableitet.

Lange Erfahrung hat uns in der Tat gezeigt, daß der Leser sich in ein Problem zu vertiefen, dasselbe von verschiedenen Standpunkten zu betrachten liebt, statt sofort wieder zu einer fernliegenden Frage zu eilen, und daß politische Stoßkraft, überzeugende Beeinflussung der öffentlichen Meinung nur von solchen Artikelgruppen ausgehen können.

Sind die Nummern so als organische Einheiten zusammengestellt, so müssen ihnen als Geleit an die Presse noch Blätter mitgegeben werden, die die Assimilierung ihres vertieften Inhaltes an die Bedürfnisse der Tagespresse, die Wiedergabe in kurzen Sätzen erleichtern.

B. Ausländische Artikel.

3. Aufsatz über die Resultate des Frauenstimmrechts in Finnland (von einem weiblichen Mitglied des Landtags).

4. Aufsätze eines belgischen und eines Genfer Parlamentariers über die vorbildlichen Erfahrungen, die man in ihren parlamentarischen Körperschaften mit dem Proportionalwahlsystem gemacht.

5. Aufsatz einer Norwegerin über die Art und Weise, in der die norwegischen Frauen das politische Stimmrecht errangen.

oder:

1. Spalte.

Progressive Einkommensteuer (von der Kammer beschlossen, im Senat zurückgestellt, von der Regierung neuerlicher Umarbeit unterzogen).

2. Spalte.

1. Aufsatz eines französischen Politikers über die Widersinnigkeiten der bestehenden Personalsteuern.

2. Aufsatz über die preußische Einkommensteuer, von der niemand behauptet, daß sie inquisitorisch die Gewissen bedrücke, die Familiengeheimnisse, zerstöre die Geschäftsgeheimnisse verrate, wie dies von französischen Kritikern als notwendige Folge der Steuer vorhergesagt wird.

3. Parallele Aufsätze über die Resultate der österreichischen, schweizer, englischen Einkommensteuer, die gleichfalls die Unglücksprophezeiungen der französischen Opposition Lügen strafte.

usw. usw.

In die dritte Spalte werden dann die Namen der Persönlichkeiten eingetragen, von denen Aufsätze erbeten werden könnten, mit Vermerk, ob solche Aufforderung am besten mündlich oder durch persönliche Vermittlung eines Freundes erfolge, ob ein Brief an die Persönlichkeit zu richten, in welcher Sprache, durch welchen Sekretär, welche Länge des Aufsatzes, welche materiellen Bedingungen vorzuschlagen; ferner, nachdem der Brief abgesandt, sofern Antwort oder Versprechenserfüllung sich verspäten, ob Mahnbrief abzusenden bzw. welche andere Persönlichkeit anzugehn.

Oder aber, wenn kein Artikel, sondern bloß eine Chronik vonnöten ist, wird in die dritte Spalte eingetragen, welchem Korrespondenten sie zu übertragen bzw. auf Grund welchen Quellenmaterials sie im internen Dienste der Redaktion zu verfassen sei.

Mit der unscheinbaren, wenngleich so verantwortungsvollen Anlegung dieser Tabellen ist die persönlich-konzipierende Tätigkeit Schreibers dieser Zeilen im wesentlichen beendet.

Alles weitere geht vonstatten wie — um ein fernliegendes Gleichnis zu gebrauchen — das Mahlen des Getreides. Wie in der Mühle zuerst Weizen und Spreu in mehreren kunstvollen Schleuderapparaten voneinander gesondert, dann die Körner zerrieben werden usw., ohne daß irgendwelches bewußte Eingreifen noch nötig wäre: so werden die Briefe von den Sekretären

verfaßt und geschrieben, die einlaufenden Aufsätze vom damit betrauten Redakteur beurteilt und — fast ausnahmslos nach seinen bewährten Urteilen entweder der Mappe „à la disposition des auteurs“ überantwortet und in diesem Sinne beamtshandelt oder dem Redaktionssekretär — wenn fremdsprachlich, zuerst dem Übersetzer, dann dem Erstgenannten — übersandt.

Werden Chroniken aus der deutschen (oder englischen) Ausgabe überwiesen, so ist der Vorgang allerdings komplizierter; sie müssen dann erst aus Notizen, die, für deutsche (bzw. englische) Leser geschrieben, deutsche (oder engl.) Verhältnisse als bekannt voraussetzen, fremde erläutern, an deutsche (engl.) Instanzen zur Durchführung ihrer konkludierenden Vorschläge appellieren, in französische Aufsätze umgegossen werden, die die deutsche Verhältnisse nicht mehr als bekannt voraussetzen, sondern gebührend erläutern, aus dem vom Autor herbeigetragenen Tatsachenmaterial nicht Kritik deutscher Mißstände und Nutzenwendungen auf deutsche Verhältnisse ziehen (was in Frankreich naturgemäß niemanden interessieren würde), sondern aus deutschen Erfahrungen Schlüsse für die Lösung französischer Probleme ziehen.

Dann erst gelangen sie an den Übersetzer, der sie dann auch in französische Form bringt und endlich — später als ihre Originalgeschwister — in die bergende Mappe des Redaktionssekretärs, von dem sie dann weiter, im Manuskript und im Korrekturbogen, gekürzt und gebessert werden.

Inzwischen ist die Welt natürlich weiter geschritten. Nur im Falle besonders aktueller Probleme, ausnahmsweise, ist es möglich, einen Aufsatz sofort in der laufenden Nummer zu bringen.

In der Regel muß er warten, bis er, mit andern Aufsätzen, die das gleiche Problem vom Standpunkt verschiedener Erfahrungen, verschiedener Nationen behandeln, vereint, in einem „Bloc“ erscheinen kann.

Zum Beispiel:

Eine Reihe von Aufsätzen über die Lösung des Streikproblems:

1. Resultate der obligatorischen Schiedsgerichte für industrielle Konflikte in Neuseeland.
2. Fakultative gewerbliche Schiedsgerichte in Canada.
3. Obligatorische Einigungsämter für Konflikte zwischen den englischen Bahnen und ihren Angestellten (im Gefolge des letzten Generalstreiks).
4. Der Millerandsche Gesetzentwurf, der gleiche Folgerungen von französischen Mißständen ableitet.

Lange Erfahrung hat uns in der Tat gezeigt, daß der Leser sich in ein Problem zu vertiefen, dasselbe von verschiedenen Standpunkten zu betrachten liebt, statt sofort wieder zu einer fernliegenden Frage zu eilen, und daß politische Stoßkraft, überzeugende Beeinflussung der öffentlichen Meinung nur von solchen Artikelgruppen ausgehen können.

Sind die Nummern so als organische Einheiten zusammengestellt, so müssen ihnen als Geleit an die Presse noch Blätter mitgegeben werden, die die Assimilierung ihres vertieften Inhaltes an die Bedürfnisse der Tagespresse, die Wiedergabe in kurzen Sätzen erleichtern.

Und ob all diese Überlegungen folgerichtig ineinandergegriffen, das lehrt in den folgenden Wochen das Ausschnittbureau; je nachdem wieviel Hunderte von Zeitungen, die die Artikel der „Documents du Progrès“ wiedergeben, zitieren oder für eigene Appelle an die öffentliche Meinung verwerten, von der Post übermittelt werden, je nachdem, ob die Aufsätze von der Tribüne des Parlaments aus als Grundlage positiver Vorschläge benutzt wurden oder nicht, ist der Endeffekt praktischer Fortschrittsanregung ein guter oder minder guter gewesen.

So schließt sich der Kreislauf.

Die öffentliche Meinung sucht nach Lösung französischer Sozialprobleme; die Zeitschrift bringt ausländische Erfahrungen, diese werden von ihr gewertet, für die französische Sozial- und Kulturpolitik angewendet — die öffentliche Meinung nimmt dies Material entgegen, ihre Vertreter bauen aus ihm positive gesetzgeberische Arbeit auf.

KORRESPONDENZEN

ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG

PROFESSOR D. ALF. AGACHE, PARIS: DAS PROBLEM DER ARBEITERWOHNUNG UND DESSEN AUSLÄNDISCHE LÖSUNGSVERSUCHE.

DIE Beschaffung billiger Wohnungen ist eine der wichtigsten sozialen Fragen.

Sie interessiert nicht nur den Arbeiter, den kleinen Beamten, den in bescheidenen Vermögensverhältnissen lebenden Familienvater, für die ein geringerer Mietspreis einen unmittelbaren ökonomischen Vorteil bedeutet, sie interessiert die ganze Gesellschaft, der die körperliche und geistige Hygiene auch der untersten Volksschichten allgemein zugute kommt.

Betrachten wir dieses Volkswohnungsproblem von seiner technischen, ökonomischen und ästhetischen Seite.

1. Die technische Frage. — Was die Pläne zu Volkswohnungen anlangt, ist man im allgemeinen über folgende Punkte einig.

Sie müssen einfach und logisch ausgedacht sein, eine bequeme Einteilung bieten und sich den Bedürfnissen der Interessenten, also des Arbeiters und kleinen Beamten, genau anpassen.

Außerdem behaupten gewisse Fachleute, daß diese Pläne Gewohnheiten und Geschmack der Interessenten zu entsprechen hätten, selbst wo dieser Geschmack zu tadeln wäre.

So weit möchte ich nicht gehen, denn in vielen Fällen — und dies der moralische Zweck der Bewegung für den Bau billiger Wohnungen — ist es wichtig, den Arbeiter ästhetisch zu erziehen, seine Gewohnheiten zu verbessern, seinen Geschmack zu entwickeln und seine Vorurteile zu beseitigen. Wie schwer dies oft in der Praxis ist, mag eine Erfahrung des belgischen Architekten Gellé beleuchten.

In einer Vorstadt von Brüssel versuchte Herr Gellé nach einem neuen und gewiß den wahren Bedürfnissen der Arbeiterklasse ausgezeichnet angepassten Plane Einfamilienhäuser zu bauen. Erfolglos. Dem flämischen Arbeiter liegt außerordentlich viel daran, in seiner Wohnung einen „Salon“ nach Art der besser situierten Stände zu besitzen. Der Architekt hatte es für vernünftiger gehalten, in seinen Plänen eine geräumige Wohnstube zu schaffen und diesen Salon wegzulassen, der ja höchst selten benutzt wird. Gleichviel wurde dieser unnütze, prunksüchtige Salon von allen Mietern verlangt.

Ein aus dem Leben gegriffener Einakter, der vor kurzem in London viel Aufsehen erregte, spiegelt die gleiche psychologische Disposition wider. Er spielt in einer Arbeiterwohnung des Londoner Slums, in einer engen elenden

Kammer, deren ganzes Gerät aus einem wackligen Tisch, einer Kommode mit offenen Schubladen, zwei eingestoßenen Stühlen und einer zerrissenen, halb leeren Strohmratze besteht. Der Arbeiter ist aus irgendeinem Grunde nicht zuhause und ein Wohltätigkeitsverein, deren es in der englischen Hauptstadt so viele verdienstvolle gibt, richtet während der Abwesenheit des Mieters die Wohnung wieder neu ein. Frau und Kinder werden ebenfalls neu ausgestattet und alles freut sich schon auf die Überraschung des Mannes, wenn er diese reinliche, anmutige Wohnung betreten wird. Der Arbeiter aber kommt, nach alter Gewohnheit ein wenig benebelt, und sieht sich erstaunt um: Was? das ist doch seine Wohnung nicht! — Er erhitzt sich, gerät in Zorn, in Wut; und mit ein paar wuchtigen Faustschlägen zerbricht er aufs neue den Tisch, zerreißt die Matratze, stößt die Stühle ein, und erst nachdem das Heim sein früheres Aussehen wieder erlangt hat, erhellt sich sein Gesicht.

Die Szene ist gewiß drollig, vielleicht etwas tendenziös; doch, ein gut Stück Wahrheit liegt hierin, wie in jeder Karikatur; jedenfalls läßt sie verstehen, daß man nicht zu dem ersehnten Ziele, das heißt zu einer Veränderung des psychischen Wesens des Arbeiters, gelangt, wenn man sich begnügt, ihm ungewohnten Komfort zu geben.

In den meisten Fällen muß man sich bemühen, ihn zu erziehen, ihn durch Beispiel und wohl auch durch Suggestion zu einer höheren Auffassung zu bewegen.

Was die Materialien für den Bau von Volkswohnungen anlangt, ist es in den letzten Jahren gelungen, durch Benutzung gewisser Abfälle, z. B. der aus den Hochöfen kommenden Schlacken, der Metallschäume und sonstigen Bodensätze, Bauten herzustellen, die, mit irgendeinem Überzug beworfen, und wenn sie reihenweise aufgeführt werden, äußerst billig kommen.

Der große Edison beschäftigt sich neuestens mit der Erfindung des möglichst billigen Bauverfahrens. Er stellte Pläne und Modelle mehrere Häusertypen auf, die aus Kieszement gegossen werden können, unter anderen fünf oder sechs Typen von Wohnungen, die den verschiedenen Bedürfnissen der amerikanischen Arbeiterklasse entsprechen. Man braucht nur einige Arbeiter mit den zerlegbaren Gießformen an Ort und Stelle zu schicken, um in ein paar Tagen ein Haus fertigzustellen. Die Hauptmauern werden tatsächlich gegossen, und es genügt dann, die Türen und Fenster, die ihrerseits stockweise gefertigt sind, in die dazu gehörigen Öffnungen zu setzen. Die Eintönigkeit wird leicht durch entsprechende Gartenanlagen aufgehoben.

Dieses Beispiel zeigt die Richtung, in welcher man durch eine radikale Modifizierung der Baumethode reihenweis ausführbare Typen aufstellen und eine wesentliche Verminderung der Kosten herbeiführen kann.

2. Die finanzielle Frage. — Hier gibt es verschiedene Lösungsarten, je nachdem der betreffende Bau sich auf dem Lande, in Vororten oder in der Stadt selbst befindet, und je nachdem es sich um einzeln stehende Einfamilienhäuser, oder mehrere sich aneinander schließende Häuser, oder um eine Gartenstadt, oder aber um mehrstöckige Häuserkomplexe handelt.

Im folgenden seien einige französische Versuche skizziert.

Unter den in Paris existierenden Gesellschaften für den Bau billiger Wohnungen dieser Art ist vor allem die *Société des logements économiques pour familles nombreuses* zu erwähnen.

Sie verausgabte für ihre drei ersten Häuser eine Gesamtsumme von 1 280 000 Mark und vermietet ihre Wohnungen nur an Familien mit je drei bis zehn Kindern.

Der Kostenpreis für solche Wohnungen mit zwei, drei oder vier Zimmern beträgt zwischen 144 und 360 Mark jährlich. Ein Arbeiter, der täglich im Durchschnitt acht Mark (den Verdienst von Frau und Kindern eingerechnet) verdient, kann also in normalen Zeiten, wenn er jede Woche für die Miete den Verdienst eines Arbeitstages verwendet, sich und seiner Familie eine behagliche Wohnung, deren Flächenraum etwa 50 Quadratmeter beträgt, verschaffen. Dieselbe enthält eine Küche, zugleich als Speisezimmer verwendbar, drei Schlafzimmer, Abort und Keller.

Andere Gesellschaften, die auf weniger kinderreiche Mieter rechnen, schufen Wohnungen von drei Zimmern (zwei Schlafzimmer und ein Speisezimmer) deren Mietpreis zwischen 240 und 280 Mark schwankt. Die Gesellschaft der „Maisons ouvrières“ hat in Paris schon vier bedeutende und imposante Gebäude errichtet. Diese Gebäude enthalten 563 Wohnungen, zu einem jährlichen Mietpreis von 96 bis 440 Mark.

Noch andere Stiftungen wären zu nennen, z. B. die von Rothschild, die mit einem Kapital von acht Millionen Mark soeben ihr drittes Gebäude vollendet hat. Das letztere enthält 321 Wohnungen, sowie 36 Werkstätten, mit elektrischer Kraft versehen und mit den Wohnungen in Verbindung zu setzen. Der Mietpreis ist zwischen 128 und 432 Mark. Außer diesen Stiftungen gibt es noch Gesellschaften, die ähnliche Ziele verfolgen, aber zugleich die in den Unternehmen angelegten Kapitalien zu verzinsen trachten, darunter die Société des Habitations économiques, die im Jahre 1891 mit einem Kapital von 240 000 Mark, das inzwischen auf 812 000 Mark erhöht wurde, zustande kam und große Zinshäuser sowie auch Einfamilienhäuser baut.

Eine recht segensreiche Schöpfung sind ferner die Volkshäuser.

Dem Beispiel der englischen Hauptstadt, die schon seit mehreren Jahren ihre „Rowton houses“ mit Stolz zeigt, ist Paris gefolgt und hat jetzt auch ein „Hotel für ledige Arbeiter“^{*)}. Es ist ein neues monumentales Werk moderner Arbeiterfürsorge, das dem kleinen Manne alle Segnungen modernen Komforts erschließen und die Möglichkeit bieten soll, gegen geringe Aufwendung ein eigenes Heim zu haben.

Ich selbst nahm dort Unterkunft, einmal während eines Tages und einer Nacht, speiste im Hause und verkehrte mit den Gästen, meistens Arbeitern mit einem täglichen Lohn von drei bis fünf Mark. Durch das Portal eingetreten, sah ich mich in einem koketten freundlichen Empfangsraum. Am Schalter löste ich eine Karte, die mir das Recht erwarb, 24 Stunden im Gasthof zu verbringen. Ich bezahlte 55 Pfennige. — Für 6 Pfennige mietete ich mir noch einen Schrank, um meine Sachen unterzubringen. Zahlreiche Arbeiter standen an ihren Schränken, legten Werkzeuge und Arbeitskleider ab oder holten frische Wäsche hervor. Die meisten begaben sich darauf in die Waschräume. Unentgeltliche Fußbäder, Duschen zu 12 Pfennig und Bäder zu 24 Pfennig stehen zu ihrer Verfügung. Ich nahm ein Schwefelbad zu 84 Pfennigen und konnte wirklich sehr zufrieden sein. Für das Putzen der Schuhe ist ebenfalls ein eigener Raum bestimmt und steht jedem Inwohner des Hotels sogar frei, seine Leibwäsche zu waschen und zu plätten. Dringende

^{*)} „Hotel populaire pour hommes.“

Reparaturen können gleichfalls schnell erledigt werden; im Hause befinden sich ein Schuster, Schneider und *Friseur.

Ich trat in den Speisesaal, eine prächtige Halle von stattlichen Dimensionen, 50 Meter lang und 40 Meter breit. 500 Personen können sich an kleinen Tischen zu viert zusammenfinden. Der Raum ist freundlich und anmutend und wie alle Räume des Hotels, mit Landschaftsbildern geschmückt, die den an die Großstadt gebundenen Arbeiter an die Natur dort draußen erinnern.

Die Speisen sind vortrefflich zubereitet; für 8 bis 32 Pfennige kann man die verschiedensten Gerichte bekommen: So kostet eine große Tasse Fleischbrühe 8 Pfennige, mit Rindfleisch 24 Pfennige; jedes Gemüse 8 und 12 Pfennige. Ein Fläschchen Wein 16 Pfennige. Jeder holt sich selbst sein Essen; doch sind Diener bereit, die gebrauchten Teller abzuräumen und die Tische stets sofort wieder in Ordnung zu bringen.

Wer gegessen hat, kann in das anheimelnd ausgestattete Rauchzimmer eintreten, um nach dem Essen bei einer Tasse Kaffee (8 Pfennige) mit seinen Freunden zu plaudern. Oder er kann den Bibliotheksraum aufsuchen. Hier laden breite bequeme Tische aus massivem Eichenholz zur ungestörten Lektüre; an den Wänden dehnen sich Regale, die einen reichen Schatz von Büchern bergen. Kleine Tischchen bieten dem Gaste des Arbeiterhotels Gelegenheit, seine Korrespondenz zu erledigen. — Ein besonderes Zimmerchen mit bequemen Sesseln aus Weidenruten ist für leidende oder aber für solche Gäste bestimmt, die ein Mittagsschläfchen lieben.

Um zehn Uhr abends werden die geschilderten Lokale geschlossen; dem Gaste steht es frei, sein Schlafzimmer aufzusuchen oder aber noch auszugehen. Das Hotel bleibt die ganze Nacht offen. Der Gasthof enthält in seinen fünf Stockwerken 750 Schlafkammern mit sehr guten Betten und breiten Fenstern. Der Aufenthalt in den Schlafzimmern ist allerdings auf die Zeit von 7 Uhr abends bis 9 Uhr morgens beschränkt.

Betrachten wir nun das Problem der Einfamilienhäuser.

Die Statistiken von Lever und Cadbury, den Gründern der ersten englischen Gartenstädte (Sunlight, Burneville) haben die unbestreitbaren Vorteile des Einfamilienhauses klar gezeigt; die Sterblichkeit ist in diesen Häusern um ein Drittel niedriger, als in den Mietskasernen.

Frankreichs wie Englands große Industrielle waren die ersten, die der Lösung dieses Problems Beachtung schenkten. Vor kurzem hat die Bergwerksgesellschaft zu Dourges eine mustergültige Gartenstadt geschaffen, bestehend aus 374 herrlich eingerichteten und malerisch gelegenen Häusern.

Im Untergeschoß ein Keller und eine Vorratskammer. Im Erdgeschoß eine Vorhalle, ein Hausflur, eine Küche, die auch als Speisezimmer dient; ein Schlafzimmer für die Knaben. Im Stockwerk ein Schlafzimmer für die Eltern, eins für die Mädchen, ein Speicher und ein Trockenboden. Als Nebengebäude: eine Waschküche, die mit der Wohnstube und dem Keller in Verbindung steht, ein kleiner Schuppen für die Kohlen, eine Remise für den Vorrat an Kartoffeln usw., schließlich noch ein Kaninchenstall, Hühnerhof, Taubenschlag und Abort mit Wasserspülung und geschlossener Grube.

Der Kaufpreis für ein solches Haus beträgt im Durchschnitt 3160 Mark; die Häuser werden aber auch für acht Mark pro Woche von der Minenverwaltung vermietet.

Die Gartenstadtbewegung macht heute in Frankreich stets größere Fortschritte. Im Norden, im Süden, im Osten des Landes, in der nächsten Umgebung von Paris, in der Normandie ist eine Reihe derartiger Anlagen geschaffen worden, die von den Vorteilen des Einfamilienhauses deutliches Zeugnis ablegen.

Was die finanzielle Grundlage für den Bau von Volkswohnungen im allgemeinen anlangt, scheidet sich das Problem, je nachdem der Mieter zugleich Eigentümer des Gebäudes werden will oder nicht.

Früher war höchster Wunsch des Proletariats in Frankreich, ein stabiles Heim, als dessen Besitzer er sich vom ersten Tage an betrachten konnte und dessen Preis er in jährlichen Abzahlungen während mindestens 25 Jahren entrichtete. Heute zeigt sich für diese Idee nur mehr wenig Begeisterung.

Es liegt allzusehr im Interesse der Fabrikherren, Arbeiterfamilien an sich zu heften, indem sie diese in der Nähe ihrer Fabriken als Hausbesitzer ansiedeln. So können sie auf einen festen Arbeiterstamm rechnen. Aber bei der Entwicklung der modernen Industrie geschieht es nur allzu leicht, daß der Arbeiter gezwungen ist, wenn nicht seine Arbeit, so doch wenigstens seinen Aufenthalt zu wechseln. Der englische Arbeiter z. B., wie insbesondere der amerikanische, will sich vor allem die freie Möglichkeit bewahren, „sein Glück zu versuchen“, d. h. die erste beste Gelegenheit, die sich bietet, zu ergreifen, etwas mehr zu verdienen oder unter besseren Bedingungen zu arbeiten; er ist stets bereit, eine Werkstätte zu verlassen, um eine andere Stellung anzunehmen, die vorteilhafter wäre. — Ein anderer sehr beachtenswerter Gesichtspunkt ist ferner, daß die Kinder selten das Handwerk ihrer Väter fortsetzen. Andererseits ist die Übertragung des streng individuellen Eigentums mit vielen Schwierigkeiten verbunden; ein Arbeiter, der gezwungen ist, das Land zu verlassen, ist faktisch außerstande, die vielen Schritte zu tun, die der Verkauf eines solchen Gutes erheischt. — Wie ist es da möglich, mit der erforderlichen Unabhängigkeit des Arbeiters, der sich nicht verpflichten kann, sein ganzes Leben auf demselben Stück Land zu verbringen, die Vorteile des Eigentums zu vereinigen? Die Lösung dieses Problems wurde in England gefunden.

Man gelangt zum Eigentum durch das genossenschaftliche System; d. h. der Arbeiter wird notwendig zum Aktionär einer Baugenossenschaft, wenn er sich als Mieter für eins dieser Baugenossenschaft gehörenden Häuser einschreiben läßt. Es handelt sich hier um eine Art Eigentum, die als ein Mittelding zwischen dem absoluten Besitz und der einfachen Miete zu betrachten ist.

Zu diesem Zweck wurde eine erste Gesellschaft, die *C o p a r t n e r s h i p T e n a n t s Ltd.* mit Aktien von je 10 Pfund gegründet, die prinzipiell ihren Aktionären eine Dividende von 5 Prozent geben soll, während sie Obligationen ausgibt, denen sie eine fixe Verzinsung zu 4 Prozent (*Loan Stock*) garantiert. Auch nimmt sie Darlehen auf kurze Zeit zu 3 Prozent. Mit diesen Kapitalien erwirbt die Gesellschaft große Grundstücke und entwirft für jedes derselben einen vollständigen Bewirtschaftungsplan. Sie selbst läßt die Straßenbauten, Abzugskanäle, öffentlichen Gartenanlagen und Plätze, sowie die Abteilung der Grundstücke, ausführen; dann vermietet sie auf sehr lange Zeit (durch eine Art Erbpacht) diese so bereiteten Grundstücke einer Gesellschaft für billige Wohnungen, der *Tenant limited Society*, mit der Bedingung, daß in der Einrichtung des Gutes nichts verändert werden dürfe.

Dieser Gesellschaft nun (ebenfalls eine Aktiengesellschaft, deren Aktien aber vorzugsweise für die Arbeiter, ihre Mieter, vorbehalten sind) kommt es zu, gesunde und behagliche Wohnungen zu bauen. Dabei muß sie stets die Bedingungen des Pachtvertrages beobachten, der zum Beispiel nicht gestattet, mehr als 10 bis 12 Häuser pro Hektar zu errichten. Der Mietzins in einem der Häuschen einer Copartnership-Gartenstadt wird nach dem Mietpreise für die gleiche Wohnung der nächsten Stadt berechnet. Doch hat der Mieter noch den Genuß allerlei gemeinsamer Einrichtungen, wie Spielplätze, Versammlungssäle, Klubs usw.

Am Ende des Jahres, nach gezogener Bilanz, wird der Überschuß, der tatsächlich stets vorhanden ist, unter die Mieter nach Verhältnis der Aktien, die sie besitzen, verteilt. Diese Maßregel hat für die Gesellschaft eine treffliche Wirkung; denn jeder Mieter nimmt natürlicherweise den regsten Anteil an ihrem Gedeihen.

III. Die ästhetische Frage. Die soziale Hygiene teilt sich, meiner Meinung nach, in zwei voneinander abhängige Kapitel: und zwar in dasjenige der konkreten Leistungen, die die körperliche Gesundheit betreffen und die physiologische Aufbesserung einer menschlichen Gruppe zum Ziele haben; dann in dasjenige der das Werk dieser konkreten Leistungen ergänzenden, sittlichen Beeinflussungen, deren Wichtigkeit erst jetzt nach und nach begriffen wird. So wie der Arzt nicht nur durch Medikamente, sondern mehr noch durch seine Worte und sein Suggestionstalent auf seine Patienten einwirkt, soll auch der Sozialtechniker nicht nur an die unmittelbar praktischen Mittel denken, sondern auch darüber, wie er diese Mittel anziehend, wünschenswert und wirksam gestalten und anwenden könne. Einige ermutigende Worte, die man an einen Kranken richtet, ein Blumenstrauß, zur gelegenen Zeit neben das Bett eines Genesenden gestellt, haben auf den Heilungsprozeß eine oft überraschende Wirkung geübt. Wie kann man also auf dem Gebiete der sozialen Hygiene und besonders im Wohnungsproblem den konkreten Leistungen jene, meiner Ansicht nach, unentbehrliche Ergänzung zufügen, die allen Reformversuchen erst die nötige Wirksamkeit und Anziehungskraft verleihen soll?

Die Gartenstadt entspricht den ästhetischen Forderungen der Wohnungsfrage. Die traurige Eintönigkeit der ersten Arbeiterquartiere ist bekannt; man wollte da nur das Grundstück ausnutzen und die Arbeiter darauf zusammenpferchen. Später vergönnte man dem Arbeiter ein kleines Gärtchen. Man machte einen Schritt nach vorwärts, indem man ihn nicht nur zum Gemüsebau, sondern auch zur Blumenzucht anhielt. Wirklich ernsthafte und löbliche Bemühungen in Hinsicht auf eine anziehendere Ausstattung des Heimes wurden zuerst in England ausgeführt. Mit dem Komfort im Innern versuchte man auch das Äußere hübsch und freundlich zu gestalten. Dieser Versuch hatte günstigen Erfolg, wie das Musterbeispiel von Port-Sunlight zur Genüge beweist. Port Sunlight ist eine in der Nähe von Liverpool gelegene Gartenstadt, deren sämtliche Häuser von Arbeitern und Angestellten bewohnt werden und die, zu einem Ausflugsort geworden, Sonntags von vielen Ausflüglern der nahen Großstadt besucht wird. — Port Sunlight ist heute eine wahre Sehenswürdigkeit. Seine breiten schattigen Alleen, seine zahlreichen Spielplätze im frischen Grün, seine Theater, seine Kirchen usw. geben ihm einen malerischen Anstrich und entsprechen zugleich den berechtigten Bedürfnissen seiner Einwohnerschaft.

In den neuen, nach den Methoden des Copartnership geschaffenen Gartenstädten hat man noch mehr denn je das ästhetische Moment in Betracht gezogen: Der allgemeine Plan der Städte, die Straßen und Gartenanlagen sind sorgfältig ausgeführt worden. Mit den endlosen geraden Straßen und den schachbrettförmigen Grundrissen von so verdrießlicher Eintönigkeit wurde gründlich aufgeräumt, und an ihre Stelle traten gelungene, hübsche Perspektiven darbietende Kurven, eine absichtliche Mannigfaltigkeit in der Gruppierung der Häuser, blühende Hecken zwischen den verschiedenen Grundstücken. Die Gemüsegärten befinden sich im allgemeinen hinter den Häusern, während die Straßenfront mehr für den Ziergarten bestimmt ist. Es werden Preisbewerbungen veranstaltet, um die Zahl der Obstbäume sowie der blumengeschmückten Fenster zu vermehren.

Da gibt es aber auch noch gut eingerichtete Volksbäder, Schulen, mit allen Neuerungen ausgestattete Turnsäle und geräumige Hallen, bei Regenwetter zum Spielen der Kinder bestimmt, Versammlungssäle, Klubs, Sportplätze und Parkanlagen. Allerlei Prämien belohnen diejenigen, die ihr Haus in bester Ordnung halten. Es gibt Wettbewerbe für die innere Ausschmückung, für gedeckte Tafeln u. a. m.

Sind das nicht treffliche Anregungen, ganz dazu geeignet, den Wohlstand der Arbeiterklasse zu fördern, indem man sie mit jenem „Überflüssigen, das so notwendig ist“, vertraut macht?



BAU VON ARBEITERHÄUSERN DURCH DIE FINNISCHEN STÄDTE.

DIE Überfüllung der Wohnungen, wie sie in den Arbeitervierteln der finnischen Städte, analog wie in denen aller anderen europäischen Industriestaaten, sich überaus bedenklich gestaltet hat, bewog die Stadtgemeinde von Helsingfors, selbst den Bau von Arbeiterhäusern in die Hand zu nehmen, um so den Arbeitern gesunde und billige Wohnungen zu verschaffen.

Im Jahre 1902 bewilligte der Stadtrat aus Anleihemitteln 1 Million finnische Mark = 800 000 deutsche Reichsmark, zur Förderung von Bauunternehmungen, wie Herr Einar Böök, Mitglied unseres Instituts für den Internationalen Austausch fortschrittlicher Erfahrungen, auf dem öffentlichen Wohnungskongreß zu Wien näher ausführte, und zwar sollten mit dem Gelde kleine Wohnungen, vornehmlich für die Arbeiterklasse, beschafft werden. Im Jahre 1905 faßte der Stadtrat folgenden Beschluß: „Die zur Förderung des Baues kleiner, in erster Linie für Arbeiter bestimmter Wohnungen bereit gestellte Million finnischer Mark Anleihemittel soll zur Errichtung gemeindeeigener Häuser auf passenden, verfügbaren Grundstücken verwendet werden. Die Häuser sollen kleine Mietswohnungen von einem Zimmer oder Zimmer mit Küche oder zwei Zimmern mit Küche enthalten, die gegen billige Miete besonders an Arbeiter, die längere Zeit in städtischen Diensten gestanden, sowie an kinderreiche Arbeiterfamilien vermietet werden. Ferner sollen Arbeiterherbergen gebaut werden mit kleinen separierten Zimmern

für ledige männliche und weibliche Arbeiter, einem gemeinsamen Aufenthaltsraum und anderem Zubehör.“

Die Art, die Zahl und die Mietspreise der auf diesen Beschluß hin gebauten Familienwohnungen werden aus folgender Tabelle ersichtlich:

Art der Wohnung	Zahl der Wohnungen	Monatlicher Mietspreis deutsche Reichsmark.
1 Zimmer	30	16—22
1 Zimmer u. Küchenabteil	63	20—25
1 Zimmer und Küche ...	13	35—36

Zu jeder Wohnung gehören ein Vorgang, zwei Keller, Abort und ein Bodenverschlag.

Die Grundsätze für die Vermietung der Wohnungen in den Helsingfors kommunalen Arbeiterhäusern hat der Stadtrat am 28. April 1908 folgendermaßen formuliert: An erster Stelle sind die Wohnungen für bei dem Gaswerk, bei der Wasserleitung, auf dem Materialhof und bei anderen städtischen Einrichtungen angestellte Arbeiter bestimmt, deren Ansiedlung in der Nähe der betreffenden Beschäftigungsstelle wegen der leichteren Beschaffung von tauglichen Arbeitskräften wünschenswert ist. In dem Maße, als Wohnungen vorhanden sind, sind als Mieter solche Bewerber zu bevorzugen, die a) längere Zeit in städtischen Diensten fest angestellt waren und eine tadellose Führung gezeigt haben, sowie b) die kinderreichsten Familien.

Über die Mietszeit hat der Stadtrat die Bestimmung getroffen, daß die Verpflichtung für je ein Jahr gilt, mit der Einschränkung, daß der Mietsvertrag bei Verziehen des Mieters oder bei seinem Ausscheiden aus dem kommunalen Dienst mit Anfang des folgenden Quartals erlischt. Die Inhaber der Wohnung dürfen nicht exmittiert werden, Die Mieter dürfen die Wohnungen nicht an andere Personen vermieten (Aftermiete), widrigenfalls der Vertrag als aufgelöst gilt und der Mieter am Anfang des nächsten Quartals auszuziehen hat.

Zugleich hat der Stadtrat die Aufsicht über diese Wohnungen einer Kommission übertragen, die sich aus drei Mitgliedern zusammensetzt und deren Aufgabe es ist, nach eventueller Beratung mit den Leitern der städtischen technischen Einrichtungen 1. die Reihenfolge zu bestimmen, in der die Bewerber eine Wohnung erhalten; 2. den Mietzins für die betreffende Wohnung zu bestätigen; 3. die allmonatlich abzufassenden Berichte an die städtische Finanzverwaltung zu revidieren und die Verantwortung dafür zu übernehmen; 4. die Streitigkeiten zu schlichten, die möglicherweise zwischen den Mietern entstehen und die diese nicht durch Vergleich beilegen können; 5. die Mietverträge zu entwerfen und zu unterzeichnen und 6. die Hausordnungen auszuarbeiten.

Diese kommunalen Mietswohnungen sind übrigens vollständig von Arbeitern der Gemeinde und ihren Familien besetzt worden, außer dem Ledigenheim, in das mangels darauf reflektierender Gemeindearbeiter andere Arbeiter als Mieter aufgenommen werden mußten. Am gesuchtesten sind die billigen, aber bequem gebauten Einzimmerwohnungen; in der Stadt wird über Mangel an solchen geklagt. Auch das ist ein Beweis dafür, wie bescheiden die Ansprüche sind, die die finnischen Arbeiter selbst in der Hauptstadt an den Raum ihrer Wohnungen stellen zu dürfen glauben. Ferner soll erwähnt werden, daß die Stadt Helsingfors auf einem anderen Gebiete 13 Häuser baut, die gegen Ratenzahlung verkauft werden sollen.

Dem Stadtrat von Abo war 1904 ein Vorschlag des folgenden Inhalts unterbreitet worden:

Um die Wohnungsverhältnisse der unbemittelten Arbeiterbevölkerung in Abo zu verbessern, wie auch um die herrschende Wohnungsnot zu lindern, sollte seitens der Gemeinde versuchsweise an mehreren Punkten in der Stadt eine Anzahl Arbeiterwohnungen gebaut werden, die die Stadt an Arbeiter, besonders an unbemittelte, kinderreiche Familien vermieten sollte. Der Mietspreis sollte so billig gestellt werden, daß durch ihn bloß die niedrigen Zinsen des Baukapitals und die Erhaltungskosten gedeckt werden. Über diesen Vorschlag wurde dem Stadtrat erst im Frühjahr 1909 ein Gutachten abgegeben und im Anschluß daran beschloß er u. a., den Vorschlag zunächst abzulehnen, aber doch zwei Häuser, eines für tuberkulose Männer und eines für tuberkulose Frauen, zu bauen. Für diesen Zweck, durch den gewisse hygienische Mängel des Schlafgängerwesens gemildert werden sollten, wurden 80 000 Mark angewiesen.

In weiterem Umfange haben ferner die Stadtgemeinden Kredit für die Herstellung von Wohnungen gewährt. Die häufigste Kreditform ist die Kreditierung des Kaufpreises für das Grundstück. Für direkten Baukredit hat die Stadt Tammerfors einen besonderen „Arbeiterbaufonds“ und zu demselben Zweck sind einzelne Städte, wenn auch zunächst ohne Erfolg, beim Staate um Gewährung von Darlehen zu niedrigem Zinsfuß eingekommen.

Für die Gründung von Baudarlehensfonds sind, wie erwähnt, die Städte Porvoo, Wiborg (1906) und Uleaborg (1907) um Amortisationsdarlehen zu billigem Zinsfuß aus staatlichen Mitteln eingekommen. Wiborg um 300 000, die anderen um je 100 000 Franks.

Die städtische Finanzverwaltung von Wiborg und ein für die Angelegenheit eingesetztes Komitee haben bei der Bearbeitung der Wohnungsdarlehensfrage dieser Stadt vorgeschlagen, welche Bestimmungen für die Darlehensempfänger zu gelten hätten und zwar betreffen diese Vorschläge die Höchstzahl der Wohnungen auf einem Grundstück, die höchste Zimmerzahl der Wohnungen, die geringste Bodenfläche der Gebäude und Zimmer und die Mindesthöhe der Zimmer, die Prüfung und Genehmigung der Anlage und der Zeichnungen der Gebäude, die Anlegung eines Nutzgartens auf dem Grundstück, die Überlassung der Baulichkeiten, die Aufnahme von Mietern in die Wohnung nur mit Zustimmung der städtischen Finanzverwaltung usw. Die Darlehen sollen zum Bau von Wohnhäusern auf verschiedenen Parzellen des der Stadt gehörigen Gutes Papula gewährt werden.

Ähnliche Bestimmungen sind auch in den Beschlüssen des Stadtrates von Uleaborg vom Frühjahr 1907 enthalten. In ihnen ist das Schlafgängerverbot durchgeführt.



CHRONIK

DIE deutsche Gartenstadt-Bewegung: Städte sind zu allen Zeiten neu begründet worden; Konzentration oder Lokalisation des Verkehrs waren meistens die Ursachen, eine maßlose Anhäufung von Menschenmassen die Folge. Mit Stolz nannte man die Zahlen seiner vaterstädtischen Bevölkerung, aber dieser vermeintliche Vorteil mußte erkauft werden mit Überteuierung des Bodens und der Lebensmittel, mit dem Zusammenpferchen der Menschen in Mietskasernen, mit elender Luft, Mangel an Grün, nervöser Zerrüttung, hoher Kindersterblichkeit usw.

Hier setzt die Gartenstadtbewegung ein. Die Städtezentren bewußt der wohnungsfreien Citybildung überlassend, sucht sie mit leisen Zwang die Menschheit zu einer Art „Rückkehr zur Natur“ zu bewegen. Planmäßig kolonisiert sie die Umgebungen der großen Städte, oft auch das flache Land, die Billigkeit des jungfräulichen, bisher nur landwirtschaftlich benutzten Bodens, die natürliche Schönheit des Geländes bewußt ausnützend. Wo sie kann, sucht sie städtische oder staatliche Hilfe zu sich heranzuziehen, sucht Künstler mit Verständnis für Terraingestaltung und harmonischer Pianaufteilung sich dienstbar zu machen. Vieles ist in den wenigen Jahren der Gartenstadtbewegung schon erreicht worden: wer mit offenen Augen nach Hampstead geht, kann heute schon wahre Wunder erleben. Das meiste ist noch der Zukunft überlassen.

Das erste Ziel natürlich ist es, den Boden so wohlfeil wie möglich zu erwerben und ihn durch alle erdenklichen Vorsichtsmaßregeln vor dem Terrainspekulantentum und den Bauwucherern zu sichern. Der Wertzuwachs, der sich bei unserer heutigen

Wirtschaftsweise überall, wo geschäftige Menschen beisammenwohnen, einstellt, muß allen jenen gesichert werden und zugute kommen, die ihn verursacht haben: gerechterweise kann dies nur die Gesamtheit sein. Darf nur die Gartenstadtgemeinde oder Gartenstadtgenossenschaft Boden besitzen, ist der private Landbesitz ausgeschaltet, so sind in dieser Hinsicht keine Schwierigkeiten zu erwarten und der gesamte Wertzuwachs kann dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Aus seinen Fonds sollen Einrichtungen entstehen, die allen nützen: Bäder, Spielplätze, Parks, Sonnenbäder, Lesehallen, Bibliotheken, Volksheime, Vorlesungskurse, unentgeltliche Konzerte, Theater, Museen, unentgeltliche ärztliche Behandlung, Mütterheime, Landerziehungsanstalten, Kinderheime und tausend Dinge mehr, die sich eine hohe demokratische Phantasie auszudenken vermag.

Ist diese juristische und ökonomische Vorbedingung klargestellt, so ist die baukünstlerische Gestaltung der neuen Siedlung die nächste Sorge. Die Schönheit und natürliche Form des Terrains soll überall erhalten werden, ja durch die Form der Bebauung und Bepflanzung gesteigert werden. Nirgends sollen vielstöckige Miets Häuser, deren falsche äußere Pracht uns vergeblich über das innere Elend und über den Verlust des traulichen Alleinwohnens hinwegtäuscht, unser Auge beleidigen. Nirgends darf ein Protztempel laut werden, nirgends eine aufdringliche Reklame unsere Ruhe vernichten. (Um dies zu verstehen und zu würdigen, muß man einmal in der Gartenstadt Hellerau spaziergegangen sein.) Jeder soll sein eigenes Häuschen besitzen, als Mietsbesitz oder Eigentum, jeder seinen eigenen Garten. Das Land soll

so locker bebaut sein, daß Garten- und Parkland dominiert, die Häuschen wie eingestreut erscheinen. Wohl gepflegte Vorgärten, malerische Bepflanzungen erscheinen uns überall wie Verheißungen auf die Fruchtbarkeit der Gärten, die hinter den Häusern liegen; gesunde, glückliche Kinder spielen dort, die Statistiken der Städte zeigen uns, daß die Jugend der Gartenstädte von Krankheit und Tod unendlich viel weniger heimgesucht wird wie die Jugend der Großstädte. Die erwachsene Bevölkerung ist von einem neuen Gemeinschaftsgeist erfüllt, selbstbewußt, friedlich und sozial . . . wie nur in den besten Zeiten des Mittelalters.

All dies hat schon in unseren Tagen begonnen. Seit dem Erscheinen von Ebenezer Howards Buch „Garden Cities of to-Morrow“, seit der Gründung der englischen Gartengesellschaft wächst die Bewegung von Tag zu Tag. Alle Kulturstaaten sind schon davon ergriffen, die große Allgemeinheit, die es am meisten angeht, weiß aber noch wenig davon. Seit die Terrainspekulation den Namen Gartenstadt ebenfalls sich zugelegt hat, verwechselt man die Gartenstadtbewegung, die doch alle Klassen der Bevölkerung in ihren Kreis ziehen will, mit Villenkolonien oder ähnlichem.

Die deutsche Gartenstadtgesellschaft, die auf eine fast zehnjährige Tätigkeit zurückblickt, läßt nun eine neue, starke Werbeschrift erscheinen, die Bericht über die bisherige Arbeit in Deutschland gibt, die Fernstehenden heranruft, die Säumigen ermuntert, die Unwissenden benachrichtigt *). Der erste Teil des Buches

orientiert über die Geschichte der Gartenstadtbewegung in Deutschland, ein theoretischer Teil bespricht die Beziehungen der G.-B. zu Heimatschutz, Städtebaukunst, Kulturentwicklung, Kunst, Frauenfrage, Arbeiterbewegung, Konsumgenossenschaften usw., und wirkt durch die Fülle der Problemstellungen überaus anregend. Am bedeutendsten sind selbstverständlich die Sonderberichte, die über das bisher in Deutschland Geleistete Nachricht geben. An diesen Informationen kann kein Volkswirt, kein Wohnungsreformer, kein Sozialpolitiker achtlos vorübergehen. An verschiedenen Orten ist tatsächlich der Nachweis erbracht worden, daß die Einfamilienhauswohnung samt Garten zu niedrigerem Preise geboten werden kann wie eine Wohnung gleicher Größe in der benachbarten Stadt. Häuschen mit drei Zimmern, Wohnküche, Spülküche, Bad, Boden und Keller zum durchschnittlichen Preise von etwa 300 M. sind fast in allen Ansiedlungen. Geradezu Herrliches hat Hellerau geleistet, die bisher größte Ansiedlung dieser Art in Deutschland.

Auch sonst wird das Buch vielen etwas bringen. Wer für die Probleme der Innenkolonisation, der Industrie-dezentralisation, der Industrialisierung der Kleinstädte, des Städtebaues, der allgemeinen Hygiene, der ethischen Kultur Interesse hat, wird hier lebhaft Anregungen empfangen. Namentlich aber sei dies Buch allen ernstesten Sozialreformen und Kommunalpolitikern wärmstens empfohlen.

Dr. Max Ermers,
Berlin.



*) Die deutsche Gartenstadtgesellschaft. Zusammenfassende Darstellung über den heutigen Stand der Bewegung. Mit zahlreichen Abbildungen und Plänen. Berlin—Schlachtensee 1911. Verlag der Deutschen Gartenstadtgesellschaft,

Eine Gartenstadt für Knaben:
Eine neue Gartenstadt wird eben in England durch die allberühmte Stiftung von Dr. Banoda für verwaiste und verlassene

Kinder errichtet. Die letztere hatte bis nun 70 436 Kinder in Pflege genommen und während ihres 40jährigen Bestandes 25 000 Heimstätten in den englischen Kolonien für ihre Pfleglinge geschaffen. Die neue Gartenstadtgründung hat den Zweck, die Knaben für ihr künftiges Lebenswerk als Kolonisten vorzubereiten. Ein Landstück bei Woodfordbridge, 50 km nördlich von London, wurde zu diesem Zwecke auserwählt; ein Landgut, das früher dort gelegen, wurde für 120 000 Mark angekauft und sofort mit dem Bau von 28 Häusern zu einem Durchschnittspreis von 36 000 Mark begonnen; in jedem Hause sollen 30 Knaben wohnen, zusammen 840 Knaben, denen so die Möglichkeit des Sports, der Betätigung in freier Luft geboten wird. Die Häuser sind in heiterer Unregelmäßigkeit gebaut, ein jedes hat seinen Garten unabhängig von dem des Nachbarhauses.

Felder zu Schulzwecken liegen dazwischen, ebenso Gemüse- und Obstpflanzungen. Ein Hospital und ein Schwimmbad sind gleichfalls vorgesehen.

Man hofft so, den Knaben eine Erziehung geben zu können, die ihrem künftigen Berufe als Landwirte in den weiten Ebenen Kanadas, näher liegt als eine Erziehung auf städtischem Boden.



Gartenstädte in Frankreich: Nach dem Muster der englischen Gartenstadtbewegung ist nun auch in Frankreich eine Gesellschaft entstanden, welche gleiche Ziele verfolgt, die Association des Cités jardins de France. Bisher hat sie erst ein Arbeiterdorf bei Bourges nach ihrem Plane errichten lassen; weitere Pläne aber werden vorbereitet. Die Gesellschaft glaubt, eine Gartenstadt mit 1200 mit Gärten umgebenen Häusern zu einem Durchschnittspreis von 5000 Franks, somit zusammen 6 Millionen Franks, herstellen und 5000 Personen dadurch Wohnung geben zu können. Der Gedanke wird in Frankreich ebenso wenig Utopie bleiben, als er es in England geblieben ist.



POLITISCHE ENTWICKLUNG

PROFESSOR DR. R. BRODA, PARIS: DAS FINNISCHE PROBLEM*).



HERAUS häufig in der Weltgeschichte ist der Fall schwacher oder kleiner Völker, welche der Kriegsgewalt übermächtiger Nachbarn erliegen oder durch andere geschichtliche Wandlungen an dieselben gekettet werden und die Aufsaugung ihrer Kultur, deren Aufgehen in der der mächtigeren Genossen erdulden müssen. Aber, so sehr den rein menschlichen Leiden, die mit dieser Unterdrückung stets verbunden

*) Auf Grund von Beobachtungen auf einer im Auftrage des „Instituts für den internationalen Austausch fortschrittlicher Erfahrungen“ unternommenen Vortragsreise.

sind, unser Mitgefühl gebührt: so handelt es sich in der Regel doch nur um Assimilierung oder Beseitigung einer m i n d e r entwickelten Kultur durch eine höher entwickelte (siehe die Polen in Deutschland, die Irländer in Großbritannien, die Ruthenen in Österreich, die Philipinos auf ihrer Heimatsinsel usw.), oder aber um eine wohl höher entwickelte Kultur, die aber von innen heraus vermorscht und bloß des Angriffes durch eine gesunde Macht harrt, um vom Erdboden gelöscht zu werden (Rom durch die Germanen, das Neugriechische Reich durch die Türken). Eine dritte Möglichkeit ist der Mangel gewisser Eigenschaften, die bei aller Verfeinerung der Kultur eines Volkes ihm doch im Daseinskampf unentbehrlich sind (die Inder).

Nur selten aber in der Weltgeschichte hat sich das traurige Geschehnis begeben, daß ein Volk im Vollbesitze aller Kulturkräfte, durchaus gesund und lebensstark, von einem Volk mit tiefer stehender Kultur, ja selbst tiefer stehender politischer Begabung umklammert, seiner Kultur beraubt wird, einzig deshalb, weil eine ungünstige g e o g r a p h i s c h e Lage es zur Nachbarschaft eines an nackter Zahl 50mal überlegenen Volksstammes verdammt, wobei eben dieser isolierten Lage wegen wirksame Anlehnung an andere stammverwandte Kulturvölker ausgeschlossen wird.

Eben dies ist der Fall Finnlands.

Doppelt bedeutungsvoll für die ganze Menschheit wird sein Geschick deshalb, weil seine Kultur nicht bloß, gleich anderen europäischen Hochkulturen, aus sich selbst ein Kunstwerk gestaltet hat, das in eigener Verfeinerung die menschliche Kultur bereichert: Weil Finnland vielmehr in mehreren politischen und sozialen Beziehungen die F ü h r u n g der europäischen Kulturwelt übernommen hat, weil es ein s o z i a l e s L a b o r a t o r i u m darstellt, in dem kühne Reformgedanken zum erstenmal ihre praktische Anwendung finden, von dem aus Erfahrungen hinausgehen können, zunächst zu den stamm- und kulturverwandten Völkern des skandinavischen Nordens, dann in die weite Welt, überall zu sozialen und kulturellen Fortschritten anregend.

Betrachten wir die wichtigsten solcher vorbildlichen Reformen Finnlands, wie sie nur in den letzten sechs Jahren geschaffen wurden, nachdem Finnland schon seit Jahrzehnten durch musterhafte Volkshochschulen in allen Städten und Dörfern des Landes ein schönes Beispiel bewußten Kulturfortschrittes gegeben hatte.

Zunächst hat sich Finnland im Jahre 1905 ein Parlament geschaffen, das als erstes in Europa völlige Allgemeinheit des Stimmrechts im Verein mit durchaus proportioneller Vertretung aller politischen Parteien und damit die reine Idee der absoluten Gerechtigkeit auf diesem Felde verwirklichte.

Auch die Frauen besitzen auf Grund dieses Wahlgesetzes das aktive und passive Wahlrecht und die günstigen Ergebnisse des finnischen Frauenstimmrechtes, des ersten diesbezüglichen Versuches auf europäischem Boden*), haben wohl in erster Linie dazu beigetragen, daß auch Norwegen seinen Frauen das Stimmrecht gab und daß der weitere Siegeszug der Idee sich wohl nicht mehr wird aufhalten lassen.

Vermöge des Fraueneinflusses auf das politische Leben hat der finnische Landtag alsdann jene bedeutsamen Gesetze geschaffen, durch die Einfuhr, Erzeugung und Verkauf von Alkohol verboten wird. Wieder eine für Europa einzigartige, nach Möglichkeiten ferner Zukunft hinweisende Reform.

*) Siehe meinen Aufsatz in der Juli-Nummer 1910 dieser Zeitschrift.

Auf kleinem Felde hat Finnland zuerst in Europa die *Nacharbeit* im Bäckereigewerbe verboten und damit eine wesentliche Anregung zu jener Bewegung gegeben, die in den letzten Jahren in der Schweiz und in Frankreich eingesetzt hat und in Frankreich eben jetzt im Begriffe ist, zum gleichen Ziele zu führen.

Noch manche anderen beispielgebenden Reformen Finnlands, in der kurzen Zeitspanne seit dem Generalstreik im Jahre 1904, der dem Lande für kurze Zeit die unabhängige Betätigungsmöglichkeit gab, geschaffen, könnten hier angeführt werden.

Müssen diese Kulturdienste, die Finnland für Westeuropa geleistet, seinen Anspruch auf Mitgefühl u n s gegenüber begründen, so mag gerechterweise zugegeben werden, daß Rußland an diesen beispielgebenden Reformen keinerlei Interesse zu nehmen veranlaßt ist, im Gegenteil, die freiheitliche Verfassung Finnlands mag den herrschenden Klassen Rußlands in ihrem Bestreben, die fortschrittliche Entwicklung des eigenen Volkes zu unterbinden, eher lästig fallen. Auch der konservative russische Staatsmann kann jedoch nicht mit gutem Glauben in Abrede stellen, daß Finnland trotz aller Behinderung, die ihm seit einem ganzen Jahrhundert von russischer Seite geworden, heute noch Rußland auch in solchen Beziehungen, materieller und geistiger Kultur überlegen, beispielgebend gegenüber tritt, über deren Wert und Unwert es keine Meinungsverschiedenheit geben kann.

Die Hälfte der russischen Bevölkerung besteht aus Analphabeten, während diese in Finnland noch nicht 1% der Bevölkerung erreichen, weniger selbst, als in den alten Kulturländern Frankreich und England. Die finnische Staatsverwaltung ist musterhaft, seine Beamten unbestechlich und von Pflichttreue erfüllt, seine Richter unparteiisch, seine Volksmassen von glühender Vaterlandsliebe durchdrungen, während es bekanntlich auch den russischen Patrioten mit Schmerz und Erbitterung erfüllt zu sehen, wie die ganze Verwaltung des Reiches durch Korruption von unten bis oben, vom Größenwahn der unteren Funktionäre, vom Mangel an Verantwortlichkeitsgefühl seitens der oberen Schichten und von der völligen Gleichgiltigkeit der Massen gegen die Geschicke des Staates (wurde doch bereits im Volke der Wunsch nach einem Siege Japans laut) zerfressen wird.

Wer etwa von Petersburg, das heute noch keine Kanalisierung hat, wo die Straße, die an Börse, Universität und Kunstakademie vorüber führt, derart mangelhaft gepflastert ist, daß man im Wagen all der Löcher wegen kaum vorwärts kommt, wo man, obwohl Bürger der Metropole eines ungeheuren Reiches, einen geschlossenen Mietswagen überhaupt nicht kennt, nur kleine, auch im Winternebel offene Karrenwägelchen — wer von hier, sage ich, nach den finnischen Städten Wibourg und Helsingfors kommt mit ihrer rein westeuropäischen Ordnung und ihrer echt finnländischen Sauberkeit, dem muß sich die Erkenntnis aufdrängen: Nein, auch vom Standpunkte jener oberen Volksklassen, die in Rußland regieren, welche die demokratischen und sozialen Reformen Finnlands nicht als kulturell gelten lassen würden, die aber an Kanalisierung und guten Straßen mitinteressiert sind, wie jedermann, kann die Höherwertigkeit der finnischen Staatsverwaltung einer Diskussion nicht unterliegen.

Nur ein Beispiel aus dem Bahnwesen sei noch erwähnt.

Die finnischen Staatsbahnen entsprechen mit der Präzision ihrer Züge, der Geräumigkeit ihrer Bahnhöfe, mit ihren ausgezeichneten Schlafwagen, der Höflichkeit und Sprachkundigkeit ihrer Bediensteten den besten west-

lichen Vorbildern. In Rußland sind die Wagen 2. und 1. Klasse gewiß auch bequem, weil die leitenden Schichten hierauf als ihrem Selbstinteresse bestehen, aber im übrigen wird das Reisen für den Fremden zur Qual. Auf der Strecke von Riga nach St. Petersburg, welche die beiden modernsten Städte Rußlands verbindet, durch ein sozial und kulturell weit höher entwickeltes Land, als den Rest des Reiches, gibt es täglich bloß einen und daher in schlimmster Weise überfüllten „Schnellzug“, der die eingleisige Strecke mit der Geschwindigkeit eines deutschen Lokalbahnzuges durchfährt.

Die Bahnhöfe von Riga und Dorpat, gleichfalls in der Größe von deutschen Lokalbahnstationen, sollen gelegentlich einen Andrang vieler Hundert Personen bewältigen. Die Kassenschalter, welche, aus Furcht vor „Expropriatoren“ festungsartig angelegt sind, bieten nur eine winzige Luke zum Verkehr zwischen Publikum und Beamten, wobei die Lösung der Billette endlos hinausgezogen wird.

Fragt man einen Sachkundigen, warum nicht einmal hier „am grünen Holze“, im reichsten Bezirke Rußlands, eine moderne Bahn gebaut würde, so hört man: Weil der Gesellschaft die Geldmittel fehlen — und schüttelt angesichts des Andranges der Reisenden, die doch ausgezeichnete Einnahmen geben müßten, den Kopf. Die Erklärung wird später im vertraulichen Gespräch gegeben: „Die landeskundigen Reisenden bezahlen überhaupt nicht, sondern werden nach Abgabe einiger Kopeken vom Türsteher durchgelassen, worauf sie sich in ähnlicher Weise den Schaffner zum Freund gewinnen, um nur im Notfalle (wenn der Kontrolleur — meist ein vom Staat beordeter Student — kommt) ein Teilbillet zu lösen. So reisen sie, ohne der Bahngesellschaft einen Pfennig zu bezahlen“ — und dies kann nicht die Mittel zur Instandsetzung der eingleisig verwalteten Bahn einbringen.

Die gleiche Kluft wie zwischen den Verwaltungsstätten in Rußland und Finnland besteht auch zwischen den Volkssitten. Auf russischer Seite Betteln und — Fremden gegenüber — stete Übervorteilungsversuche; in Finnland auch auf diesem Gebiet peinliche Korrektheit und Zurückhaltung.

Viele finnische Offiziere haben übrigens im russischen Heer, finnische Beamte in der russischen Verwaltung höchste Posten erklommen; eben weil sie ihre nationale Tugend des Pflichtgefühls, die man leicht auf ihren richtigen Wert einzuschätzen gelernt, in die neue Betätigungssphäre mitbrachten.

Die finnischen konstitutionellen Kämpfe wurden mit streng gesetzlichen Mitteln und, als das Übermaß der Unterdrückung keinen anderen Ausweg ließ, durch einen Generalstreik ausgefochten, gegenüber den anarchischen Methoden russischer Gewohnheitsattentäter und Expropriatoren. Wieder ein Moment, das auch vom Standpunkt der leitenden Klassen Rußlands den vorgeschrittenen Grad finnischer Kultur klar erkennen lassen sollte.

Wir können also zusammenfassen, daß es sich bei den russischen Versuchen, die selbständige politische und kulturelle Entwicklung Finnlands zu ertöten, im russischen Milieu aufgehen zu lassen, um die Gefährdung der höchst entwickelten Kulturpotenz im russischen Gesamtgebiete, um die Vertrocknung auch für Westeuropa erquickender Kulturquellen, handelt.

In welcher Weise sucht man diese verderblichen Ziele zu erreichen? Morgen vielleicht durch offene Gewalt, heute noch durch bloße „Obstruktion von oben“, durch Lahmlegung finnischer Gesetzgebung, welcher die Sanktion des Zaren versagt wird, durch Zerrüttung der finnischen Finanzen, durch unfähige, nach Helsingfors entsandte russische Beamte, durch Zersetzung

des ehrlich korrekten finnischen Beamtenkörpers. All dem setzt die finnische Bevölkerung ihre, in langen Leiden gewordene Tugend der Selbstbeherrschung und Geduld entgegen und, wenn der erwartete Tag kommt, da Rußland den Mantel abwirft und die finnische Freiheit mit offenem Griff knebelt, dann wird man in passiven Widerstand, in Bewahrung dessen, was man in lokalen und Familienkreisen an Kultur erhalten kann, besserer Tage harren.

Die Besten des russischen Volkes aber sollten begreifen, eine wie heilige Pflicht es wäre dem Morde der finnischen Kultur entgegenzutreten. Die Solidarität europäischer Kultur aber sollte in einmütiger Aktion für Finnland unser „soziales Laboratorium“ eintreten und eben hierin eine neue, schöne Probe ihrer werdenden Kraft bestehen.

CHRONIK

NEUES aus der belgischen Kongokolonie: Soeben macht die Nachricht ihre Runde durch die Zeitungen, daß Belgien Ernst mache mit Einführung der vollkommenen Handelsfreiheit im Kongo, und zum Beweise werden die Abkommen mit drei jener Gesellschaften angeführt, welche sich durch rücksichtslose Ausnützung ihrer Konzessionen hervortaten. Die Abir- und Anversoisegesellschaften werden, statt ihres bisherigen allgemeinen Monopols auf ein Gesamtgebiet, auf kleinere Länderstrecken eingegrenzt, die sie innerhalb 30 Jahren erschließen, d. h. in Anbau nehmen sollen, um sie alsdann zu Eigentum zu erwerben. Was nun freilich mit den Eingeborenen geschehen wird, welchen es beschieden ist, auf diesen Reservaten der zwei Gesellschaften sich zu befinden, kann nur als bange Frage vermutet werden, wenn man weiß, daß ja die ungeheure Mißhandlung der Schwarzen es war, welche die belgische Regierung zwang, schon vor 3 Jahren die Verwaltung der Abir- und Anversoisegebiete in Regie zu nehmen.

Mit der Kasai ist das Abkommen einfach: sie zahlt 11 Millionen bar an die Regierung, diese gibt ihr die, von Leopold II. her ererbten 50 Prozent-Aktien heraus, und die Gesellschaft hat nun zwar keine Privilegien und kein Monopol mehr, hat aber vor allen, die unter dem neuen Titel der Handelsfreiheit sich festsetzen wollen, den tatsächlichen Vorsprung des beatus possidens voraus: sie hat alle Fäden in der Hand. Immerhin mag man in diesen Abkommen das Streben sehen, die Konzessionsgesellschaften, deren Walten die Kolonie dem schnellen Verfall entgegenzuführen droht, los zu werden, denn vorher ist eine befriedigende Organisation ganz ausgeschlossen.

Was nun aber die Aufrichtigkeit dieses Strebens wiederum zweifelhaft erscheinen läßt, ist die neueste Gründung einer geradezu gewaltigen Konzessionsgesellschaft im belgischen Kongo, unter Umständen, welche die ohnehin schon so hart bedrängten Schwarzen des letzten Pekuliums zu berauben drohen, das ihnen noch blieb, um sich — wenn überhaupt einmal — zu

einiger wirtschaftlicher Selbständigkeit zu erheben.

Nächst dem Kautschuk, der in großen Gebieten schon erschöpft ist, und den der Weiße in Beschlag nimmt, ist der letzte wertvolle Besitz des Eingeborenen die Ölpalme. Die Frucht liefert ihm Nahrung, sie liefert ihm das einzige Fett jener Völker: das Palmöl, das zur Speise, zur Beleuchtung, zu kosmetischen und hygienischen Zwecken ihnen unentbehrlich ist und das einen höchst begehrten großen Handelsartikel darstellt, so zwar, daß z. B. die englische Goldküste 1909 an Palmkernen und Öl für 233 000 Pfund Sterling, und Nigeria 1910 an Palmkernen 172 000 Tonnen für 2 450 000 Pfund Sterling ausführte: all das das Produkt der Arbeit der freien schwarzen Grundbesitzer. Bisher wurde im belgischen Kongo diese Quelle künftigen Aufschwungs der einst einmal von ihrer Sklaverei zu befreienden Schwarzen nicht angetastet, weil man nur auf Gummi und Elfenbein ausging.

Erst jetzt geht man daran, einer mächtigen englisch-belgischen Gesellschaft, deren Seele das größte Seifenhaus Englands (Sunlight) ist, auch die Ölpalme des Kongo in Konzession zu geben. Dieser Société anonyme des huileries du Congo Belge, mit 30 Millionen Franken arbeitend, ist die Wahl eingeräumt, in 5 Distrikten, zusammen zweimal so groß als Belgien, sich die besten Palmenbestände, je von 75 000 ha, auszusuchen, um sie während 33 Jahren fest, monopolistisch und ausschließlich auszubeuten, gegen einen jährlichen Pachtzins von 25 Cts. per ha. Den Einwohnern dieser Gebiete, deren Eigentum an all diesen Palm-

beständen nach genauer Feststellung von E. D. Morel an Hand vieler Zeugnisse unbezweifelt ist, bleibt nunmehr lediglich übrig, als Tagelöhner zu einem Minimallohn von 25 Cts. per Tag von 8 Arbeitsstunden die Früchte zu Händen von Fremden einzusammeln, die Früchte, welche bestimmt waren, ihnen in bessern Zeiten endlich ein ökonomisches Emporkommen durch Handel zu sichern! Natürlich ist dies Abkommen, welches das Los der Schwarzen als Heloten völlig besiegelt, mit allerlei humanitären Klauseln verbrämt: Spitäler, Ärzte, ja selbst Schulen sollen dieser Tagelöhnerbevölkerung hergestellt werden, auch sollen ihnen — welche Großmut! — die Palmen, die bereits auf ihren Ansiedelungen stehen, gelassen sein. Nicht einmal ein bescheidenes Minimum von Gewinnanteil ist den Schwarzen zugesichert, während doch nachweislich alle Palmen im Kongo nach Eigentum und Nutzung einer Dorfgemeinde zugehören, und es einen Kriegsfall darstellt, wenn je eine Dorfschaft der andern in den Palmertrag eingreift.

Dies ist die neueste Entwicklung der Handelsfreiheit und der Hebung der niedergetretenen Eingeborenen im Kongo: man dehnt das für die Mineralschätze des Bodens übliche System auch auf die noch übrige vegetabilische Reserve aus, welche dem hungernden Volke (au Congo il règne la privation, la misère noire, la misère générale: M. Tibbaut in der belgischen Kammer) noch die letzte Grundlage zu einer menschenwürdigen Entwicklung gewährt hätte.

Dr. H. Christ,

Vizepräsident der schweiz. Kongoliga.

MORALISCHE & RECHTS- ENTWICKLUNG

CHRONIK

IMPFZWANG-GEGNER: Vom 8. bis 10. September d. J. fand in Frankfurt a. M. der große 5. deutsche und der 3. internationale Impfwanggegner-Kongreß statt, außerdem die 1. Tagung der impfwanggegnerischen Frauen Deutschlands und eine Zusammenkunft der Mitglieder des Vereins impfwang- und vivisektionsgegnerischer Ärzte. Die Impfgegner verlangen eine Prüfung und Änderung des Reichsimpfgesetzes von 1874 in bezug auf die heute bestehenden Verhältnisse. Die Furcht der Regierung vor dieser Prüfung, wie sie in den drei letzten Reichstagsverhandlungen zum Ausdruck kam, ist völlig unerklärlich. Namhafte Impffreunde geben neuerdings zu, daß der geglaubte Schutz vor den Pocken nicht einmal zwei Jahre anhält. Desto unverständlicher ist es, gerade die kleinen Kinder dieser Einverleibung eines anerkannten Giftes auszusetzen, nachdem sie gerade genug mit ihrem Aufbau zu tun haben. Die Impfgegner stellen außerdem den Satz auf, daß, wenn die Impfung wirklich schützte, was noch nicht bewiesen ist, nur behauptet wird, daß dann die Geimpften, d. h. Geschützten, keine Angst vor Ansteckung zu haben brauchten von seiten der Ungeimpften.

Wir wissen, daß wir unseren Pockenschutz nur unseren verbesserten hygienischen Verhältnissen verdanken, nicht der Aufbesserung un-

serer Rasse mit Hilfe des Rindviehes. Japan, Indien und Italien impfen besser oder mindestens ebenso gut als wir und haben alljährlich ungeheure Zahlen an Pockentoten; Österreich, England und die Schweiz impfen entweder gar nicht oder sehr mangelhaft und sind bedeutend besser daran als wir. Bei uns im Reich nimmt trotz aller Impfereien die Pockenzahl langsam aber sicher zu. In den Jahren 1870/73 waren von den 120 000 Pockentoten des Reichs 97% geimpft und 40% wiedergeimpft.

Die Impfgegner sind der Überzeugung, daß das Impfdogma nicht mehr aufrecht erhalten werden kann, am allerwenigsten mit Polizeigewalt und Inquisition, nachdem 1. der Schutz nicht erwiesen ist, 2. aber sicher und nachweisbar und von der Regierung bestätigt, alljährlich viele blühende Kinder ihr Leben dafür lassen müssen. Die Impfgegner fordern deshalb immer stürmischer die Beachtung des Reichsimpfgesetzes von 1874 oder die Einführung der Gewissensklausel nach englischem Muster, wonach die, welche impfen lassen wollen, dies so häufig zu tun als sie Lust haben, wonach aber die, welche in der Impferei einen grauenhaften Wahn sehen, davon befreit sind, sobald sie das vor der Behörde schriftlich oder mündlich erklären.

Wegener,
Frankfurt a. M.

NEUE LITERARISCHE TENDENZEN

ERICH LILIENTHAL, BERLIN: DIE „ALTEN“ KÜNSTE UND DIE NEUE ZEIT. (DIE TÄNZERIN GRETE WIESENTHAL UND HUGO VON HOFMANNS-THALS PANTOMIMEN.)

(Nachdruck verboten.)

EIN Jahrhundert und mehr haben sich kluge Köpfe, geniale Schriftsteller, bemüht, die Grundregeln der Dramatik festzulegen. Die Bibliographie der Schriften über die Technik des Dramas, über die verschiedenen Dramaturgien, die seit Lessing in Deutschland allein verfaßt worden sind, wäre für sich schon ein starker Band. Noch vor zwanzig Jahren, ja vielleicht noch vor zehn Jahren, konnte ein Kritikus vorwiegend nur dadurch seinen Bildungs- und Befähigungsnachweis erbringen, daß er sein Lob oder seinen Tadel irgendwie klassisch verbrämte und von den großen Theorien sprach, an die ein Autor angeblich anknüpfte, die aber die erfolgreichen Theaterschriftsteller entweder nicht kannten, oder auch absichtlich außer acht lassen mußten, wenn sie darauf Wert legten, Publikum zu finden. Mit Stücken nach den theoretisch immer noch hochgehaltenen Regeln füllte man kein Parkett mehr.

Dies begriff von allen deutschen Theaterleitern Max Reinhardt als Erster und errang dadurch seine überwältigenden Erfolge. Er hatte den Mut, die alten Klassiker so wie sie bis dahin gespielt wurden, namentlich von den Hoftheatern als berufsmäßigen Hütern der Tradition gespielt wurden, unzeitgemäß zu finden. Er goß die alten Stücke so lange um, modernisierte sie so nachdrücklich, bis er in die alten ruhigen Herren unserer und der ausländischen klassischen Perioden so viel Neurasthenie, Hautgoût und Quecksilbrigkeit hereingebracht hatte, daß sie auch vor einem Berliner Parkett mit Erfolg zu spielen waren.

Max Reinhardt hat dadurch unleugbar oft die Klassiker, namentlich Shakespeare in rücksichtsloser Weise vergewaltigt, er hat manchmal nur Fabel und den Text eines Dichters seinen Bühnenphantasien zugrunde gelegt, aber er hat auch die Massen, die anfangen, sich dem Theater in immer stärkerem Maße zu entfremden, wieder nachdrücklich auf die Schaubühne hingewiesen und ganz ungeahnte szenische Wirkungen und Bilder von überraschender Farbenschönheit zu erzielen verstanden. Vor allem aber hat er das große Verdienst, die Modernisierung des Theaters in Fluß gebracht zu haben.

Streng genommen hat Max Reinhardt das Theater zerstört und an seine Stelle ein Chaos gesetzt, ein Chaos von Mitteln und Wirkungen, die der immer vor der Pforte jeder Kunst lauern den gefährlichen Feindin freien Einpaß verschafft, der Anschauung nämlich, daß auf dem Theater alles berechtigt und erlaubt sei, was im Augenblick gefällt. Mit allen Mitteln wird heute auf fast allen Bühnen versucht, dem Publikum sans phrase zu gefallen. Mehr als jemals ist auf den Glorienschein „der moralischen Anstalt“ unter der harten Notwendigkeit, sich im Konkurrenzkampf zu behaupten, verzichtet worden. Alle technischen Hilfen werden, soweit die Mittel es nur irgendwie erlauben, in immer größerem Umfange der Bühne nutzbar

gemacht, und es ist in einem zwar nur burlesken Stücke, aber doch in einem literarisch mitrechnenden Theater der Versuch gemacht worden, kinematographische Aufnahmen für zahlreiche Auftritte als Ergänzung mitzuverwenden.

Diese ganze merkwürdige Wandlung des Theaters in der letzten Zeit, auch Max Reinhardts Erscheinung ist letzten Grundes nur aus der zunehmenden Amerikanisierung des deutschen Lebens heraus zu verstehen, und ohne Reinhardt hätte Deutschland längst in seinem Theater Zustände, wie sie in England und den Vereinigten Staaten schon lange bestehen. Und dies trotz oder vielleicht gerade wegen der allzu traditionsgetreuen und dadurch das Publikum über Gebühr langweilenden Hoftheater. Durch Max Reinhardt hat der eindringende Amerikanismus so etwas wie eine deutsche Note bekommen. Er ist gut ins Deutsche übersetzt worden und hat zahlreiche Elemente aus der deutschen Tradition in sich aufgenommen. Er ist so weit umgewandelt worden, daß man heute eine schwache Hoffnung haben kann, daß aus all den zahllosen theatralischen Experimenten sich nach und nach doch wieder eine rein deutsche Darstellungsweise entwickeln läßt, die auf den Namen einer künstlerischen Anspruch erheben kann.

Die Reinhardtschen Vorstellungen haben ihren Ursprung im alten deutschen Puppenkomödienstil mit einem starken Einschluß von Buffalo Bill. Es ist durchaus kein Zufall, daß Reinhardt jetzt in London ein so geeignetes Feld und so viel Verstehen für seine Pläne gefunden hat. Seine großartige Anwendung der Statisten stammt in direkter Linie vom Empire und vom Kristallpalast und von der englischen Ausstattungspantomime her, die wiederum in Buffalo Bill einen nicht unwichtigen Anreger gefunden hat. Dort hat man auch zuerst die so häufig hervorgehobene Beherrschung großer Statistenmassen im weitesten Umfange durchgeführt.

Es ist auch unzweifelhaft, daß heute, wo jede Lebensäußerung, um vernehmbar zu werden und die Aufmerksamkeit eines ins Riesenhafte gewachsenen Publikums zu erzwingen, mit viel größerer Energie als früher herausgeschleudert werden muß, weil das einfache gesprochene Wort nicht mehr die gleiche Tragweite besitzt. Tagtäglich schreien Millionen von Zeitungsblättern in allen fünf Erdteilen die öffentliche Meinung aus, spielen Tausende von Theatern die gleiche Saisonoperette in einem Dutzend verschiedener Sprachen. Das bescheidene, innerlich stille, noch so vornehme und schöne Wort eines Dichters muß klein und winzig werden in diesem brausenden Lebenslärm.

Maeterlinck, der große Belgier, dessen Zeit noch heute nicht voll erfüllt ist, begriff, daß man den Lärm nicht übertäuben könne, und schrieb seine wundervolle Abhandlung vom Schweigen und seine Stücke, in denen die Stille herrscht und das geflüsterte Wort und in denen Gebärden und Blicke oft ein Geschick bis zum Grunde ausdeuten. Maeterlinck schuf die Stille um sich, damit die anderen stiller wurden und in das Schweigen seiner Stücke hineinhörten und das vernahmen, was er sagen wollte. Und Maeterlinck verstand es, mitten in der brausenden Zeit sich eine große Schar von Hörern in vielen Ländern zu sammeln, die ihn hörten wie kaum einen anderen. Nur als er in der Mona Vanna sich selber untreu wurde und der Versuchung nicht genügend widerstand, im Chorus der anderen laut zu werden, trat er für einen Augenblick in Reih und Glied zurück, und seine besten Hörer überhörten ihn.

Auch Hugo Hofmannsthal ist von den besten Hörern des großen Belgiers. In der ganzen Fülle seines schweren Wortprunks lebt immer der Wunsch,

die einzelnen Sätze so schwer wiegen zu lassen, daß sie nicht laut zu werden brauchen. Die Sätze strömen voll, ohne Gefälle, aber sie plätschern niemals. Hofmannsthal, der wie wenig andere Deutsche, die auch für die vielen schreiben wollen, in die Sprache sich hereingezwängt hat mit seiner ganzen Persönlichkeit und immer wieder von neuem versucht hat, ihr neuen schweren Reichtum abzukämpfen, Hofmannsthal hat schon in seinem Erstlingswerk, der *Tor und der Tod*, ein starkes Gefühl für die Armut des von der Szene herabgesprochenen Wortes gehabt. Seitdem ist durch den Kinematographen eine ganze neue Eindrucksreihe geschaffen worden, eine ganz wortlose und doch so lärmende Szene ist durch ihn geschaffen worden, und Hofmannsthal hat wie alle anderen, die diesem neuen technischen Wunder nachdenklich gegenüberstanden, den Eindruck nicht von sich abzuschütteln vermocht, daß hier zu neuen fremden künstlerischen Möglichkeiten ein Weg sich auftue, den man den Mut besitzen müsse, zu beschreiten.

Es ist nur anscheinend paradox, daß wir schon lange vor Erfindung des Kinematographen angefangen haben, uns auf den Kinematographen vorzubereiten. Das ganze künstlerische Sehen des Naturalismus war auf diese Erfindung, die noch nicht gemacht war, zugeschnitten, die ersten Novellen der *Holz und Schlaf* wirken heute wie Ausschnitte oder besser ausgedrückt wie Begleittexte für Filmtragödien. Ähnliche Gedankengänge müssen Hofmannsthal beschäftigt haben, als er seine Pantomimen für die Tänzerin Grete Wiesenthal schrieb, die zwar nicht geglückt sind, aber als das interessanteste theatralische Experiment der letzten Zeit eine eingehende Analyse verdienen.

Man unterscheidet in ihnen ganz deutlich den Einfluß Maeterlincks und — den des Sherlock Holmes Schöpfers Conan Doyle, den man sich überhaupt hüten muß, als einfachen Schundliteraten abzutun. Conan Doyle mag kein literarischer Schöpfer sein, sein Einfluß auf die Literatur ist aber ungeheuer und wächst, z. B. in Skandinavien, mit jedem Jahre. Man denke nur an Johannes V. Jensen und alle seine Nachahmer.

Hofmannsthal hat in einer seiner für Grete Wiesenthal geschriebenen Pantomimen, dem *Fremden Mädchen*, eine echte, rechte Verbrechergeschichte, um nicht zu sagen Räubergeschichte verfaßt, die an einzelnen Stellen mit den allergrößten, dem Kino und Sherlock Holmes entlehnten Effekten arbeitet und dadurch über das, was den Maeterlinckschen Zug in dieser Pantomime ausmacht, hinausgreift und in das stumme Lärmen der Kinobühnen verfällt. An anderen Stellen aber herrscht das beredte Schweigen, das die Zuschauer zum innerlichen Miterleben zwingt. In diesen Momenten scheint es so, als ob Hofmannsthal einen der Schlüssel sich heraufgeholt habe, mit denen sich die erste Tür zur Dramatik der Zukunft eröffnen läßt.

Die Fabel des „*Fremden Mädchens*“ ist so trivial als nur möglich. Ein Mädchen aus der Hefe des Volkes wird von Gaunern als Lockvogel benutzt, um einen jungen Kavalier in eine Spelunke zu treiben und ihn dort auszulündern. Das Mädchen ist natürlich edel und befreit unter eigener Lebensgefahr den gefesselten jungen Menschen. Sie zerbeißt die Stricke, die ihn halten, und stirbt dann ziemlich unbegründet an Erschöpfung. Das Sonderbare an dieser Geschichte, deren faktischer Inhalt hier natürlich nur summarisch wiedergegeben ist, liegt darin, daß überall, wo die Fabel das äußerliche wirkliche Geschehen wiedergeben will, die Pantomime plump und grotesk wird. Es ist zu viel Hintertreppe in der Schilderung und ein zu großer Abstand von der Freitreppe, auf der künstlerisches Gestalten zu

geistigen Höhen führen kann. Aber überall dann, wenn etwas Unsagbares, etwas schattenhaft Unterbewußtes wiedergegeben werden soll, etwas, das aus den Tiefen quillt, die wirklich sind und die man doch niemals sehen wird, über die man unachtsam hinweggeht, wenn der Künstler sie nicht zeigt und deutet, dann gab diese Pantomime etwas, das das Theater bisher nicht zu schaffen vermochte. In diesen Augenblicken war es so, als ahnte Hofmannsthal die großen Wirkungen, die in der Zukunft von dieser Kunstart auszugehen bestimmt sind.

Grete Wiesenthal, die Tänzerin, spielte das fremde Mädchen, sie spielte und tanzte es und sie vermochte es, ein Schicksal zu verkörpern, ein Schicksal und nicht nur eine Stimmung. Es war eine durchgearbeitete, ganz charakterisierte Gestalt, und daß die Worte ihren Gesten fehlten, empfand man nicht. So rund und voll und plastisch war der ganze Mensch.

Es war ein Unrecht der Kritik, zu sagen, Grete Wiesenthal solle bei ihren Tänzen bleiben und nicht auf ihr fremdem Boden sich versuchen, diesen Tänzen, in denen sie ohnegleichen ist und die auf die Sinne wirken wie schöne Lyrik. Die Pantomime ist bei alledem doch mehr, und es wäre ein Schaden für die deutsche Kunst, wenn Hofmannsthal sich entmutigen ließe und nicht neue, feiner gezimmerte Werke verfaßte, solange ihm eine Interpretin zu Gebote steht, wie diese große Künstlerin, die in einzelnen Augenblicken ihres Spiels mit den bedeutendsten dramatischen Darstellerinnen in eine Reihe rückte.

Über die andere Pantomime, die die alte Fabel von Amor und Psyche behandelte, ist nichts zu sagen. Sie war fehlerfreier, gefiel dem Publikum besser, aber sie war wirklich doch zweitausend Jahre alt und gab dem Heutigen nichts als schöne Bilder und die Oberfläche „ewiger Gefühle“. Hierzu bedurfte es keiner Grete Wiesenthal und hier wurde keine Pforte ins Unbetretbare geöffnet.

Das, was noch besonders bei diesen Pantomimen und bei diesem Spiel auffiel, ist ihr rein deutscher, oder richtiger germanischer Charakter. Von der italienischen Pantomime, von der französischen Tanzkunst ist auch kaum eine Andeutung mehr darin zu spüren. Es ist eine süddeutsche, österreichisch-deutsche Empfindungswelt, mit einem Hauch aus nordischer Nebelferne. Das klar und unbestritten Sexuelle, das in allen romanischen Kunstformen sich mehr oder weniger in den Vordergrund drängt, ist hier spiritualisiert worden, es ist nicht zahmer, aber keuscher geworden. Die Lebensflammen schlagen nicht weniger hoch empor, doch sie lodern nicht nur, sie leuchten auch *).

*) Siehe auch die Aufsätze des Verfassers: Max Reinhardts Deutsches Theater zu Berlin und das Münchener Puppentheater, Jahrgang 1910, Märzheft, und die „alten Künste“ und die neue Zeit, Novemberheft.